

**TATORT**

Antimilitaristies Onderzoekskollektief (AMOK)

# Türkei-Connection

Wie die Türkei international  
aufgerüstet wird



**KOMZI**

**Antimilitaristisches Onderzoekskollektief (AMOK)**

## **Türkei-Connection**

**Wie die Türkei  
international aufgerüstet wird**

### **Mitherausgeber**

BUKO – Bundeskongreß entwicklungspolitischer  
Aktionsgruppen

IFIAS – Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich  
und Sicherheit

Kampagne ›Produzieren für das Leben –  
Rüstungsexporte stoppen!‹

medico international

Pax Christi – Deutsches Sekretariat

## Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Türkei-Connection : wie die Türkei international aufgerüstet wird / Hrsg.: Antimilitaristies Onderzoekskollektief (AMOK).  
Mithrsg.: BUKO-Koordinationsstelle "Stoppt den Rüstungsexport" ... [Autoren: Martin Broek ...]. – 1. Aufl. –  
Idstein: Komzi-Verl., 1996

(Tatort-Reihe)

Einheitssacht.: Die Turkije-connectie (dt.)

ISBN 3-929522-26-8

NE: Broek, Martin; Antimilitaristies Onderzoekskollektief; EST

## Impressum

Tatort

### **Türkei-Connection**

Wie die Türkei international aufgerüstet wird  
Aktualisierte und überarbeitete Übersetzung

Übersetzt aus dem Niederländischen von Malte Wendt

### **Herausgeber**

AMOK – Anti Militaristische Uitgeverij  
Pesthuislaan 39, 1054 RH Amsterdam

### **Mitherausgeber**

BUKO – Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen  
Kampagne »Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen!«  
IFIAS – Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit  
medico international  
Pax Christi – Deutsches Sekretariat

### **Autoren**

Martin Broek, Niek van Essen, Piet Groeneveld, Kees Kalkman, Helga Klüger,  
Willem Knoop, Karel Koster, Guido van Leemput und Wendela de Vries

### **Aktualisierung**

Guido van Leemput (AMOK).  
Unter Mitarbeit von Uwe Strobach (BUKO) und Martin Gerritsen (AMU/Ravijn).

### **Beiträge**

ARW (Schweiz), BASIC (USA/Großbritannien), BUKO (Deutschland), CAAT (Großbritannien),  
IPIS (Belgien), Pax Christi Flandern (Belgien), Produzieren für das Leben (Deutschland) und  
SPAS (Schweden)

### **Niederländische Redaktion**

Martin Gerritsen und Kees Bals

### **Titel der Originalausgabe**

De Turkije connectie – Militaire opbouw van een nieuwe grootmacht 1993, 1995:  
AMU/Ravijn, Amsterdam

ISBN 3-929522-26-8

19,80 DM

# Inhalt

<b>Aufrüsten und abschieben</b>	11
<b>Eine Diktatur mit demokratischer Maske</b>	13
Die kemalistische Staatsideologie	13
Die Macht des Militärs	14
Die linke und kurdische Opposition	17
Die Instrumente des Militärs	20
Die Menschenrechte	23
Die wirtschaftliche Bevölkerungspolitik	25
Die regionalen Bestrebungen	27
Die Beziehung zum Westen	32
<b>Die Metamorphose zum Polizisten des Westen</b>	35
Die amerikanische Unterstützung	35
Die deutsche Unterstützung	45
Die Unterstützung der NATO	47
<b>Der Aufbau der türkischen Rüstungsindustrie</b>	53
Die finanzielle Macht des Militärs	53
Das finanzielle Netz der Militärs	54
Die Investitionen aus dem Ausland	55
Die Joint-ventures	58
Der Export	62
<b>Die Aufrüstung einer regionalen Großmacht</b>	67
Die Lieferanten	69
USA	69
Bundesrepublik Deutschland	77
Die Niederlande	84

Italien	90
Frankreich	91
Großbritannien	92
Spanien	95
Schweiz	95
Österreich	96
Belgien	97
Die skandinavischen Länder	98
Der Handel mit nicht-westlichen Ländern	98
Der Ferne Osten	98
Der Handel mit der GUS und Osteuropa	99
Der Handel mit Israel	100
Der Handel mit dem Nahen Osten	101

## **Den Krieg in Türkisch-Kurdistan beenden!** 103

### **Anhang**

Vergebene Verträge	111
Die wichtigsten Rüstungsindustrien in der Türkei	113
Herangezogene Literatur	121

## Aufrüsten und abschieben

»Mit deutschen Waffen werden in Kurdistan Massenmorde verübt«, dies schrieben zwei kurdische Frauen in ihrem Abschiedsbrief. Sie steckten sich aus Protest gegen die Türkeipolitik Deutschlands am 21. März 1994 – dem kurdischen Neujahrstag – selbst in Brand.

Zwei Tage zuvor brachen auf den deutschen Autobahnen Auseinandersetzungen aus, als die deutsche Polizei 7000 Kurden davon abhielt, in Augsburg ihr Neujahrsfest zu feiern. Auch hier setzten sich zwei kurdische Männer selbst in Brand. Davon waren weltweit Fernsehbilder zu sehen. So wurde klar, daß auch die Bundesrepublik direkt mit dem kurdischen Aufstand zu tun hat.

Die türkische Rüstungsindustrie hat seit 1985 – dem Jahr, in dem die Türkei diesen Industriezweig für ausländische Betriebe öffnete – einen Höhenflug erlebt. Die NATO-Partner statten die Türkei seitdem nicht mehr nur mit Waffen aus, sondern helfen der Rüstungsindustrie auch dabei, ihre Produkte zu verbessern. Parlamentsmitglieder der türkisch-kurdischen Demokratischen Partei (DEP) kamen 1994 zu dem Schluß, daß mindestens 700 deutsche Betriebe in der türkischen Rüstungsindustrie tätig sind. Ehrgeiziges Ziel der Türkei ist der Aufbau einer selbständigen Rüstungsindustrie.

Dieses Buch beschreibt den Aufbau der türkischen Rüstungsindustrie, die Hilfe aus dem Ausland und die Ambitionen der Türkei.

Die Rüstungshilfe an die Türkei hat weitgehende Konsequenzen, denn dieser NATO-Partner ist kein normaler Handelspartner. Das Land befindet sich im Bürgerkrieg mit der kurdischen Bevölkerungsminderheit. Der von der »Kurdischen Arbeiterpartei«, PKK, 1984 begonnene bewaffnete Kampf ist mittlerweile zu einem Krieg großen Maßstabs ausgewachsen, in dem die Türkei die im Westen erstandenen Waffen einsetzt.

Dieser Bürgerkrieg stürzte nicht nur die Türkei in eine Krise, sondern führte auch dazu, daß Deutschland in den kurdischen Aufstand mit einbezogen wurde. Die brutale Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung hatte zur Folge, daß mittlerweile nicht wenige der schätzungsweise 500.000 Kurden in Deutschland die nationalistische Bewegung unter Führung der PKK unterstützen. Deutschland reagierte auf Verlangen der Türkei äußerst repressiv. Die PKK und einige andere kurdische Organisationen wurden verboten, kurdische Aktivisten in die Türkei abgeschoben.

Wohin der gegenwärtige politische Kurs führen wird, ist unklar. Angesichts der Machtverhältnisse kann die derzeitige Lage noch lange andauern. Dies bedeutet weiterhin Krieg und einen nicht nachlassenden Aufbau des Militärapparats.

Der Aufbau einer großen Rüstungsindustrie ist in der Türkei nach dem Militärputsch, der 1980 – wenige Monate nach dem Sturz des Schah-Regimes im Iran – zumindest mit Duldung der NATO stattfand, in Angriff genommen worden. Das Land hat sich seitdem – eigenen Angaben zufolge – zu einer Demokratie entwickelt.

*Kapitel 1* ist vor allem der türkischen Politik dieser letzten Periode gewidmet. Die Aufmerksamkeit richtet sich dabei auf die Frage, wie ein dem Anschein nach demokratischer Staat gegen die Bevölkerung eine derart repressive Politik führen kann. Die Türkei ist wegen dieser Politik wiederholt u. a. von Menschenrechtsorganisationen verurteilt worden. Neben der innenpolitischen Situation kommt die türkische Außenpolitik zur Sprache. Die Türkei will sich nach dem Ende der Blockkonfrontation als regionale Hegemonialmacht etablieren. Zum Schluß wird die Frage erörtert, wie die türkische Politik durch ihre Beziehungen zur Europäischen Union und den USA beeinflusst wird.

Für Machtpolitik ist der Besitz von Waffen entscheidend. Die folgenden drei Kapitel behandeln den Aufbau der türkischen Militärmacht. *Kapitel 2* geht auf die zielstrebige Politik ein, auf die sich diese gründet. *Kapitel 3* zeigt, wie die Türkei mit westlicher Hilfe ihre eigene Rüstungsindustrie aufbaut. *Kapitel 4* gibt eine Übersicht der Waffenlieferanten, die Land für Land behandelt werden. Selbstverständlich kommt auch Deutschland zur Sprache, das sich als zweitgrößter Lieferant erweist. *Kapitel 5* zieht die wichtigsten Schlußfolgerungen und erörtert die Frage, welche Möglichkeiten dem Westen zur Verfügung stehen, etwas gegen den türkischen Militarismus zu unternehmen.

Das Antimilitaristisch Onderzoekskollektief (AMOK – Antimilitaristisches Untersuchungskollektiv) schloß seine Recherchen 1993 mit dem niederländischen Buch »Die türkische Verbindung – Militärische Aufrüstung einer neuen Großmacht« (Originaltitel: »De Turkije connectie – Militaire opbouw van een nieuwe grootmacht«) ab. Kurz darauf folgte eine Übersetzung in englischer Sprache.

In den gut zwei Jahren seit Erscheinen der englischen und niederländischen Version hat sich viel ereignet. Die Mitarbeiter von AMOK haben deshalb für die deutsche Übersetzung eine aktualisierte Version erstellt, in der die jüngsten Entwicklungen berücksichtigt wurden.

## Eine Diktatur mit demokratischer Maske

»Wenn wir ein zivilisiertes Land werden wollen«, sagte Mustafa Kemal Atatürk, »dann haben wir keine andere Wahl als uns am Westen zu orientieren«. Seit dem Entstehen des türkischen Staates in den zwanziger Jahren ist dies immer eine Richtschnur geblieben. Die Türkei ist momentan eines der wenigen Länder im Nahen Osten, das dem Augenschein nach ein demokratisches System besitzt.

Atatürk, der Gründer der modernen Türkei, war ein typisches Beispiel des autoritären Führers, wie sie um 1930 herum in Europa vielfach an die Macht kamen. Und er war Pascha, General. Auch diese Tradition lebt in der jetzigen Türkei weiter. Das türkische Militär ist noch immer ein Faktor in der Gesellschaft, dessen Macht oft größer ist als die der demokratischen Instanzen. Militärs sind nahezu nicht ansprechbar, wenn es sich um Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung der Kurden handelt. Auch für Europa und die USA zählt vor allem, daß die Türkei den westlichen Interessen in der Region dient.

### Die kemalistische Staatsideologie

Die moderne Türkei kam nach dem Ersten Weltkrieg mit Gewalt zustande. Der neue Staat entstand aus den Überresten des Osmanischen Reiches. Dieses Reich war vom vierzehnten bis zum neunzehnten Jahrhundert eine Weltmacht, die große Gebiete in der arabischen Welt und auf dem Balkan beherrschte. Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts verlor es viele dieser Gebiete wieder, im Ersten Weltkrieg – in dem der Sultan die deutsche Seite wählte – ging es endgültig unter.

In diesem Krieg und in den Jahren danach blieb sogar der Kern des Osmanischen Reiches, Thrakien und Anatolien – jeweils der europäische und asiatische Teil der jetzigen Türkei – nicht verschont. Griechische, italienische, englische und russische Truppen besetzten Teile davon. Nach dem Vertrag von Sèvres (1920) mußten die Türken unter anderem auf einen Teil Westanatoliens an der ägäischen Küste verzichten.



## Atatürk

Eine Oppositionsbewegung leistete gegen die Zugeständnisse des Sultans Widerstand. Unter Führung General Mustafa Kemals, später Atatürk (Vater der Türken) genannt, wurden die ausländischen Truppen aus dem Land getrieben. Die neue Türkei wurde nach diesem Krieg im Vertrag von Lausanne (1923) anerkannt und erhielt in groben Zügen die Grenzen, die sie noch heute besitzt.

Atatürk begann eine Politik, die eine Veränderung der türkischen Gesellschaft im westlichen Sinne anstrebte. Dafür war unabhängige Selbstbestimmung innerhalb der nationalen Grenzen absolut notwendig. Die Angst der umliegenden Länder, daß sich die Türkei Teile ihres Territoriums würde einverleiben wollen, mußte besänftigt werden. Der »Nationalpakt« des Jahres 1919 formulierte diesen Ausgangspunkt: Sowohl Invasionen in andere Länder als auch Szeessionen waren tabu. Minderheiten, wie unter anderem die Kurden, Armenier, Araber, Griechen, sollten sich in kultureller Hinsicht an die Türken anpassen. Im Laufe der Zeit sollten sie im türkischen Volk aufgehen.

Einer der wichtigsten Ausgangspunkte von Kemals Politik war die Trennung von Kirche und Staat. Kemal vergrößerte auf Kosten des Islams den Einfluß des Staates auf das gesellschaftliche Leben. Die religiöse Gesetzgebung wich einer türkischen Variante des schweizer Zivil- und des italienischen Strafrechts. Säkulare Gerichte ersetzten die religiösen. Religiöse Schulen wurden geschlossen, das Bildungswesen in einem säkularen nationalen System untergebracht. Religiöse Führer verloren außerhalb der Moschee ihre Macht.

Ferner erhielten Frauen Gleichberechtigung, wurde traditionelle Trachtenkleidung verboten und die lateinische Schrift eingeführt.

Der autoritäre Führungsstil Atatürks zeigte viel Verwandtschaft mit Alleinherrschern, die in den zwanziger und dreißiger Jahren vielerorts an die Macht kamen. Atatürks »Republikanische Volkspartei« war die einzige zugelassene Partei. Erst nach 1946 wurden andere politische Parteien erlaubt, die jedoch allesamt die kemalistische Staatsdoktrin unterschrieben.

## Die Macht des Militärs

Als nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich demokratische Strukturen entstanden, entpuppte sich das Militär als Hüter des Kemalismus. Dreimal verübte es einen Staatsstreich – 1960, 1971 und 1980 –, um das Land auf Kurs

zu halten. Über den Nationalen Sicherheitsrat haben die Streitkräfte bis zum heutigen Tage einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Regierungspolitik.

Dieser Rat entstand nach dem Putsch im Jahre 1960. Das Grundgesetz aus dem Jahre 1961 rief erneut eine Zivilregierung ins Leben, legitimierte jedoch auch den Nationalen Sicherheitsrat als ein Instrument, mit dem das Militär hinter den Kulissen seinen Einfluß behalten konnte.

Das Festhalten an den kemalistischen Grundpositionen hat in den letzten siebenzig Jahren die türkische Politik zu einem erheblichen Teil bestimmt. Diese Grundpositionen wurden mit dem Erstarken einer kurdischen Bewegung, der Entstehung einer Arbeiterbewegung und dem Erscheinen politischer Strömungen und Parteien, die sich auf den Islam gründen, angegriffen. Der Militärputsch vom 12. September 1980 richtete sich ausdrücklich gegen den Internationalismus des Kommunismus, gegen den Ruf nach einer islamischen Rechtsordnung und gegen ›Landfriedensbruch‹ von Faschisten und Linksradikalen. Die Junta schrieb 1982 eine neue Verfassung, die durch ein Referendum gebilligt wurde. Danach suchte sie sich 1983 einen Platz hinter den Kulissen der Macht. Nach allgemeinen Wahlen, an denen sich nur eine Auswahl der Parteien beteiligen durfte, wurde eine Zivilregierung installiert.

### **Der Nationale Sicherheitsrat**

Der Führer des Putsches, General Keman Evren, wurde am 7. November 1982 zum Präsidenten gewählt. Die Chefs der Truppengattungen erhielten einen Sitz im Nationalen Sicherheitsrat. Augenblicklich besteht der Rat aus dem Präsidenten des Landes, dem Premierminister, dem Chef des Nachrichtendienstes, dem Stabschef der Armee und den Kommandanten der Truppengattungen. Der Präsident ruft als Vorsitzender den Nationalen Sicherheitsrat zusammen.

Das Aufgabengebiet dieses Rates ist groß: Er beschäftigt sich u. a. mit dem Kurdenproblem, äußeren Angelegenheiten, Menschenrechten, Demokratisierung und die Verwendung von Waffen gegen die eigene Bevölkerung. Die sechs verschiedenen Sicherheitsdienste und die sogenannten ›Sondereinheiten‹ fallen unmittelbar unter seine Zuständigkeit. Die Generäle, die Mitglieder des Rates sind, sind den Zivilbehörden keine Rechenschaft schuldig.

Die Verfassung bestimmt, daß der Sicherheitsrat das Recht hat, Empfehlungen auszusprechen. In der Praxis funktioniert der Rat als eine mächtige

Stimme des Militärs. Man kann davon ausgehen, daß der Sicherheitsrat die Grenzen bestimmt, innerhalb derer die Regierung ihre Politik führen darf. Als die Regierung in den achtziger Jahren mehrmals die Empfehlungen nicht befolgte, legte der damalige Präsident Özal auf Anraten des Rates sein Veto gegen die Reformen des Strafrechts ein. Dadurch wurden die Veränderungen von Inhaftierungsprozeduren, unter anderem um das Folterrisiko in Polizeizellen zu verringern, nicht durchgeführt.

Die Auflösung des Nationalen Sicherheitsrates gehört ebensowenig zu den Demokratisierungsmaßnahmen der heutigen Regierung wie die Abschaffung der Stellung des Generalstabschefs, der über dem Verteidigungsminister steht.

Eigentlich gibt es in der Türkei also zwei Regierungen. Die offizielle Regierung, die ihre Macht vom gewählten Parlament herleitet, und eine Schattenregierung.

### **Die Wirtschaftsmacht**

In der Türkei ist die Macht des Militärs also gesetzlich verankert. Aber seine Macht reicht weiter. Das Militär bildet einen erheblichen Wirtschaftsfaktor.

Nach dem Putsch im Jahre 1960 bescherten sich die Armeeoffiziere selbst eine Gehaltserhöhung. Der höherer Lohn wurde teilweise abgeschöpft, indem eine Beitragszahlung an die neue Rentenversicherungsanstalt OYAK eingeführt wurde. OYAK (Ordu Yardımlaşm Kurumu) mauserte sich im Laufe der Jahre zu einer sehr großen Investmentgesellschaft. Heutzutage gehört sie zu den hundert Spitzenunternehmen in der Türkei und verwaltet unter anderem eine Supermarktkette. Auch fungieren OYAK-Betriebe gegenwärtig häufig als Zulieferbetriebe für den türkischen Militärapparat. Außer einer zusätzlichen Einkommensquelle aus der Gewinnausschüttung ist OYAK für viele pensionierte Offiziere ein Sprungbrett in die Wirtschaft.

Das Wirtschaftsengagement der Offiziere weitete sich seit Anfang der siebziger Jahre noch weiter aus. Die Wirtschaftskrise in der Türkei hatte kurz vor dem Staatsstreich im Jahre 1980 einen dramatischen Tiefpunkt erreicht. Die Inflation betrug fast 100 Prozent, die Arbeitslosigkeit war immens, es gab einen Mangel an lebenswichtigen Bedarfsartikeln, die Zinsen für die Auslandsschulden waren nicht mehr zu finanzieren. Der nach dem Putsch eingesetzte Wirtschaftsminister Turgut Özal, der spätere Präsident, verfolgte ein krasses Sparprogramm und eine auf den Mechanismen des freien Marktes

gründende Politik. Unmittelbare Staatsregulierungen und -kontrollen wurden abgeschafft. Özal war innerhalb der türkischen Elite der einzige, der in der Lage war, dem Militär Paroli zu bieten, dem er mit seinen Plänen, aus der Türkei eine regionale Großmacht zu machen, entgegenkam. Drei Teilprogramme wurden gestartet: Der Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie, eine liberale, auf den Export ausgerichtete Wirtschaftspolitik und – mit Hilfe von Bewässerung und Wasserkraftwerken – eine Modernisierung und Kapitalisierung der Landwirtschaft. Diese Programme hätten möglicherweise für mehr Wohlstand sorgen können, sind bisher allerdings vor allem durch den Aufstand der Kurden konterkariert worden.

## Die linke und kurdische Opposition

Zwei der wichtigsten Oppositionsbewegungen der letzten dreißig Jahre sind die kurdische und die Arbeiterbewegung. Beide forderten den türkischen Staat zu Reformen heraus.

Die Türkische Arbeiterpartei (TIP – Türkiye İşçi Partisi), eine an Moskau orientierte kommunistische Partei, zog 1965 zum ersten Mal ins Parlament ein. Die Partei gewann damals fünfzehn der 450 Sitze. Die Regierung reagierte daraufhin mit einer Änderung des Wahlgesetzes, wodurch die Kommunisten 1969 nur noch zwei Sitzen erhielten. Nach dem Militärputsch im Jahre 1971 wurde die Partei (vorübergehend) verboten.

Die Vernichtung der linken Bewegung war ein spezielles Ziel dieses Staatsstreichs. Dies gelang allerdings in keiner Weise. Die linke Opposition war jedoch stark zersplittert. 1978 gab es laut Angaben der Geheimdienste sieben marxistisch orientierte Parteien und fünfzig verschiedene Faktionen unter den Marxisten. Diese Zersplitterung rührte einerseits daher, daß die verschiedenen Gruppen nicht gerade bereit waren, zusammenzuarbeiten, andererseits spielte die Unterdrückung durch den Staat und die rigorose Bekämpfung durch Rechtsaußen eine Rolle. Mit dem Putsch im Jahre 1980 wurde die radikale linke Bewegung schließlich fast gänzlich zerstört.

## Die Kurden

Das Hauptsiedlungsgebiet der türkischen Kurden liegt im Südosten der Türkei. Seit der Gründung des türkischen Staates streben sie nach Unabhängig-

gigkeit oder wenigstens nach größerer Autonomie. 1920 wurde im Vertrag von Sèvres ihr Selbstbestimmungsrecht anerkannt. Drei Jahre später fiel dieser Punkt im Vertrag von Lausanne unter den Tisch.

Der türkische Staat benutzt zwei Methoden, mit der »kurdischen« Frage umzugehen. Erstens wird bestritten, daß es überhaupt eine kurdische Identität und Kurden gibt. Zweitens wird der kurdische Aufstand, der inzwischen massive Formen angenommen hat, mit Hilfe von Unterdrückung und Militärgewalt bekämpft. Seit 1985 herrscht in den südöstlichen Provinzen ein permanenter Ausnahmezustand aufgrund der massiven militärischen Auseinandersetzungen zwischen Guerillas der PKK und türkischer Armee und Polizeistreitkräften.

1978 entstand die Arbeiterpartei Kurdistans, die PKK. Sie entstammte der linken Jugendorganisation Dev-Genc und vertrat die Auffassung, daß die Türkei eine Kolonialmacht sei und dieser Kolonisierung mit Hilfe von Gewalt ein Ende bereitet werden könne. Es gab und gibt natürlich eine ganze Reihe andere kurdische Organisationen, aber die brutale Unterdrückung jeglicher politischer Meinungsäußerung hat diese Organisationen im Land selber faktisch mundtot gemacht und ihre Strukturen weitgehend zerschlagen. Viele KurdInnen sehen deshalb nur noch die Alternative, entweder jeden Anspruch auf politische und kulturelle Selbstbestimmung aufzugeben oder den bewaffneten Kampf der PKK zu unterstützen. So wurde aus einer relativ kleinen, allerdings straff organisierten, Partei innerhalb von wenigen Jahren die führende Vertreterin der kurdischen Bevölkerung in der Türkei.

Ab 1990 erhielt der kurdische Nationalismus Auftrieb. Die Reformen in Osteuropa hatten enorme Volksbewegungen mobilisiert und der palästinensische Volksaufstand war ein Beispiel dafür, was erreicht werden konnte. Der kurdische Widerstand erhielt nun auch Unterstützung seitens der kurdischen Bevölkerung in den Großstädten.

Dies führte zur Gründung der HEP, der Arbeitervolkspartei. Mitglieder dieser Partei standen bei den Wahlen im Oktober 1991 als Kandidaten auf der Liste der sozialdemokratischen Partei SHP. Nachdem sie ins Parlament gewählt worden waren, bildeten sie dort eine eigene Fraktion. Die HEP verschaffte der kurdischen Bewegung auf diese Art und Weise ein Forum im türkischen Parlament. Am 16. Juni 1993 wurde die HEP vom türkischen Verfassungsgericht verboten. Die HEP-Parlamentarier saßen zunächst jedoch auch weiterhin im Parlament, da sie kurz vor dem Verbot eine neue Partei gegründet hatten, die DEP. Die DEP erlitt das gleiche Schicksal, und auch die Umbenennung in HADEP konnte nicht verhindern, daß die Partei mittler-

weile aus dem Parlament verschwunden ist: Acht ihrer Mitglieder wurden im Dezember 1994 wegen ›Mitgliedschaft in einer bewaffneten Gruppe‹ verurteilt. Die übrigen flüchteten nach Europa. Damit zerstörte die Türkei jeden Ansatz für eine politische Lösung der ›Kurdenfrage‹.

Der türkische Staat benutzt nunmehr lediglich militärische Mittel zur Zerschlagung der kurdischen Bewegung. Die politische und militärische Führung der Türkei beschloß im Juli 1993, völlig auf die Ausrottung der kurdischen Bewegung zu setzen. Zu diesem Zweck wurde der ›Rat für den Ausnahmezustand‹ ins Leben gerufen. In ihm sitzen: der Generalstabschef, der Vizevorsitzende des Geheimdienstes, die Vizeminister für Bildung, Wohnungsbau, Gesundheit, Landwirtschaft und Dorfangelegenheiten, Handel, Industrie und Forstwirtschaft, der Generalvorsitzende von Jugend und Sport, der Vorsitzende des Rats für das Hochschulbildungswesen und der zuständige Gouverneur. Dieser Rat soll mit einer Aufstandsbekämpfungspolitik den tatsächlichen Krieg unterstützen.

Dies hat katastrophale Folgen: Sicherlich 2.000 kurdische Dörfer sind zerstört worden, etwa zwei Millionen Kurden vertrieben und ein Dutzend Städte entvölkert. Zirka fünf bis sechs Millionen Kurden sind insgesamt in den letzten zehn Jahren aus dem kurdischen Teil der Türkei vertrieben worden und in den Städten der Westtürkei – oftmals in den Slums der Großstädte – gelandet. Neben diesen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung wurde der Krieg immer weiter verstärkt.

Infolgedessen wurde die PKK im Winter 1993/1994 in die Defensive gedrängt und erlitt schwere Verluste. Der kurdische Nationalismus wurde jedoch keineswegs ausgerottet, sondern hat sich mit den Flüchtlingen bis in die Slums der türkischen Großstädte ausgebreitet. Die PKK-Armee erfreut sich mittlerweile eines Zustroms von Freiwilligen.

Programmatisch hat die PKK ihr anfängliches Ziel nach staatlicher Unabhängigkeit für ganz Kurdistan aufgegeben und strebt nun nach kurdischer Autonomie innerhalb der Türkei. Um dies zu erreichen, hat sie dem türkischen Staat Verhandlungen angeboten und dahingehende Vorschläge unterbreitet sowie mehrmals einen einseitigen Waffenstillstand verkündet, der aber von den türkischen Streitkräften bisher immer ignoriert wurde.

Die PKK verfügt inzwischen über Anhänger unter allen Teilen der kurdischen Gesellschaft. Großgrundbesitzer und religiöse Kreise bekennen sich zum Nationalismus. Die Erfolge des bewaffneten Kampfes lassen sich in einer immer weiter wachsenden und wahrscheinlich nicht zu besiegenden Ar-

mee und in einem bei der Mehrheit der KurdInnen etablierten Nationalismus erkennen. Umgekehrt kann die PKK-Armee militärisch die türkische Armee nicht besiegen. Wenn die kurdischen Nationalisten ihr Ziel erreichen möchten, so müssen sie auch andere Mittel einsetzen. Diplomatische Erfolge lassen bisher aber auf sich warten.

Anfang 1995 haben die im Ausland lebenden Kurden ein Exilparlament gewählt, das den diplomatischen Druck erhöhen soll. Das türkische Regime reagierte ungemein wütend auf die Genehmigung, die die Niederlande für die Gründungssitzung in Den Haag erteilte, unterläuft dies doch den Versuch, die ›kurdische Frage‹ als rein innertürkisches ›terroristisches Problem‹ darzustellen.

## Die Instrumente des Militärs

Der totale Krieg gegen die Kurden wird an unterschiedlichen Fronten geführt. Mit Hilfe der Konterguerilla wird die Zivilbevölkerung bekämpft und gegen die Guerillas werden massiv moderne Waffen eingesetzt. Hauptziel ist die Vernichtung der PKK.

Dies erfolgt in erster Linie, indem Gebiete, in denen sich PKK-Soldaten aufhalten, bombardiert werden, nicht nur innerhalb der Türkei, sondern auch im Nordirak. Die Großoperationen, die oft auf Divisions- und Heeresniveau ausgeführt werden, beginnen mit schweren Bombardierungen, bei denen Artillerie, Hubschrauber wie der AH-12 und Cobra-Helikopter und Flugzeuge wie die F-16, die F-104 und F-4 eingesetzt werden. Nach den schweren Bombardements werden Truppen auf dem Luftweg und mit Hilfe von Schützenpanzern – es mangelt der Türkei an Hubschraubern – zum Zielort gebracht, von dem aus sie zu Fuß gegen die Guerilla vorgehen.

### ›Dorfschützer‹

Um den Aktivitäten der PKK etwas entgegenzusetzen, hat die Regierung 20.000 sogenannte ›Dorfschützer‹ geschaffen. Dies sind Dorfbewohner, die bezahlt und bewaffnet werden, um die Widerständler zu bekämpfen. Außerdem sollen sie verhindern, daß die PKK-Kämpfer aus den Dörfern im kurdischen Gebiet logistische Hilfe erhalten. Die meisten Dorfbewohner nehmen diese Aufgabe nicht gerne auf sich und haben Angst vor Vergeltung seitens der Guerilla. Andererseits fürchten sie die Gewalt der Sicherheitstruppen,

wenn sie nicht mitmachen. Theoretisch geschieht das ›Sich-Anmelden‹ bei dem Dorfwachschutz auf freiwilliger Grundlage, Verweigerung wird jedoch als Unterstützung der Guerilla ausgelegt. Bei Verweigerung folgt als Strafe Deportation und Zerstörung von Haus und Dorf. Im Frühjahr 1995 wurde die Anzahl der Dorfschützer auf 45.000 bis 50.000 geschätzt. Sie sind mit automatischen Gewehren bewaffnet und mit Funkgeräten ausgerüstet. In den Kämpfen spielen sie inzwischen eine aktive Rolle.

### **Sondereinheit**

Die ›Dorfschützer‹ eignen sich nicht dafür, den Krieg gegen die kurdischen Rebellen zu gewinnen. Aus diesem Grunde verfügt die türkische Armee zu deren Bekämpfung über ungefähr 220.000 Soldaten und eine 50.000 Mann starke Sondereinheit.

Diese Sondertuppen, in türkischer Sprache Özel Tim und Özel Herakati Tim genannt, spielen eine besondere Rolle. Unter Zuständigkeit des Innenministeriums sind die Özel Tim angewiesen worden, die PKK mit ihren eigenen Taktiken zu bekämpfen. Das soll heißen, daß sie sich in die Berge begeben und Hinterhalte legen. Diese Truppen sind in den letzten Jahren zahlenmäßig erheblich verstärkt worden. 1993 hatten sie etwa 2.500 Mitglieder, mittlerweile sprechen Schätzungen von bis zu 20.000 Mann. Viele sprechen kurdisch und arbeiten verummmt. Bemerkenswert ist, daß die türkische Armee die Mitglieder von Özel Tim unter den faschistischen ›Grauen Wölfen‹ rekrutiert.

### **Die ›Grauen Wölfe‹**

In den siebziger Jahren eskalierte vor allem in den großen Städten die Gewalt. Rechts- und linksradikale junge Leute lieferten sich blutige Gefechte. 1980 stieg die Zahl der Toten bis auf 2.000. Diese Gewalt wurde von der faschistischen Partei MHP zielstrebig angeheizt, die dafür die ›Grauen Wölfe‹ einsetzte. Die MHP stand unter der Leitung von Alparsan Türkes, einem Oberst, der sich am 60er-Putsch beteiligt hatte. Die Regierung, deren Vizepremierminister er Mitte der siebziger Jahre war, drückte hinsichtlich der Verbrechen der ›Grauen Wölfe‹ alle Augen zu. Als allmählich eine bürgerkriegsähnliche Lage entstanden war, stellte das Militär 1980 die Ordnung mit rigorosen Mitteln wieder her. Später stellte sich jedoch heraus, daß das Militär über die Kon-



terguerilla mit den Rechtsextremisten enge Beziehungen pflegte, um die rechten Kommandos für den Kampf gegen die Linke zu benutzen.

### **Konterguerilla**

Die Konterguerilla wurde in den letzten dreißig Jahren oft eingesetzt, um Oppositionsbewegungen unter Kontrolle zu halten. Viele politische Mordanschläge der letzten Jahrzehnte werden ihr angelastet. Anfang der neunziger Jahre ist ein geheimes NATO-Netz ans Licht gekommen, das, weil darüber in Italien zum ersten Mal berichtet wurde, nun unter dem Namen Gladio bekannt ist. Dessen türkischer Ableger wird verdächtigt, für diese Straftaten verantwortlich zu sein.

In den meisten NATO-Ländern wurden bereits bei Entstehung der Vertragsorganisation sogenannte »stay-behind-Netze« gegründet. Ihr vorgeblicher Zweck war, nach einer sowjetischen Invasion den Widerstand hinter den Linien zu organisieren. Diese Geheimtruppen erhielten dafür Sonderausbildungen und es wurden geheime Waffenvorräte angelegt. Die demokratische Kontrolle war minimal.

In der Türkei wurde 1953, ein Jahr nach dem NATO-Beitritt, eine »Antiterror-Organisation« gegründet. Diese Organisation wurde vom CIA finanziert. Von türkischer Seite waren daran lediglich der Geheimdienst MIT und eine ausgewählte Gruppe von Offizieren beteiligt.

1964 erhielt die Organisation den Namen »Department für Besondere Kriegsführung« (ÖHD, Özal Harp Dairesi) und wurde dem Befehl des türkischen Generalstabs unterstellt. In dieser Periode wurde der Aufgabenbereich des ÖHD erweitert. Nachdem die Kommunisten 1965 ins Parlament eingezogen waren, wurde eine sogenannte Fibel für die antikommunistische Aktion herausgebracht. Darin werden alle linken Organisationen als Staatsfeinde bezeichnet. Die Bekämpfung des Kommunismus wurde nun eine Aufgabe, die unabhängig von einer Besetzung erfüllt werden mußte.

Cihat Akyol, einer der Spitzenleute des ÖHD, erläuterte im September 1971 in der Zeitschrift für die Streitkräfte die Arbeitsmethode: »Zur erfolgreichen Propaganda werden oft Komplotts in die Praxis umgesetzt, darunter Vergewaltigungen, Plünderungen und Morde. Es wird der Eindruck erweckt, daß diese Verbrechen von linken Rebellen begangen worden sind. (...) Um das Volk von der Widerstandsbewegung zu trennen, müssen die Streitkräfte im Namen der Widerstandsbewegung Aktionen unternehmen, die die Grenzen der Brutalität überschreiten.«

Berüchtigt ist das Massaker, das 1977 bei den Feiern zum Ersten Mai auf dem Taksim-Platz in Istanbul angerichtet wurde. Von den umliegenden Gebäuden aus wurden 38 Menschen erschossen. Der radikalen Linken wurde dies in die Schuhe geschoben, aber alle Hinweise deuten in Richtung Konterguerilla.

## Die Menschenrechte

Sämtliche Regierungen der Ära nach den Wahlen von 1983 behaupteten, daß in der Türkei die Menschenrechte höchstens noch in Einzelfällen verletzt würden. Diese Verletzungen müßten als Auswüchse einiger Individuen gesehen werden, es läge dabei keine Systematik vor. Trotzdem veröffentlichen türkische und internationale Menschenrechtsorganisationen immer wieder Gutachten über fortgesetzte Menschenrechtsverletzungen.

Ihre Vorwürfe richten sich vor allem gegen außergerichtliche Hinrichtungen, gegen das Verschwindenlassen von Menschen und gegen Folter und Mißhandlungen. Jeder, der aus politischen Gründen inhaftiert wird, riskiert Schläge, Elektroschocks und sexuelle Mißhandlung.

Die Türkei hat eine Anzahl der wichtigsten internationalen Verträge und Protokolle über den Schutz von Menschenrechten unterzeichnet. Außerdem sind laut Verfassung von 1982 internationale Menschenrechtsverträge Bestandteil der nationalen Gesetze. Die Verfassung garantiert die Gewissens- und Religionsfreiheit, die Gedanken- und Meinungsfreiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit. Diese Rechte sind jedoch einer ganzen Reihe von Beschränkungen unterworfen. Kein einziges Recht darf dafür benutzt werden, die unteilbare Einheit des Staates in Frage zu stellen, die Existenz des türkischen Staates zu gefährden.

Die Demirel-Regierung, die im November 1991 installiert wurde, versprach, die Menschenrechtssituation zu verbessern. »Wir sind gerade dabei, hinsichtlich der Menschenrechte ein makelloser Meister zu werden und die anderen werden weit hinter uns liegen«, so die Worte des Justizministers, Suat Bilge. Die neue türkische Regierung besitzt sogar einen Menschenrechtsminister, Mehmet Kahraman. Amnesty International nennt ihn jedoch ohne Zurückhaltung einen »Beschöniger« der noch immer zum Himmel schreienden Verhältnisse in den türkischen Polizeiwachen und Gefängnissen. Außerdem ist ein Parlamentsausschuß für Menschenrechte ins Leben gerufen wor-

den. Da dieser Ausschuß bei seinen Versuchen, Polizeireviere und Gefängnisse zu inspizieren, behindert wurde, beschäftigte er sich einfach nurmehr mit der Situation im Ausland.

Das Problem einer wirkungsvollen Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen besteht darin, daß die türkische Gesetzgebung absichtlich einen weiten Spielraum gelassen hat, damit vermeintliche Staatsfeinde rigoros bekämpft werden können. Das Strafrecht garantiert entgegen allen internationalen Maßstäben keine Besuche des Verteidigers beim Verhafteten. Außerdem braucht ein Verhafteter nicht sofort einem Richter vorgeführt zu werden. Dadurch gibt es keine Kontrolle darüber, was die Polizei in den ersten sechzehn Hafttagen macht.

Eine andere wesentliche Behinderung ist das Antiterrorgesetz vom April 1991. Dieses Gesetz definiert den Begriff ›Terror‹ neu. Dadurch entfielen eine Anzahl Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch, die eine erhebliche Beschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung beinhalteten. Aber auch dieses neue Gesetz verbietet »schriftliche oder mündliche Propaganda, Versammlungen, Demonstrationen und Aufzüge mit dem Ziel, die unteilbare Einheit des Staates zu schädigen«.

Außerdem schützt das Antiterrorgesetz alle Beamten, die an der Bekämpfung des Terrorismus beteiligt sind, indem das Gesetz über die Verfolgung von Beamten auf sie angewendet wird. Das heißt, daß ein ›örtlicher behördlicher Rat‹ nahezu alle Anklagen in bezug auf Verbrechen dieser Beamten untersucht. Dieser Rat besitzt die Befugnis, einen Prozeß zu verhindern, kann also unterbinden, daß Klagen über Folterungen das Gericht erreichen.

Das Verfassungsgericht erklärte im März 1992, daß diese Anwendung des Gesetzes über die Verfolgung von Beamten verfassungswidrig sei. Der oben beschriebene Schutz für ›Terrorbekämpfer‹ wird jedoch im Südosten der Türkei, wo der Notstand herrscht, weiterhin aufrechterhalten.

### **Anschläge von Todesschwadronen**

Seit sich der kurdische Aufstand 1991 verstärkt hat, tritt ein neues Phänomen in Erscheinung: Menschen verschwinden und werden ohne Gerichtsverfahren hingerichtet.

Die Dorfbewohner, die sich geweigert haben, ›Dorfschützer‹ zu werden, sind die wichtigsten Ziele der anonymen Angreifer. Es handelt sich dabei in erster Linie um jene Dörfer, die verdächtigt werden, mit der PKK in Verbin-

dung zu stehen. Die Todesschwadronen richten sich jedoch auch auf örtliche Politiker, insbesondere auf Mitglieder der HEP, DEP und HADEP und Journalisten, die über die Exekutionen Nachforschungen anstellten.

Offizielle Quellen schreiben diese Morde auf das Konto der Hezbollah. Obwohl sich in den Gebieten um Batman und Nusaybin Gläubige unter dem Namen Hezbollah organisieren, ist die Existenz der Hezbollah als organisierte bewaffnete Macht in der Türkei sehr zweifelhaft. Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus, daß die Sicherheitstruppen, insbesondere die Sondereinheiten, hinter diesen Anschlägen stecken. Journalisten und viele Kurden nennen in diesem Zusammenhang auch die Konterguerilla, das ÖHD. In manchen Fällen haben Augenzeugen Militärs als Mörder identifiziert. In vielen Fällen haben Menschen gesehen, wie Todesschwadronen Armee- oder Polizeifahrzeuge verließen oder wie sie ungehindert in Autos ohne Nummernschilder durch Straßensperren fahren konnten. Außerdem ist es auffällig, wie Anschläge und Entführungen ohne geringste Gegenwehr der staatlichen Macht stattfinden können. Entführte tauchen später in Gefängnissen der Regierung auf. Die Regierung ermittelt selten gegen die Todesschwadronen.

## **Die wirtschaftliche Bevölkerungspolitik**

Mit den Mitteln der Bevölkerungspolitik versucht die Regierung, das kurdische Gebiet zu 'Türkifizieren'. Neben der Unterdrückung jeglicher kurdischer Autonomiebestrebungen spielt dabei das Südanatolien-Projekt – Güney Anadolu Projesi (GAP) – eine große Rolle. Dieses riesige Staudammprojekt wurde Ende der siebziger Jahre von der damaligen Demirel-Regierung entwickelt. Es hat große Folgen für die örtliche kurdische Bevölkerung sowie Folgen politisch-strategischer Art für den gesamten Nahen Osten.

Insgesamt geht es um 22 Dämme und siebzig Wasserkraftwerke am Oberlauf der Flüsse Euphrat und Tigris. Das Projekt umfaßt sechs Provinzen und erstreckt sich fast von der Mittelmeerküste bis zur iranischen Grenze. Letztendlich sollen jährlich 8,9 Milliarden Kilowattstunden erzeugt werden. Das Projekt wird den Berechnungen nach achtzehn Milliarden Dollar kosten. Die türkische Regierung verspricht, daß das GAP 1,6 Millionen Arbeitsplätze schaffen würde. Damit ist es das Zugpferd der türkischen Wirtschaft.

Das GAP soll dafür sorgen, daß Ende der neunziger Jahre 1,6 Millionen Hektar Land bewässert werden können. Laut türkischen Agrarexperten wird dadurch der Ertrag je Hektar um das 17,5-fache steigen. Durch weitere Modernisierung der Landwirtschaft sollen sich die Erträge noch einmal um das Fünfzig- bis Siebzigfache erhöhen lassen.

• Vergrößerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche je Hof ist eines der Ziele des Projekts. Nur große Betriebe mit modernen Geräten werden in der Lage sein, sich auf dem Agrarmarkt der Zukunft zu behaupten. Damit erfüllt die Türkei den Auftrag der Weltbank, die 1981 die die Erhöhung der Agrarerträge forderte.

Kurdische Bauarbeiter werden bei den Dämmen nicht angestellt. Türken aus dem überbevölkerten Westen des Landes werden mit allerlei Privilegien steuerrechtlicher und bildungspolitischer Art zum Projekt gelockt. Zugleich verschwanden durch die Stauseen viele kurdische Dörfer. Vor dem Kaban-Stausee mußten 19.000 Menschen aus 96 Dörfern weichen. Die Beschaffung neuen Wohnraums ist oft schlecht geregelt. Den Menschen werden Wohnungen zum Teil weit außerhalb der Region angeboten: in Konya, 250 Kilometer südlich Ankaras und sogar in Izmir.

Wenn das GAP vollendet ist, wird der Euphrat lediglich noch ein Drittel seines früheren Wasservorrats bis nach Syrien und den Irak führen. Syrien ist für 70 Prozent seiner Stromversorgung auf den Euphrat angewiesen und für den gesamten Norden des Landes ist der Fluß praktisch die einzige Bewässerungsquelle. Im Irak sind 1,3 Millionen Hektar Ackerland von dem Fluß abhängig. Der Tigris ist für dieses Land die zweitgrößte Wasserquelle und auch bei diesem Fluß wird durch den Bau einer großen Anzahl Dämme die Zufuhr beschränkt.

Für die Türkei ist das GAP ein integrierter Bestandteil der Versuche, in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die wichtigste Macht in der Region zu werden. Das Projekt wird mehr Energie erzeugen, als die Türkei selbst benötigt. Es liegen Pläne vor, Elektrizität in den Irak, nach Syrien, Jordanien und Ägypten zu exportieren.

Außerdem wird Wasser für die Wirtschaftsentwicklung der Region immer wichtiger. Die Türkei arbeitet an Plänen, auch daraus ein Exportprodukt besonders für die arabische Welt zu machen. Dieses Wasser müßte dann aus den beiden Flüssen geholt werden, die bei Adana in das Mittelmeer münden. Ferner verwendet die Türkei den Euphrat bereits jetzt als Machtmittel, um Syrien zu zwingen, eine weniger kulante Haltung gegenüber den PKK-Kämpfern einzunehmen, die in dieses Land geflüchtet waren.

## Die regionalen Bestrebungen

Das GAP macht klar, daß die Türkei der Region ihre Macht ausdrücklich spüren läßt. Zwei Faktoren bestimmen die türkische Position: Der ansehnliche Wirtschaftsaufschwung Ende der achtziger Jahre und das Ende des Kalten Krieges.

Der Wirtschaftsaufschwung ist vor allem die Folge der eine Liberalisierung des Marktes anstrebenden Politik des inzwischen verstorbenen Turgut Özal – erst Wirtschaftsminister, danach Ministerpräsident und am Schluß Präsident. Das Ende des Kalten Krieges, der Zusammenbruch des Ostblocks und das Auseinanderfallen der Sowjetunion haben die Verhältnisse in der Region tiefgreifend verändert. Diese Veränderungen bieten der Türkei neue Wirtschaftsperspektiven. Die türkische Außenpolitik wird einerseits von diesen rationellen, wirtschaftlichen Motiven geleitet, andererseits spielen auch alte osmanische und pantürkische Sentimente eine Rolle. Das türkische Interesse geht in drei Richtungen: den Nahen Osten, den Balkan und das Schwarze Meer und in Richtung der alten Sowjetrepubliken in Zentralasien.

Die Türkei vertiefte Anfang der siebziger Jahre nach der Mineralölkrise ihre Beziehungen mit dem Nahen Osten. Es entstand vor allem eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung. Die Ölkrise vergrößerte den Import aus der Region, während zugleich ein Markt für Agrar- und Konsumgüter entstand. Besonders in den achtziger Jahren richtete sich das Interesse türkischer Importeure auf diesen Markt. Gegenwärtig steht der Nahe Osten für 20 Prozent des gesamten Außenhandels der Türkei. Ferner schlossen Anfang der achtziger Jahre türkische Bauunternehmer umfangreiche Verträge mit Libyen und Saudi-Arabien ab.

Damit wuchs auch die politische Rolle in der Region, die überwiegend von Neutralität und Kontakten mit möglichst vielen Ländern gekennzeichnet war.

Das läßt sich zum Beispiel aus der Art und Weise ersehen, mit der die Türkei während des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran ihre Stellung hinsichtlich der beiden Länder ausbaute. Der Importbedarf beider Staaten erhöhte sich durch den Krieg enorm. Die türkischen Straßen bilden für beide Länder wichtige Landverbindungen. Außerdem ist der Irak für seinen Erdöl-export stark von seiner in die Türkei führenden Ölpipeline abhängig.

Es war demnach im gewissen Sinne überraschend, daß sich die Türkei während der Kuwaitkrise 1990-1991 nahezu gänzlich auf die Seite der ›Alliierten‹ gegen den Irak schlug. Die Entscheidung war vor allem von Präsident

Özal durchgedrückt worden und paßte in seine Regionalbestrebungen. Dazu gehörte die Ausschaltung des konkurrierenden regionalen Machthabers Irak. Die Türkei, die damit beschäftigt ist, eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen, hatte gegenüber dem Irak auf diesem Gebiet einen Rückstand. Die Vernichtung des irakischen Waffenvorrats lag sehr im Interesse der Türkei.

• Während des Krieges wurden von türkischem Gebiet aus eine große Anzahl Bombardierungsflüge ausgeführt. Außerdem stellte die Türkei an der Grenze 120.000 Soldaten auf. Sie zwang damit den Irak, dasselbe zu machen und die Südfront gegenüber den USA und deren Verbündeten zu schwächen.

Der Ablauf der Kuwaitkrise beweist das strategische Interesse der Türkei in der Region und hat die türkische Position dem Westen gegenüber offenkundig gestärkt.

Das Verhältnis der Türkei zum Irak wird nun von zwei Punkten bestimmt. Zum ersten von der Angst vor der Zersetzung der Zentralgewalt in Bagdad, weil dies zur Unabhängigkeit der irakischen Kurden führen könnte. Zweitens spielen wirtschaftliche Gesichtspunkte eine Rolle.

Die Anwesenheit der PKK im kurdischen Gebiet im Nordirak hat seit 1992 zu mehreren Invasionen in jener Region geführt. Im Oktober 1992 kämpften Guerillakämpfer der irakisch-kurdischen Parteien KDP und PUK gemeinsam mit der türkischen Armee gegen die PKK. Dieses Bündnis hielt nicht lange und vernichtete die PKK keineswegs. Dies führte im März 1995 zu einer noch größeren Invasion, die sich offiziell gegen die PKK richtete. Irak protestierte erst spät und bestätigte damit den Eindruck, daß es mit dem Vorgehen der Türkei einverstanden war.

Die militärische Ausgangsposition der Türkei im Krieg gegen die Kurden verbessert sich, wenn dieser auch im kurdischen Gebiet außerhalb der Türkei geführt werden kann. Hinzu kommt noch, daß es in der Türkei noch immer Strömungen gibt, die das irakisch-kurdische Gebiet annectieren möchten, ein Problem, das bereits in den zwanziger Jahren bei der endgültigen Festlegung der irakischen Staatsgrenzen schwelte. Beim Abzug der türkischen Truppen Anfang Mai 1995 sagte Präsident Demirel, daß es für eine adäquate Bekämpfung der PKK erforderlich sei, die Staatsgrenzen zu verlegen. Dazu wird es vorläufig nicht kommen. Es sieht jedoch so aus, daß die Türkei im Nordirak eine Sicherheitszone einrichten möchte, bis die Zentralgewalt in Bagdad wieder hergestellt ist.

Der zweite Punkt im Verhältnis zum Irak wird von Motiven wirtschaftlicher Art bestimmt. Infolge des UN-Embargos wird der Irak noch immer boy-

kottiert. Darunter leidet auch die türkische Wirtschaft, weil die Türkei vor dem Golfkrieg der zweitgrößte Handelspartner des Irak war. In dem Maße, in dem die Wirtschaftskrise in der Türkei zunimmt, erhöht sich auch der Druck auf die Regierung, die Beziehungen zum Irak wieder herzustellen. Deshalb bat die Türkei die Europäische Union im Juni 1995 an der Aufhebung des Embargos gegen den Irak mitzuwirken. Die Türkei untermauerte dies mit der Begründung, daß das irakische Volk unter dem Embargo leide und daß Irakisch-Kurdistan ein instabiler Faktor in der Region sei.

### **Israel**

Nach dem Golfkrieg und zweifellos nach dem israelisch-palästinensischen Vertrag vom September 1993 hat sich das Verhältnis zu Israel spektakulär verbessert. Die Türkei hatte Israel bereits kurz nach der Gründung des Staates anerkannt, infolge der feindseligen arabischen Nachbarn konnte diese Beziehung jedoch nie vertieft werden. Inzwischen haben die verbesserten Beziehungen zu engen Kontakten zwischen der israelischen und türkischen Rüstungsindustrie geführt. Ferner schloß Israel ein Konzeptabkommen mit der Türkei über Terrorismus- und Drogenbekämpfung.

### **Das Schwarze Meer und Zentralasien**

Der Zusammenbruch des Ostblocks und der Zerfall der Sowjetunion bedeutete vor allem eine Erweiterung der Wirtschaftsmöglichkeiten. Die Türkei ist in der Lage, relativ billige Produkte in den Balkan zu exportieren, aber auch in Länder nördlich und östlich des Schwarzen Meeres.

Im Februar 1992 ergriff die Türkei die Initiative zur Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft der Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres. Zweck dieser Gemeinschaft ist es, eine Struktur zur Entwicklung der Wirtschaft in der Region zu schaffen und dadurch die Integration in die europäische und die Weltwirtschaft zu erleichtern. Der Schwarzmeervertrag zielt auf Zusammenarbeit im Energie-, Transport-, Kommunikations-, Informations- und Ökologiesektor und auch auf die Gründung einer gemeinsamen Investbank. Mitglieder sind: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Moldawien, die Ukraine, Rußland, Rumänien und die Türkei.

Als Ministerpräsident Demirel im Frühling 1992 von einer Rundreise durch fünf türkischsprachige Länder der ehemaligen Sowjetunion zurück-



kehrte, sagte er, daß ihm schwindlig sei, da ihm erst jetzt richtig bewußt geworden sei, daß zwischen der Adria und der chinesischen Mauer Türken wohnen. Die zunehmende Stärke des Nationalismus auf dem Balkan, dem Kaukasus und in den türkischsprachigen Republiken in Zentralasien erhöhte das Verantwortungsgefühl der Türkei gegenüber türkischen Minderheiten. Ungefähr 60 Prozent der 50 Millionen Moslems in Zentralasien besitzen einen türkischen Hintergrund.

Die Türkei nutzt nach dem Zerfall der Sowjetunion ihren Einfluß unter der türkischsprachigen Bevölkerung dafür, die eigene Machtposition und die der westlichen Verbündeten zu stärken. Die USA fördern die türkischen Kontakte mit den Staaten im Kaukasus und in Zentralasien. Der ehemalige amerikanische Präsident George Bush beschrieb die Türkei Anfang 1992 als Vorbild für die Länder in der Region. Er pries sie als ein »Leuchtfeuer von Stabilität« und als demokratischen und säkularen Staat. Der wichtigste Grund für diese Äußerungen ist im Konkurrenzkampf zwischen dem Iran und der Türkei zu finden. Beide Länder versuchen, im islamischen Zentralasien Einfluß zu gewinnen. Die USA benutzen die Türkei dafür, der Politik des Iran entgegenzuwirken.

Diese Entwicklung verläuft jedoch zögerlich. Es gelang der Türkei beispielsweise erst im zweiten Anlauf, einen Satelliten in die Erdumlaufbahn zu befördern, der türkischsprachige Propaganda, die sich auf die Länder Zentralasiens richtet, ausstrahlt.

Die Türkei schaffte es nicht, dem Krieg zwischen dem »Brudervolk« Aserbaidschans und Armeniens eine »günstige« Wendung zu geben. Laut »Moscow News« vom 24. Februar 1995 wollte die Türkei die Wirtschaftsblockade gegen Armenien aufheben, wenn das Land die neuen Ausgangspunkte für gegenseitige Beziehungen akzeptieren würde. Zweifellos ist damit die Pipeline für Erdöl aus Aserbaidschan gemeint, das sein Öl nicht in die Türkei exportieren will, weil die Pipeline über armenisches Territorium führen müßte.

Erdölgewinnung und -förderung sind mittlerweile die wichtigsten Fragen, die derzeit in Zentralasien und dem Schwarzmeergebiet eine Rolle spielen. Westliche Gesellschaften haben seit 1991 Zugang zu den Fördergebieten, der Aufbau der Exporteinrichtungen stagniert jedoch. Dies ist vor allem eine Folge der Tatsache, daß Pipelines durch die Kriegsgebiete in Nagorni-Karabach, Tschetschenien und Kurdistan führen.

Der Konkurrenzkampf zwischen der Türkei und Rußland, aber auch mit dem Iran, um die Macht über die Erdölpipelines und Seestraßen ist in den

letzten Jahren sehr hart geworden. Die Türkei hat dabei den wichtigsten Trumpf in der Hand, weil sie an beiden Seiten des Bosphorus liegt, der die einzige Verbindung zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer bildet.

Die Türkei möchte sich auf diesem Gebiet zu einem wichtigen Transitland entwickeln und benötigt dafür das Erdöl aus dem Schwarzmeergebiet, insbesondere seit die Erdölaufuhr aus dem Irak durch das UN-Embargo versiegt ist. Die Türkei setzt in diesem Konkurrenzkampf seine strategische Lage am Bosphorus ein. Sie will den Mineralöltransport durch diese Seestraße möglichst wenig lukrativ machen, so daß sich die erdölfördernden Länder für eine Pipeline zu den türkischen Hafenstädten am Mittelmeer entscheiden. Die Pipeline führt allerdings durch Kurdistan, und dies bildet das schwächste Kettenglied in der türkischen Strategie. Amerikanische Mineralölgesellschaften haben hinter den Kulissen bereits auf eine politische Lösung für das kurdische Problem gedrängt.

Rußland erfreut sich nicht gerade an der türkischen Machtposition und möchte Pipelines in nördliche Richtung verlegen, um die Türkei so auszubooten. Diese Pipelines führen jedoch durch Tschetschenien.

Griechenland und Bulgarien sind den Russen inzwischen mit dem Plan, eine Pipeline vom bulgarischen Boergas zum griechischem Alexandropolis anzulegen, so daß der Bosphorus gemieden werden kann, beigeprungen.

Griechenland legt sich aus türkischer Sicht auch noch auf andere Weise quer: Die Griechen möchten ihre Hoheitsgewässer bis auf zwölf Meilen ausweiten. Angesichts der Ausdehnung des griechischen Archipels fürchtet die Türkei, daß dadurch ihr Zugang zum Mittelmeer abgeschlossen wird.

## Der Balkan

Das türkische Verhältnis zum Balkan wird in erheblichem Maße von der osmanischen Vorgeschichte bestimmt. In verschiedenen Ländern leben türkische Minderheiten. Weiter wirft sich die Türkei als Verteidiger von Muslimen in der Region auf, unter anderem in Albanien, Kosovo und Bosnien.

Die Beziehung der Türkei zu Griechenland ist am problematischsten. Im andauernden Kalten Krieg zwischen diesen beiden NATO-Ländern spielen zwei Konfliktherde eine erhebliche Rolle, und zwar die Teilung Zyperns und die Macht über die Ägäis.

Seit der türkischen Invasion im Jahre 1974 besteht Zypern aus einem griechisch-zypriotischen und einem türkisch-zypriotischen Teil. Außer der Türkei

erkennt weltweit kein einziges Land den türkischen Teil Zyperns als selbständigen Staat an. In der letzten Zeit wird auf die beteiligten Parteien besonders vom Westen aus viel Druck ausgeübt, den Konflikt zu lösen. Vor dem Hintergrund einer möglichen Eskalation des Krieges auf dem Balkan ist es wichtig, die Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland auf einem beherrschbaren Niveau zu halten.

Der Konflikt um das Ägäische Meer wird etwa seit 1974 verschärft ausge tragen. Seit dieser Zeit beschäftigen sich beide Länder ernsthaft mit Plänen, im Meer Erdölbohrungen vorzunehmen. Griechenland und die Türkei besitzen beide unterschiedliche Anschauungen hinsichtlich der Frage, was zur Kontinentalplatte ihrer Länder gehört. Es laufen lange rechtliche Verfahren über die Interpretation internationaler Verträge, welche die Parteien für anwendbar erachten.

Im Sommer 1995 loderte der Konflikt wieder auf. Die NATO möchte die Hauptquartiere für die Ägäis und für die Schnelle Eingreiftruppe in Griechenland ansiedeln. Die Türkei billigte diese Vorhaben bereits 1992. Infolge der Ausbreitung der Hoheitsgewässer stoppte die Türkei aus Protest ihren finanziellen Beitrag an die NATO. Das türkische Parlament erklärte sogar, zu einem Krieg bereit zu sein.

Der Zerfall des Ostblocks hat eine selbständige türkische Balkanpolitik ermöglicht. Mit diversen Ländern wie Rumänien, Albanien und Bulgarien sind mittlerweile Militärverträge geschlossen worden. Beim Krieg im ehemaligen Jugoslawien steht die Türkei hinter der Regierung Bosnien-Herzegowinas. Auch beteiligt sie sich an den UN-Friedenstruppen in Bosnien.

Im Namen der Konferenz islamischer Staaten drängt die Türkei fortwährend auf die Verstärkung des Drucks auf Serbien. Sie schlug vor, Bosnien-Herzegowina zu bewaffnen und suggerierte wegen der zögerlichen Haltung der westlichen Länder in diesem Konflikt einen Mineralölboykott gegen sie. Regierungsvertreter und Parlamentarier sprachen in diesem Zusammenhang markige Worte, die freilich eher innenpolitischen Zwecken dienen.

## **Die Beziehung zum Westen**

Die Türkei orientierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg ausdrücklich am Westen. Die Wahl ist in gewisser Weise ideologisch bedingt. Atatürk wollte seinem Land eine westliche Prägung geben: »Es gibt keine Alternative, wenn wir ein zivilisiertes Land werden möchten.« Andererseits gibt und gab es äußerst

praktische Gründe für diese Orientierung. Diese liegen im Militär- und Wirtschaftsbereich. Auch die Türkei fürchtete sich während des Kalten Krieges vor der Sowjetunion. Aus diesem Grunde trat das Land der NATO bei. Aus wirtschaftlichen Erwägungen sucht die Türkei die Annäherung zur Europäischen Union. 1964 wurde die Türkei assoziiertes Mitglied der damaligen EWG und 1987 beantragte sie die EG-Vollmitgliedschaft.

Das westliche Interesse an einer guten Beziehung zur Türkei war und ist in erster Linie militärischer und strategischer Art. Die NATO-Anwesenheit im Nahen Osten galt als eine Bremse für die angeblichen Sowjetbestrebungen in Richtung des Persischen Golfs. Weiter war die türkische Kontrolle über den Bosphorus wichtig, weil damit der Zugang der Sowjetflotte zum Mittelmeer blockiert wurde. Schließlich bedeutete das Vorhandensein einer Südflanke, daß der Warschauer Pakt bei einem eventuellen Krieg aus dem ›Zentralsektor‹ eine Großzahl Truppen abziehen mußte.

Heute wird das westliche Interesse an der Türkei wesentlich davon bestimmt, die Türkei als ›Bollwerk‹ gegen den islamischen Fundamentalismus und als potentielle Ordnungsmacht – zumindest aber als sicheren NATO-Stützpunkt – in einer für den Westen wirtschaftlich wichtigen aber instabilen Region zu erhalten.

### **Die finanzwirtschaftliche Beziehung**

Die finanzwirtschaftliche Beziehung zwischen der Türkei und dem Westen wird über die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) reguliert. Seit 1962 gibt es für die Türkei ein OECD-Hilfskonsortium. Dieses hat die Aufgabe, die Kreditbeschaffung aus dem Ausland zu koordinieren. Mitglieder des Konsortiums sind die USA, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Kanada, Schweden, Norwegen, Österreich, die Schweiz, Dänemark, der IWF und die Weltbank. Die Bundesrepublik leitet von Anfang an diese Gruppe. Die türkischen Regierungen sind von den Geldsammlungen dieser Gruppe immer höchst abhängig gewesen. Die Regierung mußte einmal jährlich auf einer Sitzung in Paris ihre Wirtschaftspläne präsentieren und angeben, wieviel Devisen dafür benötigt würden. Nach Diskussionen und Kritik berieten sich die einzelnen Länder mit der Leitung des Konsortiums und vereinbarten im weiteren Verlauf die Höhe der zu gewährenden Kredite.

Der türkische Antrag zum Beitritt zur Europäischen Union gründet sich vor allem auf wirtschaftliche Motive. Ungefähr 53 Prozent des türkischen Exports gehen in die EU-Länder. Für die Europäische Union gibt es jedoch noch eine Anzahl Hindernisse. Erstens müssen sich die griechisch-türkischen Beziehungen verbessern. Die Union hat die Lösung des Zypernkonflikts zur Vorbedingung gemacht. Auch die anhaltenden Berichte über Menschenrechtsverletzungen machen die EU zurückhaltend.

Nach der türkischen Invasion in den Nordirak im März 1995 kam es zu einer Krise in den Beziehungen zu Westeuropa. Diese Krise verzögert auch die Lösung des dritten Problems: der Zollunion mit der EU.

Während in der Türkei die Auffassung vertreten wird, daß mit dem Zustandekommen der Zollunion von einer De-facto-Mitgliedschaft auszugehen sei, gibt es wenig Anzeichen dafür, daß die EU-Mitgliedschaft – wenn überhaupt – in absehbarer Zeit realisiert werden kann. Der Krieg in Kurdistan, die Menschenrechtslage, das Anwachsen des islamischen Fundamentalismus in der Türkei und vor allem der wirtschaftliche Entwicklungsstand des Landes, sprechen eher dagegen.

### **Politische und territoriale Stabilität**

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat das strategische Interesse des Westens an der Türkei nicht entscheidend abgenommen. Über die Türkei versucht der Westen seinen Einfluß nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Zentralasien geltend zu machen.

Die Türkei ist dabei nicht einfach nur eine westliche Marionette. Das zeigte sich bereits 1974 mit der türkischen Invasion in Zypern. Die Türkei verfolgt eine selbstbewußte Politik in der Region, die oft – allerdings nicht immer – konform mit den westlichen Interessen verläuft. Trotz der kritischen Stimmen, die regelmäßig gegen die türkische Behandlung der Kurden erhoben werden, gehen auch hier die Interessen in eine Richtung. Für den Westen steht die politische und territoriale Stabilität im Mittelpunkt. Während alle europäischen Länder angefangen haben, die Verteidigungsausgaben durch Einsparungen zu senken, geht der Rüstungswettlauf im Nahen Osten unvermindert weiter. Die westlichen Länder helfen der Türkei dabei auf nahezu jede erdenkliche Art und Weise.

## **Die Metamorphose zum Polizisten des Westens**

Der Vertrag über konventionelle Rüstung in Europa (KSE- bzw. CFE-Vertrag), den NATO und Warschauer Pakt 1990 schlossen, zielte auf eine drastische Reduzierung der konventionellen Waffenpotentiale in Europa. Der Südosten der Türkei wurde bei diesem Vertrag jedoch ausgeklammert und wird nun mit modernsten Waffen, die aus Mitteleuropa wegverhandelt wurden, vollgestopft. Wohl nicht ganz zufällig entspricht dieses Gebiet dem türkischen Teil Kurdistans. Außerdem schuf die NATO so einen Puffer gegenüber Iran, Irak und Syrien. Die Türkei, der einst relativ schwach und veraltet bewaffnete Frontstaat gegen den Kommunismus, ist mittlerweile zu einem modern ausgerüsteten NATO-Mitglied an der Trennlinie zwischen Europa, dem Nahen Osten, dem Schwarzmeergebiet und Zentralasien umgewandelt worden. Dies illustriert erneut den strategischen Stellenwert, den die Türkei seit dem Zweiten Weltkrieg für den Westen hat. Im Norden gegen die Sowjetunion gerichtet, diente sie andererseits als Stützpunkt für die Überwachung der Ölfelder im Süden. In den letzten 45 Jahren haben diese beiden Funktionen die westliche Politik gegenüber der Türkei bestimmt. Es waren vor allem die USA, die den Aufbau der türkischen Armee und der türkischen Rüstungsindustrie förderten. In den sechziger Jahren gesellte sich die Bundesrepublik hinzu, der wiederum andere NATO-Länder folgten.

### **Die amerikanische Unterstützung**

Die Türkei wurde nach dem zweiten Weltkrieg in das von den USA dominierte Bündnissystem eingebettet, war jedoch zu schwach, ihre neue Rolle eigenständig spielen zu können. Um die türkische Armee mit neuen Waffen auszurüsten, wurde deshalb 1947 ein militärisches Förderprogramm ins Leben gerufen. Die neue Freundschaft mit den USA besiegelte die Türkei, indem sie sich 1950 symbolisch mit ein paar tausend Soldaten am Koreakrieg beteiligte. 1952 wurde sie denn auch mit der Mitgliedschaft in der NATO im neuen ›Freundeskreis‹ aufgenommen.

Die amerikanische Strategie, die Sowjetunion von allen Seiten zugleich bedrohen zu können, erforderte mehr als bloß die Teilnahme der Türkei. Die Türkei hätte alleine niemals eine glaubwürdige Bedrohung für die Sowjetunion darstellen können. Dazu war eine entweder vorübergehende oder gar permanente Stationierung amerikanischer Streitkräfte in der Türkei notwendig. Zur Erreichung dieses Ziels wurden 1953 ein ›Military Facilities Agreement‹ und ein ›Status of Forces Agreement‹ unterschrieben. Die USA schlossen übrigens mit allen Ländern, in denen sie Truppen stationierten, solche Verträge; es handelte sich somit um das in der NATO übliche Verfahren.

Trotz der türkischen NATO-Mitgliedschaft fand ein Großteil der militärischen Zusammenarbeit zwischen den USA und der Türkei auf bilateraler Ebene statt. Zwischen 1946 und 1974 erhielt die Türkei für 3,7 Milliarden Dollar Militärhilfe, Waffen, Munition und militärische Ausrüstung.

In den fünfziger Jahren wurde die Bedeutung der Türkei im westlichen Bündnissystem weiter vergrößert, indem sie auch dem CENTO-Pakt beitrug, einem Vertrag, der den amerikanischen Einfluß entlang der Südflanke der Sowjetunion von der Türkei bis hin nach Pakistan erweiterte.

Die amerikanische Präsenz in der Türkei, über welche die türkische Regierung wenig mitzureden hatte, führte gelegentlich innerhalb der Türkei zu starker Kritik. Ein Vorfall, der dies verdeutlicht, war der Abzug der mit Atomsprenköpfen bestückten amerikanischen Jupiterraketen. Dieser Abzug war eine Gegenleistung für den Abzug der russischen Atomraketen auf Kuba. Die türkische Regierung war mit diesem Abzug nicht einverstanden, konnte ihn aber nicht verhindern.

### **Flexible response**

Auf Dauer konnten die USA sich nicht einfach über die türkische Kritik hinwegsetzen. Zudem hatte sich die amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion im Laufe der sechziger Jahre geändert. Die Strategie der massiven Vergeltung, in einem großen Krieg sofort auf einen massiven Atomwaffeneinsatz zurückzugreifen, wurde aufgegeben. Man wollte versuchen, einen solchen Krieg begrenzt zu machen und der Gefahr zu entgehen, daß das US-Territorium auf jeden Fall von einem solchen Krieg betroffen sein und ebenfalls nuklear angegriffen würde.

Bestandteil der neuen US-Strategie der flexiblen Antwort (flexible response) war es, daß bei regionalen Bündnispartnern der USA, wie der Türkei,

taktische Atomwaffen und zusätzliche konventionelle Waffen stationiert werden mußten.

Infolgedessen wurde ein neuer Vertrag über die Zusammenarbeit der türkischen und amerikanischen Streitkräfte in einem eventuellen regionalen Krieg geschlossen: das ›Joint US-Turkish Defence Cooperation Agreement‹ – DECA. Damit wurde die permanente Präsenz der amerikanischen Truppen in zwölf militärischen Liegenschaften, darunter einer Anzahl Luftwaffenbasen, geregelt. Der Vertrag wurde am 3. Juli 1969 unterzeichnet und bildete die Grundlage für die Zusammenarbeit bis zur Zypernkrise im Jahre 1974.

### **Zypernkrise**

Während der Krise fiel die Türkei gegen den Wunsch der Amerikaner in Zypern ein. Die USA beriefen sich bei ihrer Kritik auf ein 1961 in Kraft getretenes Gesetz, den ›US Foreign Assistance Act‹ (Gesetz über die Unterstützung anderer Staaten), das festlegt, daß von den USA gelieferte oder verschenkte Waffen nicht für Interventionen genutzt werden dürfen. Die USA verhängten deshalb ein Handelsembargo, worauf die türkische Regierung das ›Joint US-Turkish Defense Cooperation Agreement‹ am 25. Juli kündigte und den USA die Truppenstationierungsrechte auf türkischem Boden entzog. Nach Angaben von General Haig, damals Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, hatten diese Ereignisse zur Folge, daß die Einsatzfähigkeit der türkischen Armee und insbesondere die der Luftwaffe auf die Hälfte reduziert wurde. General Shear vom NATO-Oberkommando Süd behauptet darüber hinaus, daß die Türkei über keine ausreichende Einsatzbereitschaft im Rahmen der NATO mehr verfüge.

Damit spielten sie auf die Bedeutung der Türkei für die amerikanische Politik an, derzufolge es galt, die türkischen Streitkräfte unter allen Umständen einsatzfähig zu halten. Es dauerte deshalb nicht lange, bis ein neuer amerikanisch-türkischer Vertrag über die Verteidigungszusammenarbeit abgeschlossen wurde: Am 16. März 1976 wurde für weitere vier Jahre eine militärische Zusammenarbeit beschlossen. Bereits zuvor, im Oktober 1975, erhielt die Türkei von den USA die Möglichkeit, Kredite in Höhe von 125 Millionen Dollar, gefolgt von nochmals 175 Millionen Dollar im Jahre 1976, aufzunehmen. Außerdem wurden die bereits bestellten Ersatzteile und Waffen, die wegen der Zypern Invasion nicht mehr ausgeliefert worden waren, freigegeben.



Ab September 1978 wurden der Türkei unter gewissen Vorbedingungen wieder Waffen geliefert, und einen Monat später nahmen die USA ihre Stationierungen auf den großen Militärbasen wieder auf. Diese hatte die Türkei bei Kündigung des DECA-Abkommens 1974 einstellen lassen, wobei die Arbeiten auf der größten Basis Incirlik eine Ausnahme bildeten.

Die Ereignisse der Zypernkrise überzeugte die türkische Regierung von der Notwendigkeit, die Abhängigkeit von den USA zu verringern und so das Risiko, von Waffenembargos getroffen zu werden, zu verringern. Sie begann nunmehr, verstärkt auch Waffen in Westeuropa zu kaufen.

### **Die Revolution im Iran**

1979 fiel das eng mit den USA liierte Regime des Schahs im Iran. Der Iran wandelte sich dadurch von einem Alliierten und Stützpunkt für die USA zu einem ausgesprochenen Feind. Der Wert der Türkei als Basis für die gesamte Region stieg entsprechend an.

Die USA unterzeichneten am 30. März 1980, fünf Monate vor dem Staatsstreich, der das türkische Militär wieder an die Macht brachte, einen neuen Verteidigungsvertrag mit der Türkei. In diesem Vertrag wurde festgelegt, daß zwölf Basen weiterhin unter amerikanischer Kontrolle stehen würden, darunter Incirlik, zwei elektronische Lauschposten am schwarzen Meer und eine seismische Station bei Ankara, einschließlich logistischer und Navigationseinrichtungen.

Diese Basen waren alle für die Entfaltung möglicher amerikanischer Interventionskräfte in der Region von erheblicher Bedeutung. Zu diesem Zweck wurde später in jenem Jahr auch eine amerikanische Militärmission zu den Luftwaffenbasen Muc und Batman entsandt.

Der damalige amerikanische Verteidigungsminister, Caspar Weinberger, besuchte 1981 Ankara und vereinbarte dort die Bildung eines gemeinsamen militärischen Beratungsgremiums, das die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und der Türkei verbessern sollte. Sie versprachen einander, auch die NATO-Position in dem Gebiet zu verstärken. Laut diesem Vertrag würden die USA der Türkei auch bei der Wartung, Reparatur und Modernisierung von Material helfen. Außerdem sollten sie auch bei der Einführung neuer Waffenproduktionssysteme zusammenarbeiten.

Die schon bestehenden Pläne für den Fall einer Intervention in der Sowjetunion vom türkischen Territorium aus wurden in einer Interventionsdoktrin für den Nahen Osten ausgearbeitet. Obwohl es sich um einen Plan

handelte, der vorgeblich einer Sowjetoffensive in Richtung der Erdölfelder entgegentreten sollte, ermöglichte er, gegen jedes »unbequeme« Land vorzugehen. Der Plan beinhaltete nämlich auch die Gründung einer schnellen Einsatztruppe für die Region. Dafür wurden die schon vorhandenen Verstärkungspläne ausgebaut: Es sollten mehr amerikanische Streitkräfte zu den türkischen Basen dirigiert und mehr Luftwaffeneinheiten dorthin verlegt werden, um sie nötigenfalls für eine Offensive gen Süden einsetzen zu können.

### **Modernisierung**

Im November 1982 vereinbarten die USA und die Türkei ein »Memorandum of Understanding«, in dem der Bau, die Verbesserung und die gemeinsame Nutzung einiger (neuer) Flugplätze festgelegt wurden.

Im Februar 1983 beschloß die Reagan-Regierung, daß die Türkei deutlich mehr amerikanische Unterstützung erhalten solle. Laut diesem Vorschlag sollte sich die Militär- und Wirtschaftshilfe auf 934 Millionen Dollar erhöhen. Der Löwenanteil, nämlich 759 Millionen Dollar, war für militärische Zwecke bestimmt. 4 Millionen Dollar wurden für die Ausbildung türkischer Offiziere in den USA bereitgestellt. Weitere 175 Millionen Dollar bestanden aus Wirtschaftshilfe für das Haushaltsjahr 1984. Diese 934-Millionen-Dollarhilfe bedeutet im Vergleich zu den 650 Millionen, die die Türkei für das Jahr 1983 erhielt, eine 50-prozentige Erhöhung.

Diese Hilfe genügte jedoch nicht. Auch die türkischen Streitkräfte selbst sollten eine größere Rolle spielen. Um dies zu erreichen, mußte ein großes Problem gelöst werden: Die Türkei war seit den fünfziger Jahren vom Rest der NATO zwar mit Waffen und Ausrüstung in großer Stückzahl bewaffnet worden, die technologische Qualität der türkischen Armee befand sich jedoch auf einem niedrigen Niveau.

Aus diesem Grunde war eine großangelegte Modernisierung der türkischen Bewaffnung dringend erforderlich. Die Modernisierungswelle bestand aus zwei Teilen: der Lieferung neuer Waffensysteme als Ersatz für veraltetes Material der Türkei und der Lieferung technischer Kenntnisse und Mittel, um eine fortschrittlichere türkische Rüstungsindustrie aufzubauen.

Die USA spielten bei diesem Plan eine zentrale Rolle. Im Dezember 1986 wurde der DECA-Vertrag um fünf Jahre verlängert, gerechnet ab Dezember 1985. Wie vorher regelte der Vertrag auch die Verfügbarkeit türkischer Basen für amerikanische Streitkräfte.

Die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und der Türkei setzte sich nun aus folgenden Elementen zusammen:

- dem Sammeln von Informationen über die Sowjetunion,
- Lande- und Überflugrechten,
- der Stationierung einer Staffel F-4 der US-Luftwaffe in Incirlik,
- der Nutzung der Mittelmeerhäfen durch die sechste Flotte,
- der Verpflichtung, in Notfällen Truppenverstärkungen zu entsenden,
- der Anwesenheit tausender Wartungsleute im Land,
- der türkischen Zusammenarbeit im Falle eines Sowjetangriffs gegen die Erdölfelder im Nahen Osten.

### **Griechisch-türkische Rivalität**

Um die großangelegten Rüstungspläne zu realisieren, mußten einige Probleme überwunden werden. Das größte war die Rivalität zwischen Griechenland und der Türkei, die 1989 fast zu einem militärischen Zusammenstoß zwischen den beiden NATO-Verbündeten geführt hätte. Alle Hilfen der USA und der NATO mußten diesen Gegensatz berücksichtigen. Die USA lösten das Problem, indem sie zwischen der Türkei und Griechenland einen festen Verteilungsschlüssel von 7:10 für die Hilfe festlegten. Das hatte zur Folge, daß die türkische Unterstützung um 40 Millionen Dollar reduziert und die griechische von 280 auf 500 Millionen Dollar angehoben wurde. Damit entstand eine gänzlich neue Art von Rüstungswettlauf in Südosteuropa, der bis zum heutigen Tage aufrecht erhalten wird. Sobald das eine Land Fregatten, Panzer oder Flugzeuge erhält, muß das andere diese auch bekommen. Ein Verstoß gegen diese Regelung könnte den USA oder der NATO Anlagen oder Stützpunkte in Griechenland oder der Türkei kosten.

Frostige Beziehungen zwischen USA/NATO und der Türkei gab es nicht nur während der Zypernkrise. Immer wieder wurde das Verhältnis durch den griechisch-türkischen Konflikt belastet, aber auch durch NATO-Manöver in den achtziger Jahren.

1989 erzeugte der amerikanische Senat noch ein zusätzliches Problem, indem er eine Resolution unterstützte, die den 24. April zum Erinnerungstag an den armenischen Völkermord von 1915 ausrief. Das veranlaßte die türkische Regierung, gegen die amerikanische Präsenz im Land Sanktionen zu verhängen. Flüge wurden untersagt, manchen amerikanischen Schiffen ein Hafenverbot auferlegt und die Verbesserung einer Anzahl US-Anlagen wur-

de eingestellt. Als sich herausstellte, daß der Senatsantrag nicht in die Praxis umgesetzt werden würde, wurden diese Maßnahmen im Laufe des Jahres 1990 wieder rückgängig gemacht.

Auch wenn die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei in den letzten Jahren des Kalten Krieges auch von Perioden des Streites durchzogen waren: Letztlich konnten die Streitereien die Zusammenarbeit nicht gefährden.

### **Unterstützung nach dem Kalten Krieg**

Zunächst wurde 1991 die unterstützende Rolle der Türkei im Golfkrieg gegen den Irak mit einem Betrag in Höhe von 635,4 Millionen Dollar belohnt. Die Verdoppelung der Quote für Textilien, die die Türkei in die USA exportieren darf, stand vermutlich auch mit dem Golfkrieg im Zusammenhang. Möglicherweise hat die Türkei auch noch eine weitere Belohnung für ihre Golfkriegsdienste erhalten: 1992 enthüllte die amerikanische Zeitschrift ›Arms Sales Monitor‹, daß Pakistan aus der Türkei Ersatzteile für C-130- und T-37-Flugzeuge importiert hatte. Obwohl diese Lieferung gegen das amerikanische Embargo gegen Pakistan verstieß, sind Sanktionen nicht bekannt. Ein Jahr später wurde in der kurdischen Zeitung ›Özgür Gündem‹ vermutet, daß auch Black-Hawk-Hubschrauber und F-16-Ersatzteile via Türkei ihren Weg nach Pakistan fanden. Nach Ende des Kalten Krieges änderte sich die Art der amerikanischen Hilfeleistungen: Statt Spenden wurde die Hilfe ab Juni 1992 als Kredit gewährt. Die Höhe dieses Kredits ist offenbar an die Höchstgrenze von 450 Millionen Dollar pro Jahr gebunden. Jedenfalls beantragte die amerikanische Regierung im Kongreß diesen Betrag auch für 1994.

Angekündigt wurde außerdem, daß acht der zwölf amerikanischen Stützpunkte vor Ende 1993 geschlossen werden sollten. Die USA wollen wahrscheinlich den Radaralarmposten Pincirlik bei Diyarbakir und den Luftwaffenstützpunkt Incirlik in Adanasis in der Südosttürkei behalten sowie auch den Stützpunkt zum Sammeln seismographischer Informationen in Belbazi und eine Funkstation in Kargaburun. Die Türkei bat daraufhin ihrerseits um eine Neuauflage des DECA-Vertrages, der nach einer Reihe zwischenzeitlicher Verlängerungen am 18. Dezember 1993 auslief. Der Vertrag wurde daraufhin 1993 erneut verlängert. Die ›High Level Defence Group‹ arbeitete die Vereinbarungen weiter aus und bespricht jährlich die militärische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und den USA. Gegenstand der Sitzungen waren u. a. die Pläne der türkischen Luftwaffe bis zum Jahr 2000, die längerfri-

stige Ausrüstung und das spätere Material, die neuen strategischen Konzepte der USA und der amerikanischen Schutzbeistand.

Einerseits muß die Türkei nun versuchen, mit weniger finanziellen Mitteln ihr Militärprogramm zu bestreiten; andererseits haben sich die USA im Rahmen des DECA-Vertrages dazu verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Türkei ihre nationalen Verteidigungsaufträge und NATO-Missionen ausführen und eventuellen UNO-Aufforderungen nachkommen kann.

Im Augenblick werden – sowohl im bilateralen als auch im NATO-Rahmen – in erster Linie Anlagen vor Ort auf das Einfliegen amerikanischer Boden- und Luftenheiten vorbereitet. Militärlughäfen werden ausgebaut, Depots mit allerlei Ausrüstungsgegenständen angelegt, neue elektronische Lauschposten eingerichtet. Außerdem sind eine Anzahl amerikanischer Atomwaffen in der Türkei stationiert worden.

### **Ausblick**

Wegen ihrer Handels- und Sicherheitsinteressen am Bosphorus arbeitet die Türkei an einer modernen und starken Marine. Die Türkei erwartet, daß das Schwarze Meer nach dem Jahr 2000 als Handelsmeer wichtiger und die Bedeutung des östlichen Mittelmeers wegen der Öltransporte steigen wird.

Die NATO hat das Mittelmeer bereits zum wichtigen Gebiet erklärt. Das permanente Geschwader ›Stanavformed‹ patrouilliert mit türkischer Beteiligung vor der Küste des ehemaligen Jugoslawien.

Die türkische Marine arbeitet intensiv daran, für alle Zwecke der maritimen Kriegsführung genügend Schiffe und sonstiges Material zu haben.

Ferner arbeitet die Türkei mit Unterstützung der amerikanischen Regierung weiterhin am Ausbau ihrer Luftwaffe, um auch größere Entfernungen überbrücken zu können. Es handelt sich dabei in erster Linie um Modernisierungsprojekte für die F-4E und die Anschaffung von sieben amerikanischen Betankungsflugzeugen. Außerdem sind die alten Pläne, sich ab dem Jahr 2000 an dem Future Transport Aircraft zu beteiligen, noch immer aktuell.

Die beabsichtigte Produktion von Raketen ist bislang noch nicht in Angriff genommen worden, weil die USA der Türkei die notwendige Raketentortentechnik nicht übergeben wollte. Der Grund ist, daß das ›Missile Technology Control Regime‹ (MTCR) die Verbreitung von Raketen, die über 500 Kilo wiegen und eine Reichweite von über 301 Kilometern haben, verbietet. Die türkische Regierung beschloß allerdings 1993, Mitglied der MTCR-Ver-

einbarung zu werden, die u. a. beinhaltet, daß diese Raketen nicht exportiert werden dürfen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Türkei in Rußland Interesse an SS-21-Raketen angemeldet hat.

Die türkisch-amerikanischen Pläne zur Zusammenarbeit betreffen für die nächsten Jahre folgende Bereiche:

- die Produktion von Ersatzteilen für Panzer der M-Serien,
- Modernisierung der türkischen Munitionsindustrie,
- Modernisierung der Wartungseinrichtungen für Hubschrauber des türkischen Heeres.

Die Zusammenarbeit findet im Rahmen von vier Formen amerikanischer Militärhilfe statt:

- die von der Regierung subventionierten Foreign Military Sales,
- das Military Assistance Program/Foreign Military Financing Program, unter anderem für Exportgenehmigungen für Waffenfabriken,
- die oftmals kostenlose Lieferung von Altmaterial im Rahmen des Southern Region Act,
- die International Military and Education zur Ausbildung türkischen Militärs in den USA.

Betrachtet man die letzten zehn Jahre, so ist ein deutlicher Rückgang der amerikanischen Militärhilfe festzustellen, der mit dem völligen Einstellen von Schenkungen einhergeht: 1985 bekam die Türkei im Rahmen der Foreign Military Sales und des Military Assistance Program 700 Millionen Dollar an Militärgütern geschenkt. Laut dem amerikanischen Rechnungshof betrug der Wert der Militärhilfe für das Steuerjahr 1992 (Oktober '91 – Oktober '92) 500 Millionen Dollar, von denen 475 Millionen Dollar als Spenden verbucht wurden. 1993 waren dies 405 Millionen Dollar, ausschließlich Darlehen, und 1994 ebenfalls 405 Millionen Dollar Darlehen. Für 1995 ist dieser Betrag auf 365 Millionen Dollar zurückgegangen, ebenfalls in Form von Darlehen. Damit ist die Ära von Spenden endgültig abgeschlossen.

Die Türkei ist also gezwungen, neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Der Grund für den Rückgang der amerikanischen Militärhilfe ist auch in der wachsenden Kritik in den USA an der türkischen Politik zu suchen. Diese Kritik richtet sich vor allem gegen das Ausmaß des Krieges gegen die Kurden und gegen die anhaltende Besetzung Nordzyperns und wird durch die Befürchtung einer türkisch-irakischen Annäherung verstärkt. So sah sich der amerikanische Außenminister Christopher veranlaßt, davon zu sprechen, daß

»die Lösung eines inneren Konflikts noch niemals durch die Verletzung der Menschenrechte gefördert worden ist«.

Die Türkei reagierte heftig auf die amerikanische Kritik und die Kürzung der Militärhilfe um 10 Prozent – sie sprach von einem verkappten Waffenembargo.

Gleichwohl muß die militärische Kooperation zwischen der Türkei und den USA nach wie vor als außerordentlich eng bezeichnet werden. Als Indiz für die Rolle, die die Türkei weiterhin für die USA spielt, darf auch die amerikanische Unterstützung der türkischen Invasion im Nordirak im März 1995 gelten.

### **Evaluierung des ODC**

Die USA haben in den letzten fünfzehn Jahren versucht, der Türkei ein höheres Rüstungsniveau zu verschaffen. Laut amerikanischen Offizieren des ›Office of Defence Cooperation‹ (ODC) in Ankara – der Dienst, der die DECA-Verbindungen ausarbeitet – ist dies mit wechselhaftem Erfolg geschehen. Man zeigt sich optimistisch hinsichtlich der Luftwaffe und Marine, ist jedoch höchst kritisch gegenüber dem Heer, dem das Fehlen einer Doktrin und gemeinsamer Taktiken vorgeworfen und in dem der Wille und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit der unterschiedlichen Waffengattungen vermißt wird. Letzteres gilt übrigens auch für die Zusammenarbeit zwischen der Luftwaffe und der Marine.

Laut den Offizieren des ODC mangelt es auch der türkischen Luftwaffe an einer integrierten strategischen Doktrin. Übungen seien nicht auf essentielle Aufgaben ausgerichtet und zeugten von einem Mangel an Realitätssinn. Die kurze Dauer des Wehrdienstes zwingt zu größerer Fachkunde des Bedienungspersonals der Waffensysteme. Solange dies nicht geändert wird, verschwinden die technischen Vorteile der Geräte, warnt die ODC.

Die Schwerpunktsetzung auf den Erwerb neuer Waffen habe die Notwendigkeit aus den Augen verlieren lassen, daß ein gutes Logistiksystem, gute Wartungskapazität, gut organisierter Transport und vor allem ein System für taktische Übungen vorhanden sein muß. Eine Konsequenz hieraus war der Besuch von Kommandanten der Infanterie, Artillerie und des Nachschubs beim ›Combat Manoever Training‹ im deutschen Hohenfels, wo sie Manövern auf Brigadenniveau beiwohnten.

Die türkische Luftwaffe wird im 21. Jahrhundert in allen Bereichen stärker werden, so die OCD. Nötig sei die Beschaffung des erforderlichen Materials zum Betanken in der Luft, bessere Möglichkeiten zur elektronischen

Kriegsführung, Modernisierung der Luftabwehr- und Kommunikationssysteme, höhere Lufttransportkapazitäten, Anpassung der F-4 und Unterbringungsmöglichkeiten für die F-16.

Schließlich erklärt die ODC, daß die USA gerne einen größeren Beitrag zur türkischen Marine leisten – und damit auf diesem Gebiet in Konkurrenz zu Deutschland treten – möchten.

## Die deutsche Unterstützung

Die Vereinigten Staaten leisteten den größten Beitrag zur Modernisierung des türkischen Militärapparates. Seit den sechziger Jahren beschäftigt sich jedoch auch die Bundesrepublik damit. Deutschland mauserte sich schnell zum zweitgrößten Sponsor des türkischen Militärs. Die Zeitschrift ›Wehrtechnik‹ schrieb 1989: »Überdies ist die Bundesrepublik Deutschland das einzige Land im Bündnis, das seit 1964 die Partner Griechenland und die Türkei, und ab 1978 auch Portugal, in Form von NATO-Verteidigungshilfe, materieller Unterstützung und Sonderhilfen aufgerüstet hat. Im Gegensatz zu den USA erfolgte dies kostenlos.« Die Bundesrepublik bezifferte diese Hilfen an die Türkei seit 1980 auf 3,95 Milliarden DM. Außerdem berichtete ›Jane's Defense Weekly‹ im April 1993, daß von 1964 bis 1992 3,83 Milliarden Dollar an Militärhilfe in die Türkei geflossen seien.

So ganz selbstlos war die deutsche Rüstungshilfe natürlich nicht. Mit den Finanzspritzen in die Türkei wird indirekt die deutsche Rüstungsindustrie subventioniert.

## Die Wirtschaftsbeziehungen

Deutschland ist für die Türkei seit geraumer Zeit der wichtigste Handelspartner. 1991 gingen ungefähr 25 Prozent des türkischen Exports nach Deutschland. Italien und die Vereinigten Staaten befinden sich mit 7 beziehungsweise 6 Prozent weit abgeschlagen an zweiter und dritter Position. Die Deutschen importieren vor allem Textilien, Nahrungsmittel und Lederwaren.

Die Türkei bezieht ungefähr 15 Prozent ihres Imports aus Deutschland. Die Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien folgen mit 11 beziehungsweise 9 Prozent. Deutschland liefert bearbeitete Textil- und Lederprodukte, Elektroartikel, chemische Stoffe und Autos.



Der Handelsverkehr zwischen Deutschland und der Türkei ist seit 1990 weiter gewachsen. 1991 stieg der Wert der Importe aus der Türkei um 14,3 Prozent auf 6,4 Milliarden DM, 1992 um weitere 7 % auf 6,8 Milliarden DM und ging 1993 um 3 % auf 6,66 Milliarden DM zurück. Die Türkei reihte sich damit in die Schar der zwanzig wichtigsten Handelspartner Deutschlands ein.

Die deutsche und türkische Gesellschaft sind noch auf einer anderen Ebene stark miteinander verbunden: 90 Prozent der im Ausland lebenden Türken wohnen in Deutschland. Insgesamt handelt es sich um 1,9 Millionen Menschen, darunter 300.000 Kurden (ca. 1/3 der im europäischen Ausland lebenden Kurden), die beinahe alle aus dem türkischen Teil Kurdistans, dem Gebiet, in dem der Krieg tobt, stammen.

### **Menschenrechte**

Deutschland dient seine Position am Bosphorus als Brücke zwischen Europa und Asien. Die dramatischen Veränderungen in der ehemaligen Sowjetunion haben die Bedeutung dieser Funktion nochmals erhöht. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern gestaltet sich allerdings nicht problemlos. Während des Golfkriegs mit dem Irak hielt der inzwischen verstorbene türkische Präsident Turgut Özal der Bundesrepublik vor, daß sie sich weigerte, Truppen in die Türkei zu entsenden und daß sie lediglich ein paar alte Flugzeuge in der Türkei stationierte. Laut deutschem Fernsehen nannte Özal Deutschland »einen unzuverlässigen Verbündeten, der vierzig Jahre lang von der NATO beschützt worden sei und sich nun, da es nötig sei, weigere, die Türkei zu beschützen«.

Die Bundesregierung sieht ihrerseits das Verhältnis durch den Krieg gegen die Kurden belastet und möchte, daß die Türkei den Krieg »humanisiert«.

Als im November 1991 Demirel, der versprochen hatte, die Menschenrechtssituation zu verbessern, die Regierung übernahm, keimte Hoffnung. Man erwartete eine Liberalisierung, die die kurdische Bewegung zurückdrängen würde.

Die deutschen Hoffnungen zerschlugen sich, als die Feiern zum kurdischen Neujahr 1992 in einem Massaker endeten. Die Bundesregierung verkündete daraufhin am 26. März ein Waffenembargo, das freilich so ernst nun auch nicht gemeint war: Zwei Monate später wurde es wieder aufgehoben. Schon am 2. April erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl: »Die Türkei war in der Vergangenheit aufgrund der Lage an der Südflanke der NATO ein Stützpfeiler für unsere Sicherheit. Jetzt und in der Zukunft erhöht sich im Lichte der Entwick-

lungen im Süden der ehemaligen Sowjetunion sowie der Länder des Nahen Ostens ihre Bedeutung weiter. Eine demokratische Türkei kann und soll in den zukünftigen Verhältnissen in der Region eine stabilisierende Rolle einnehmen. Vor diesem Hintergrund hat auch die Bundesrepublik in erheblichem Maße der Türkei Rüstungshilfe gewährt, aber auch Griechenland und Portugal.«

Anlässlich der türkischen Invasion im Irak im März 1995 beschloß die deutsche Regierung allerdings, die zugesagten Kredite einzufrieren. Ferner wurde die letzte Bestellung in Höhe von 52 Millionen DM auf die lange Bank geschoben.

Deutschland lieferte der Türkei unter der Vorbedingung Waffen, daß diese nicht in Operationen gegen Kurden benutzt werden würden. Außenminister Klaus Kinkel sagte noch 1992, daß Schützenpanzer ausschließlich gemäß dem NATO-Vertrag benutzt werden dürften, also nicht gegen die Kurden. Aufgrund von Paragraph 5 des Vertrags ist es nämlich nur gestattet, NATO-Waffen zur ›Landesverteidigung‹ zu benutzen.

Wie Fotos und Zeugenberichte belegen, setzte die Türkei die Waffen jedoch gegen die Kurden ein. Die türkische Regierung weist in diesem Zusammenhang auf Paragraph 13 des Vertrags hin. Darin wird das Recht gewährt, sich gegen Terror und Sabotage zur Wehr zu setzen. Der Vertrag decke also den Einsatz von NATO-Material gegen die PKK, so die Türken. Das deutsche Außenministerium scheint dieser Begründung seit 1995 zu folgen.

## Die Unterstützung der NATO

Die Türkei genoß nicht nur die Unterstützung der Vereinigten Staaten und Deutschlands. Auch andere NATO-Staaten förderten die Türkei.

Gemessen am Bruttosozialprodukt je Einwohner ist die Türkei das ärmste NATO-Land, zugleich aber strategisch außerordentlich wichtig. Vor diesem Hintergrund ist das LDDI-Programm zu sehen, mit dem die NATO die Modernisierung der Armeen der ›armen‹ NATO-Länder – und insbesondere der Türkei – voranzutreiben versuchte.

### Das LDDI-Programm

1963 schrieb die NATO in einer Empfehlung, daß die südlichen Länder unterstützt werden sollten. Diese Empfehlung wurde damals nur von der

Bundesrepublik befolgt. Die Unterstützung anderer Länder als die Deutschlands und der Vereinigten Staaten war lange Zeit halbherzig und bestand oft aus der Übereignung überflüssig gewordenen Materials, das sonst auf dem Schrottplatz gelandet wäre.

In den achtziger Jahren versuchte die »Independent European Program Group« (IEPG, eine Art Arbeitsgruppe der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten) die Hilfen an Portugal, Griechenland und die Türkei besser zu strukturieren. 1986 bat die NATO ihre Mitgliedstaaten erneut, die ärmsten Verbündeten materiell zu unterstützen. Die sogenannten LDDI-Länder (Less Developed Defence Industry) sollten durch die erbetene Verteidigungsstrukturhilfe an der »Verbesserung der militärischen Operationskraft« und der »Verstärkung ihrer industriellen Verteidigungskapazität« arbeiten können, wie es der ehemalige niederländische Verteidigungsminister, Van Eekelen, in einem Brief an das niederländische Parlament formulierte.

Konkret sollte es sich um Lieferungen überschüssigen Materials aus den reicheren europäischen NATO-Ländern und Aufbauhilfen für die Rüstungsindustrie handeln. Außerdem wurde eine gewisse Standardisierung des NATO-Materials angestrebt, da ein zu hoher technischer Rückstand bei gemeinsamen Aktionen störend wirken könnte.

Die NATO stellte fest, daß die Mitgliedsländer angesichts bestehender Überkapazitäten bei der Rüstungsproduktion nicht gerade sehr geneigt waren, solche Hilfen zu gewähren. Die NATO betonte jedoch, daß die Unterstützung der LDDI-Länder eine politische Entscheidung von größter Wichtigkeit sei. Die nationalen Wirtschaftsinteressen von NATO-Ländern hätten hinter dem strategischen Interesse einer starken Südflanke der NATO zurückzutreten. Auch zunehmende Verteidigungseinsparungen dürften nicht zu Lasten der Unterstützung der südlichen Mitgliedstaaten gehen. Darüber hinaus rief sie zu Spenden für die LDDI-Länder auf, um deren Armeen, angesichts des »Unvermögens, diese selbst zu finanzieren, zu verbessern«.

Obwohl sich beispielsweise die Türkei bemühte, wirtschaftlich vorteilhafte Bedingungen für ausländische Investitionen im Rüstungssektor zu schaffen, beteiligten sich außer den Vereinigten Staaten und Deutschland lediglich die Niederlande und Kanada an dem Programm. 1991 spendierte Kanada der Türkei 25 Millionen US-Dollar, von denen 10 Millionen als »ein Zeichen der Zusammenarbeit und des guten Einvernehmens zwischen den beiden

NATO-Ländern« für militärische Zwecke bestimmt waren. Der Betrag soll innerhalb einer dreijährigen Periode ausgegeben werden und ist vor allem zur Aufrüstung der türkischen Luftwaffe gedacht. 10 Millionen Dollar sind natürlich fast nichts und es sieht eher so aus, daß diese Spenden nur aufgrund des konstanten Drucks der NATO erfolgen.

War die Spendenbereitschaft der betuchteren NATO-Staaten für ihre ärmeren Bündnispartner nicht gerade ausgeprägt, so fand man sich zu kreditfinanzierten Geschäften schon eher bereit. So schwärmte der damalige britische Verteidigungsminister, Norman Lamont, im Mai 1986 anlässlich eines britisch-türkischen Arbeitstreffens über Verteidigungsangelegenheiten in Ankara über die Möglichkeiten, die britische Unternehmen in der Türkei vorfinden und verwies darauf, daß das »Exportkredit Garantie Departement« (ECGD) Exportkredite in die Türkei auf 150 Millionen Britische Pfund erhöht habe.

British Aerospace nutzte diesen Fonds schon 1985: Lieferungen im Rahmen eines Folgeauftrages zuvor gelieferter Flugabwehrraketen vom Typ Rapier in Höhe von 140 Millionen Pfund wurden zum Teil von der Midland Bank International finanziert und vom ECGD verbürgt.

Im Ergebnis hat das LDDI-Programm nicht dazu geführt, daß andere Länder als die Vereinigten Staaten und Deutschland substantiell mehr für die türkische Rüstungsindustrie getan hätten. Es stellte sich heraus, daß nationale Wirtschaftsinteressen im Normalfall schwerer wiegen als die strategischen Interessen der NATO.

Trotzdem stärkte es der Türkei bei der Entwicklung einer eigenen Rüstungsindustrie den Rücken. 1984 wurde der Bau einer wichtigen Fabrik zur Produktion von F-16-Maschinen in Angriff genommen. Die Türkei beteiligte sich an den IEPG-Projekten »Stinger« und den Lizenzbau von Artilleriegranaten. Außerdem begannen Betriebe wegen der vorteilhaften Bedingungen und der stark expandierenden militärischen Produktion, in der Türkei zu investieren. Erst als diese Tendenz sichtbar wurde, sahen Industrielle in der Türkei einen lukrativen Markt. Dies verstärkte sich noch dadurch, daß sich die neuen Märkte beim nördlichen Nachbarn der Türkei, der ehemaligen Sowjetunion, öffneten.

Begünstigt durch die politischen Entwicklungen in den ehemaligen Ostblockländern und mit Unterstützung Deutschlands und der Vereinigten Staaten wurde zum Schluß doch zu einem erheblichen Teil das anvisierte Ziel erreicht: Die Entwicklung der militärischen Produktion in der Türkei.

### **Das Euro-Stingerprojekt**

Das Euro-Stingerprojekt ist ein bezeichnendes Beispiel rüstungsindustrieller Unterstützung im Rahmen der NATO-Stimulierungspolitik. Die Türkei ist zu 40,6 Prozent an der Euro-Stinger-Gruppe beteiligt und zudem auch der größte Abnehmer. Das Projekt startete 1990 und die Produktion soll wenigstens fünf Jahre dauern. Die Türkei steuert mindestens 382 Millionen Dollar zu diesem Projekt bei.

Die Stinger ist ein tragbarer Raketenwerfer, der vom amerikanischen Betrieb Raytheon entworfen worden ist. Mit einer Stinger kann ein Hubschrauber oder ein Flugzeug von der Schulter aus abgeschossen werden. Diese Waffen sind oft von den Rebellen in Afghanistan benutzt worden und waren dort so effizient, daß die Vereinigten Staaten nun versuchen, die Stinger zum fünffachen Anschaffungspreis zurückzukaufen, um zu verhindern, daß die Stingertechnologie in die falschen Hände gerät.

Anfang der achtziger Jahre wurde beschlossen, daß die Stinger eine europäische Variante erhalten müßte. Die Türkei, die erhebliches Interesse am Zugang zur Raketentechnologie hat, beteiligte sich sogleich zu 40,6 Prozent und ist mit einer geplanten Anschaffung von 4.000 Stück der größte Partner. Die anderen sind Deutschland, Griechenland und die Niederlande.

Raytheon und General Dynamics erteilten der Euro-Stinger eine Produktionslizenz. Der Dornier-Konzern (DASA/Daimler-Benz) wurde Systemführer. Rocketsan AS, mit 120 Mio. Dollar an Stinger beteiligt, wurde türkischer Hauptproduzent und ließ mit Hilfe Dorniers in Elemadag eine Niederlassung zur Montage und Produktion von Raketenteilen samt Forschungsabteilung errichten. Die amerikanische ARC lieferte die Technologie und die Lizenz. Zur Kompensation liefert Rocketsan AS Stingerteile an ARC. Mit zusammen 283 Mio. Dollar sind eine größere Zahl weiterer türkischer Betriebe an Stinger beteiligt.

In allen beteiligten Ländern werden Einzelteile hergestellt und teilweise auch montiert. So verarbeitet der türkische Betrieb Kalekalip zum Beispiel von Philips-USWA zusammengebaute Raketenteile. Die Endmontage erfolgt wahrscheinlich bei Dornier und Rocketsan. Außer der Stinger selbst werden übrigens auch Munition und Simulatoren produziert und eine Stinger-Version für Flugzeuge entwickelt.

Rocketsan ist inzwischen durch die internationale Hilfe zu einer Industrie mit hochwertigem technischem Know-how ausgewachsen. Es beteiligt sich nicht nur am Euro-Stinger-Programm, sondern mischt auch bei diversen anderen Abschluß- und Raketentechnologieprojekten mit.

## Die wirtschaftliche Hilfe

Außer rüstungsindustrieller Hilfe der Vereinigten Staaten, Deutschlands und der anderen NATO-Partner erhielt die Türkei auch Wirtschaftshilfe. Die Bedeutung der Wirtschaftshilfe unterstrich 1987 der NATO-Generalsekretär: » ... in den stark verarmten Regierungsorganisationen werden wirtschaftliche Entscheidungen gefällt, welche die anderen Verbündeten berühren, ohne dabei an die Sicherheitsfolgen für die Verteidigung der Allianz und den politischen Zusammenhang zu denken. ... Aber die Sicherheit der Allianz beruht nicht nur auf militärischer Abschreckung, sondern auch auf dem wirtschaftlichen Wohlbefinden aller NATO-Mitglieder.«

Seit dem 20. November 1992 ist die Türkei – trotz griechischer Opposition – assoziiertes Mitglied der Westeuropäischen Union (WEU), der möglichen zukünftigen Militärorganisation der EU. Da allerdings lediglich Beobachterstatus verliehen wurden, ist die Position der Türkei innerhalb der WEU genauso vage wie innerhalb der EU.

Dennoch: Die Wirtschaftspolitik Özals und seiner militärischen Konsorten machten Auslandsinvestitionen immer lohnender. Das Wirtschaftswachstum erreichte in den ersten vier Jahren nach dem Staatsstreich 6,6 Prozent. Empfahl z. B. die niederländische Botschaft holländischen Betrieben vor 1980, in der Türkei nicht zu investieren, so klagt man mittlerweile über die Inaktivität niederländischer Betriebe auf dem türkischen Markt.

Inzwischen sind viele Länder bereit, den türkischen Kapitalbedarf zu decken. Sie fördern damit in erster Linie den Aufbau der Rüstungsindustrie, aber auch den der gesamten Infrastruktur.

## CFE-Vertrag

Eine andere, nicht so bekannte Art, weniger modern bewaffnete NATO-Länder zu Rüstungsmaterial zu verhelfen, ist die Übertragung von Waffen, die im Rahmen des CFE-Abrüstungsvertrags (Conventional Forces in Europe) ausgerangiert werden sollen, das sogenannte »cascading«. Cascade bedeutet buchstäblich übersetzt Wasserfall. Der CFE-Vertrag ermöglicht nun, daß moderne Waffen aus dem Westen wie ein Wasserfall in die Türkei fließen.

Da der CFE-Vertrag nur über Materialmengen und nicht über Typen spricht, war es möglich, der Türkei moderne M60-A1-Panzer und Leopard-1-Panzer, die aus den zentralen NATO-Regionen abgezogen werden muß-

ten, zu verkaufen bzw. zu schenken. Die Türkei rangierte dieselbe Zahl veralteter M47- und M48-Kampfpanzer aus, so daß die Vertragszahlen stimmten. Auf diese Weise erhielt die Türkei außerdem 600 M113-Schützenpanzer sowie 72 M110-Kanonen und 28 AH-1S-Cobra-Kampfhubschrauber.

So wird aus dem CFE-Abrüstungsvertrag ein Modernisierungsvertrag. Das paßt freilich vollständig in das NATO-Konzept, mit weniger Waffen besser, schneller und wirksamer zu sein.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist es für die NATO günstiger, das Material an ärmere Verbündete weiterzuleiten. Die Überholungs- und Transportkosten liegen nämlich niedriger als die Vernichtungskosten des Materials. Außerdem bringt die Überholung und Modernisierung namentlich der veralteten M60-A1-Panzer und der M113-Schützenpanzer den Rüstungsindustrien der Spenderländer wieder lukrative Aufträge ein.

Für die Rüstungsindustrie der Empfängerländer hat dies jedoch auch negative Folgen. Entscheidungen über neue Waffen werden aufgeschoben, einige Programme sind auf Eis gelegt worden.

Das ›NATO-cascading-Verfahren‹ legitimiert übrigens auch Rußland dazu, seine im Rahmen des CFE-Vertrags zu entfernenden Waffen anderen zu übertragen.

Hinzu kommt noch, daß die türkischen Gebiete, die nicht an den ehemaligen Warschauer Pakt grenzen, außerhalb des CFE-Vertrags gehalten wurden. Entlang der Grenzen mit dem Iran, dem Irak und Syrien können also alle Sorten überschüssiger Waffen aufgestellt werden. Auch die Hafenstadt Iskenderun, wo unter anderem die Erdölpipeline vom Irak aus ankommt, fällt außerhalb des Vertragsgebiets. Dadurch ist der Hafen ein wichtiger Umschlagplatz militärischer Güter. Trotz der Proteste Griechenlands wurde auch der Hafen von Mersin, von wo aus 1974 die türkische Invasion Zyperns erfolgte, vom Gebiet des CFE-Vertrages ausgenommen.

Ein nicht unerhebliches weiteres Detail ist ferner, daß das Gebiet, das außerhalb des CFE-Vertrags liegt, geographisch mehr oder weniger dem türkischen Kurdistan entspricht.

## **Der Aufbau der türkischen Rüstungsindustrie**

Als die Türkei 1952 NATO-Mitglied wurde, bestand nahezu das gesamte Waffenarsenal aus gebrauchtem US-Material, das aus dem Zweiten Weltkrieg stammte. Auch nach dem Koreakrieg ging viel überschüssiges Material in die Türkei. Das Land besaß damals äußerst beschränkte militärische Produktionsmöglichkeiten.

In den sechziger Jahren begann die Türkei mit dem Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie. Einen wichtigen Impuls dafür gab 1964 ein drohender Konflikt mit den Vereinigten Staaten: Die Türkei war im Begriff auf Zypern einzugreifen, verzichtete jedoch darauf, nachdem die USA klargemacht hatten, daß das Land keine weitere Unterstützung erhalten würde. Nachdem die Türkei 1974 tatsächlich auf Zypern einfiel, wurde es von einem Waffenboykott getroffen. Dies verstärkte das türkische Streben nach einer größeren Unabhängigkeit von amerikanischen Waffenlieferungen.

Heute ist die Vergabe eines türkischen Rüstungsauftrags gewissen Umfangs daran gebunden, daß der Waffenfabrikant die Rüstungsgüter teilweise in der Türkei produziert. Dadurch wächst langsam aber sicher eine nationale Rüstungsindustrie größeren Umfangs.

### **Die finanzielle Macht des Militärs**

Die Türkei, das NATO-Land mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung, gibt jährlich mehr als 20 Prozent ihres Haushaltes für militärische Zwecke aus. Obwohl das Verteidigungsbudget in den Jahren nach der Invasion Zyperns stieg, waren die staatlichen Mittel für den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie nicht ausreichend.

Türkische Berufsoffiziere hatten mit Hilfe der Rentenversicherungsanstalt OYAK beträchtliche Erfahrungen mit industriellen Investitionen. Es lag auf der Hand, daß auch in der Armee Mittel zur Gründung einer selbständigen Rüstungsindustrie geworben werden könnten. Ab Anfang der siebziger Jahre entstanden in allen drei Truppengattungen Interessenverbände, die in ihrem Bereich industrielle Aktivitäten unterstützen sollten: Der Türkische Luft-



waffenfonds«, der »Türkische Heeresfonds« und der »Türkische Marinefonds«. Die türkischen Offiziere werden außerordentlich gut bezahlt und bilden damit eine potentiell gute Einkommensquelle für die Fonds.

1987 vereinigten sich die drei Fonds im »Türkischen Fonds für die Streitkräfte«. Dieser neue Fonds wirbt auch unter Privatleuten und Betrieben, nicht nur in der Türkei selbst, sondern auch unter den relativ finanzkräftigen Türken in den Immigrationsländern. So besitzt der Türkische Heeresfonds siebzehn Abteilungen in den Niederlanden, Belgien und Deutschland. Die Fonds halten Anteile an Betrieben, die mit ihrer Truppengattung zusammenhängen.

### Das finanzielle Netz der Militärs

Fonds	Betrieb	Anteil
Türkischer Marinefonds	Testas	50%
	Ditas	20%
	Aselsan	15%
	Netas	15%
	TTE	12%
Türkischer Heeresfonds	Aspilsan	83%
	Aselsan	70%
	Izbitir	50%
	Koytas	11%
	Otomarsan	5%
Türkischer Luftwaffenfonds	Aselsan	12%
	TAI	2%
	TEI	2%
OYAK	Renault	42%
	Petkim	20%
	TPAO	8%
	Goodyear	7%
Verband der Luftwaffe	Hassas	93%
	Sidas	81%
	Mods Ofis	34%
	Goodyear	9%

## Die Förderungspolitik

Ende der siebziger Jahre war durch das Unternehmertum der Militärs und ihren Einfluß in der Regierung ein Grundstein für eine eigene Rüstungsindustrie gelegt worden. Das Heer konnte seinen Bedarf einigermaßen decken. Marinewerften waren bereits an Konstruktionsarbeiten bei Fregatten, U-Booten, Patrouillenbooten und diversen Nachschubschiffen beteiligt. Es gab Modernisierungsprogramme für verschiedene Panzer und die Luftwaffe verfügte über ziemlich moderne Wartungsanlagen. Es waren Fähigkeiten entstanden, auf die manches Land neidisch sein dürfte. Im Vergleich zu seinen reichen NATO-Partnern lag die türkische Rüstungsindustrie allerdings noch weit zurück. In den achtziger Jahren sollte sich dies ändern.

Mit dem Volkswirt Özal als einzigem Zivilisten in der Militärjunta begann der Staat eine aktive Industrialisierungspolitik, wobei der Rüstungsindustrie ein wichtiger Platz eingeräumt wurde. Um Auslandskapital anzulocken, wurden Investoren Grundstücke – vor allem in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit – günstig oder sogar kostenlos überlassen und für die notwendige Infrastruktur gesorgt. Außerdem wurden Freihandelszonen eingerichtet. Die neueste soll als Technologie- und Industriepark – eine Kombination aus Forschungs- und Entwicklungsinstituten – in der Umgebung des Atatürk-Flugplatzes bei Istanbul entstehen. Der Rüstungsfonds SAGEB (Savunma Sanayii Gelistirme ve Desteklem Bankanligi) hat dafür über 70 Millionen Mark bereitgestellt.

Die Betriebe in den Freihandelszonen brauchen keine Einkommens- und Körperschaftssteuern zu entrichten. Es gelten dieselben Investitionsanreize wie im Rest der Türkei, aber es gibt – im Gegensatz zu den Freihandelszonen in Südkorea und Taiwan – keine Einschränkungen für Exportgeschäfte in den Rest des Landes. Außerdem sind Streiks in diesen Gebieten verboten.

## Die Investitionen aus dem Ausland

Das Jahr 1985 brachte den endgültigen Durchbruch für die türkische Rüstungsindustrie. Das bis dahin herrschende Staatsmonopol bei Rüstungsbetrieben wurde im Dezember jenen Jahres aufgehoben. Dies hatte zur Folge, daß ausländische Unternehmen Anteile an bestehenden Betrieben erwerben konnten. Häufig führte dies zu Joint-Ventures zwischen türkischen und ausländischen Betrieben, eine Konstruktion, die der Gründung gänzlich neuer

ausländischer Betriebe vorgezogen wurde. So kann ausländisches Know-how importiert werden, ohne den kargen Valutavorrat anzugreifen.

1985 gründete die türkische Regierung eine Förderorganisation zur Entwicklung der Rüstungsindustrie (DIDA). Die DIDA ist ein Exekutivorgan des Verteidigungsministeriums, das den Aufbau der türkischen Rüstungsindustrie koordinieren soll; ein Bindeglied zwischen den Wünschen des Verteidigungsministeriums und den Streitkräften einerseits, und den Möglichkeiten der Waffenproduzenten andererseits.

Seit 1990 sind aus organisatorischen Gründen die meisten Aufgaben der DIDA von der SSM, einer Unterabteilung des Verteidigungsministeriums, übernommen worden. Bei der Politik dieser Abteilung sind der Oberbefehlshaber, der Premierminister, alle Generäle und die Minister für Verteidigung, Finanzen und Allgemeine Angelegenheiten mit einbezogen.

Die SSM stellt für neue Joint-Venture-Betriebe einige Bedingungen. Einen Rüstungsauftrag größeren Umfangs erhalten nur jene nicht-türkischen Betriebe, die bereit sind, zumindest einen Teil der Produktion in der Türkei fertigen zu lassen. Anders ausgedrückt: Der Betrieb, der an die Türkei verkaufen möchte, muß sich dort auch (teilweise) niederlassen. Durch den harten Konkurrenzkampf auf dem internationalen Waffenmarkt sind Fabrikanten in zunehmendem Maße bereit, diese Bedingungen zu akzeptieren. Oftmals wird vereinbart, daß die Produktion zunächst beim Mutterbetrieb des Joint-Venture-Partners erfolgt und sie nach und nach von dem türkischen Partner übernommen wird.

Ein anderes Ziel der SSM ist, daß die Verfügungsgewalt über die Produktion und die Waffen vollkommen in den Händen der Türkei bleibt. Inwieweit die SSM dies tatsächlich verwirklichen kann, ist unklar.

Die DIDA/SSM gibt einen Leitfadens heraus, der eine Übersicht möglicher Joint-Venture-Kandidaten bietet. Er führt 1989 stolze 900 Betriebe auf.

Die SSM koordiniert auch Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an Universitäten, in der zivilen Industrie und bei Forschungsinstituten. Ein anderer wichtiger Schwerpunkt der SSM sind Betriebskurse zur Qualifizierung des Personals. Innerhalb von Joint-Venture-Projekten erfolgen diese Kurse manchmal im Mutterbetrieb. Ferner erhalten Forscher und Militärs im Rahmen von Kompensationsaufträgen Auslandsausbildungen im Bereich von Produktion, Forschung und Management.

Beim Abschluß eines Vertrages bemüht sich die SSM um Garantien dafür, daß türkische Techniker in Zukunft Wartungs- und Reparaturarbeiten ausführen können. Die notwendige technische Ausbildung des Personals soll mög-

lichst in der Türkei selbst erfolgen. Dadurch ist der Mutterbetrieb gezwungen, Labors und Forschungsabteilungen bei der türkischen Niederlassung einzurichten. Wenn ein Betrieb solche Einrichtungen zudem noch mit Technologien zur Forschung, Untersuchung, Entwicklung oder sogar Innovation zusichert, hat das Angebot die größten Chancen, den Zuschlag zu erhalten.

Die SSM möchte die voraussichtlich anfallende Arbeit über eine größere Anzahl Betriebe verteilen. Dahinter steckt der Gedanke, daß die Verteilung der Aufträge über den Privatsektor die Folgen der Wirtschaftskrise lindert. Das Verteidigungsministerium hat 24.000 Betriebe in bezug auf die technische Fähigkeit, Waffen produzieren zu können, unter die Lupe genommen und von diesen letztlich 2.700 für geeignet befunden. Ende Februar 1995 verabschiedete das türkische Parlament ein Gesetz, das türkische Unternehmen dazu animieren soll, für das Verteidigungsministerium zu arbeiten. Durch das Gesetz soll erreicht werden, daß die Aufträge für Rüstungsmaterial in möglichst hohem Maße an die nationale Industrie vergeben werden.

### **Rüstungsmessen**

Seit 1987 veranstaltet DIDA/SSM alle zwei Jahre eine Rüstungsgütermesse, die »International Defence Equipment & Avionics Exhibition« (IDEA). Waffenhändler aus aller Welt führen hier ihre Produkte vor. Betriebe knüpfen Kontakte für neue Joint-Ventures und Kunden können dort die Waffen aus den Katalogen »live« bewundern. Auch werden Seminare abgehalten, auf denen internationale Experten die neuesten Entwicklungen im Rüstungssektor behandeln.

Aufgrund ihrer strategischen Lage mitten in einem bedeutenden Waffenmarkt und durch den Wegfall anderer Rüstungsmessen in der Region infolge des Golfkriegs, mauserte sich die IDEA 1991 zu einer der größten Rüstungsmessen der Welt. Kunden kommen nicht mehr nur aus türkischen Militärkreisen, sondern auch aus dem Nahen Osten und Nordafrika. Anbieter stammen aus NATO-Ländern, aber zum Beispiel auch aus Südamerika. 1991 war die Türkei außerdem das erste NATO-Land, das einen Stand Südafrikas auf einer Rüstungsmesse zuließ. Die IDEA war 1991 ein so großer Erfolg, daß für das Jahr 1993 gleich zwei Rüstungsmessen angekündigt wurden. In jenem Jahr besuchten 190 Gesellschaften aus 22 Ländern die Messe.

1995 stand außerdem NAV-TECH '95 auf dem Programm, eine internationale maritime Ausstellung und ein Symposium, das vom technischen Kommando der türkischen Marine veranstaltet wird.

## Die Finanzierung der Industriepolitik

An die DIDA/SSM wurde ein Fonds gekoppelt, der schon erwähnte SAGEB (Verteidigungsfonds). Die Einkünfte dieses Fonds stammen aus dem Staatshaushalt, aus Spenden und verschiedenen Steuern. Organisationen und Geschäfte im Rüstungssektor werden nicht besteuert.

Dem Fonds sollen so jährlich 1,5 Milliarden Dollar zufließen, die den »normalen« Verteidigungsausgaben, die sich 1991 auf 4,4 Milliarden Dollar beliefen, hinzugerechnet werden müssen.

Über den SAGEB können Rüstungsbetriebe Kredite und Anleihen unter günstigen Voraussetzungen erhalten. Betriebsergebnisse können mitunter drei, fünf oder sogar zehn Jahre lang steuerfrei sein. Auch bietet der SAGEB die Möglichkeit, von der Einkommenssteuer befreit zu werden. Manchmal garantiert der SAGEB, den Produktionsüberschuß von Betrieben einige Jahre abzunehmen, falls sich nicht genügend Abnehmer finden sollten.

Der Fonds bürgt nicht ohne weiteres für die Startkosten, wenn ein türkischer Betrieb einen Lizenzvertrag unterschrieben hat. Eine der Folgen des Anlockens ausländischer Partner ist, daß fremde Valuta ausgeführt werden muß. Deshalb muß ein Unternehmen meistens erst eine Bank oder eine Gruppe von Banken finden, die sich bereit erklärt, die Dollars zur Finanzierung des Lizenzvertrags zu gewähren. Banken reißen sich nicht gerade darum, solch ein Risiko in einem relativ armen Land wie der Türkei einzugehen. Diverse Transaktionen sind darum im letzten Augenblick gescheitert. Einen Mitfinanzierer zu finden, ist oftmals das letzte große Hindernis für den endgültigen Zuschlag eines Rüstungsauftrags.

Die SSM bekam im Winter 1994-1995 große Schwierigkeiten mit der Finanzierung einer Reihe von Projekten. Bei manchen Betrieben entstanden Schuldenberge, andere stellten Zahlungen zurück.

## Die Joint-Ventures

Wie funktioniert der Aufbau eines Joint-Venture-Unternehmens eigentlich? Ein gutes Beispiel ist TAI, »TUSAS Aerospace Industries«. Dieser in Mürted bei Ankara angesiedelte Betrieb ist ein Joint-Venture zwischen TUSAS, einer 1973 gegründeten Entwicklungsgesellschaft für die Luftfahrtindustrie, und dem amerikanischen General Dynamics. TAI ist extra zur F-16-Produktion für die türkische Luftwaffe ins Leben gerufen worden.

TAI arbeitet am »Peace-Onyx«-Projekt, dem zweifellos größten Rüstungsprojekt in der Türkei. »Peace Onyx« befähigt die Türkei, eine Luftwaffenindustrie aufzubauen, die sich hinsichtlich Umfang und technischem Niveau mit den reichen Industrieländern messen kann. Das Projekt besteht aus drei Bestandteilen. Onyx I betrifft die Produktion von 152 F-16-Kampfflugzeugen, Onyx II besteht aus einem Auftrag über nochmals 80 Stück und Onyx III umfaßt ein Simulationsprogramm zur Ausbildung von Piloten, das 1993 begann. Die beiden ersten Onyx-Programme beinhalten die Montage von im Ausland hergestellten Einzelteilen. In der Türkei selbst wird unter Onyx I fast 70 Prozent des Gestells produziert. Im Onyx-II-Programm steigt der türkische Produktionsanteil am Rumpf auf 90 Prozent. Bei jedem neuen Schritt im Programm wird so ein Großteil der Produktion in die Türkei geleitet, die dadurch mit der F-16 einen komplexen Militär-Jet weitgehend selbst herstellen kann.

Zur Produktion von Triebwerken für die Maschine ist ein getrennter Betrieb, TEI, ein Joint-Venture zwischen TUSAS und General Electric, gegründet worden. Außerdem sind auf türkischer Seite hunderte Betriebe Zulieferer, oft mit Lizenzen amerikanischer Firmen. Zur Produktion und Montage eines solchen Fliegers addieren sich mithin eine ganze Gruppe von Betrieben. Manche wurden extra dafür gegründet.

Die F-16-Produktion legte die Grundlage für eine Flugzeugindustrie. Darauf aufbauend konnte TAI die Produktion auf andere Flugzeugarten ausdehnen. Sie kaufte ein 260 Hektar großes Gelände, wo inzwischen diverse Fertigungsstraßen in Betrieb sind. Der spanische Betrieb CASA lieferte der TAI in Montagelizenzfertigung Teile zur Produktion von 52 CN-235M-Flugzeugen, die für die türkische Luftwaffe bestimmt sind. Auch in diesem Fall kann TAI im Laufe der Zeit einen immer größeren Anteil der Produktion übernehmen.

Die italienische Agusta liefert eine Lizenz zu einer Fertigungsstraße für 40 Übungsflugzeuge. Auch hier handelt es sich um einen Auftrag der türkischen Luftwaffe. Die italienische Fabrik baute die ersten Flieger. TAI produziert die übrigen zunächst teilweise und montiert sie dann ganz. Das gesamte Projekt hat einen Wert in Höhe von ca. 17 Millionen Dollar.

Außerdem entwickelt TAI ein unbemanntes Flugzeug, von dem sie der türkischen Armee zwei Prototypen lieferte. Schließlich beteiligt sich der Betrieb an der europäischen »Future Large Aircraft Group«. Die türkische Luftwaffe hat eine Option auf zwanzig dieser FLA-Flugzeuge.

Neben den diversen Fertigungsstraßen hat TAI eine Reihe von Forschungsprogrammen in die Wege geleitet, um den Betrieb und dessen türki-

sche Zulieferer mit neu zu entwickelnden Produktionstechniken auszustatten. Das Testen von allerlei Materialien ist ein fester Bestandteil der Arbeiten geworden. Von amerikanischer Seite werden diese Forschungsarbeiten stark unterstützt.

Der Aufbau der TAI ist von allen Seiten finanziell gefördert worden. General Dynamics und General Electric stellten zusammen 67 Millionen Dollar zur Verfügung. TUSAS, der Luftwaffenfonds und der Verband der Türkischen Luftwaffe brachten insgesamt siebzig Millionen Dollar auf. Weiter gewährten DIDA, das amerikanische Verteidigungsministerium und das türkische Verteidigungsministerium Hilfe. Vermutlich um Kompensationsregelungen zu entgehen, erstet die amerikanische Luftwaffe 152 Exemplare der in der Türkei gebauten F-16-Maschinen, um sie sofort wieder der türkischen Luftwaffe zu verkaufen. Für die Türkei werden die Maschinen dadurch erheblich billiger, da sie zum Neupreis verkauft, jedoch zum Preis eines Gebrauchflugzeugs wieder zurückgekauft werden.

Die Gesamtkosten der 200 F-16-Flieger belaufen sich auf ungefähr 6 Milliarden Dollar. General Dynamics erhielt diesen fetten Auftrag nicht einfach so: In einem Interview in der türkischen Zeitung Milliyet vom 11. Juli 1985 erzählte ein ehemaliger Spitzenmann von General Dynamics, daß diese Firma einigen Spitzenfunktionären zirka 12,5 Millionen Dollar an Bestechungsgeldern gezahlt hat, um den Zuschlag für den Auftrag zu erhalten. Solche Praktiken sind vermutlich häufig, kommen jedoch selten ans Licht.

### **Schützenpanzer**

FNSS ist ein neueres Beispiel für einen Betrieb, der durch Lizenzproduktion entstand. FNSS ist ein auf acht Jahre angelegtes Joint-Venture der amerikanischen FMC und der türkischen Nurol SS. Seit 1989 montierte FNSS 1698 Schützenpanzer in Lizenz und wird diese Fahrzeuge im zunehmenden Maße auch selbst produzieren. Maximal 73 Prozent der Fahrzeuge werden in der Türkei gefertigt. Am Vertrag sind Koproduzenten beteiligt, die bereits früher bei der Produktion von Schützenpanzern Aufträge erhielten: DAF Special Products, Cockerill Mechanic Industries, Marconi und Oerlikon.

Das FNSS-Projekt umfaßt die Produktion von Schützenpanzern in verschiedenen Ausführungen. Die Fahrzeuge eignen sich für bergiges Gelände und sind außerdem amphibisch. Zugunsten der türkischen Industrie sind di-

rekte Kompensationsgeschäfte in Höhe von 405 Millionen Dollar und indirekte in Höhe von weiteren 300 Millionen Dollar ausgehandelt worden. Das gesamte Budget für das Projekt beläuft sich auf 1,2 Milliarden Dollar.

Die Krise in der türkischen Rüstungsindustrie ist an den Schwierigkeiten ersichtlich, die das Verteidigungsministerium mit der Begleichung der ausstehenden Rechnungen an die FNSS hat. Der Generalgeschäftsführer dieses Betriebs sagte im Februar 1995 dem Verteidigungsminister, daß die Schließung des Betriebs drohe, wenn die Schulden nicht gezahlt würden, da ab September 1994 ausstehende Gehälter ausgezahlt werden müßten. FNSS war beinahe bankrott.

Der Konkurrenzkampf zwischen den Zulieferern ist hart. Ab 1989 versucht eine Gruppe amerikanischer Betriebe mit türkischen Betrieben Lizenzverträge abzuschließen. Der Kampf ging um die Produktion von Einzelteilen für Schützenpanzer. Als nach langen Verhandlungen endlich eine Entscheidung gefällt werden sollte, kam der französische Staatsbetrieb GIAT Ende 1991 auf einmal mit einem Angebot, das alle früheren Offerten unterbot. Dieses Angebot lag so niedrig, daß GIAT wahrscheinlich selbst noch Geld zulegen mußte. Er rechnete jedoch damit, dies mit Folgeaufträgen wieder wettzumachen. Die Amerikaner hatten bei diesem Auftrag das Nachsehen. Im Sommer 1992 erhielt GIAT und eine Gruppe türkischer Partner einen Auftrag zur Fertigung von Panzertürmen, Kanonen und Munitionstechnologie.

GIAT erhielt seine Kompensation über ein Geschäft mit dem Staatsbetrieb MKEK, der den überhöhten Betrag von 29 Millionen Dollar für die Technologie eines Maschinengewehrtyps zahlen mußte.

### **Folgen der Wirtschaftskrise**

Der Krieg in Türkisch-Kurdistan hat mittlerweile schwerwiegende Folgen für die türkische Wirtschaft. Die Inflation betrug 1993 58,4 Prozent und 1994 sogar 149,6 Prozent. Dadurch steht die weitere Entwicklung der türkischen Rüstungsindustrie auf dem Spiel. Es handelt sich dabei vor allem um die Instandhaltung der laufenden Projekte und des Modernisierungsprogramms für technologisch anspruchsvollere Waffensysteme.

Die SSM bekam Finanzierungsprobleme. Sie ist verpflichtet, alle Zahlungen in Dollar zu entrichten. Infolge der andauernden Abwertung der türkischen Lira konnte sie dem allerdings immer weniger nachkommen. Mangels Devisen mußte die SSM folgende neun Projekte hinausschieben oder streichen:



- die türkische Produktion der Schützenpanzer von FNSS;
- einen Störapparat für die F-16 von Loral;
- ein mobiles Flugabwehrradar von Thomson-CSF;
- das Transportflugzeug der spanischen CASA und der türkischen IPTN;
- die türkisch-amerikanische Produktion von fünfzig Sikorsky Black-Hawk-Hubschraubern;
- die Anschaffung von Patriot-Flugabwehrsystemen;
- die Modernisierung von F-5-Jagdflugzeugen;
- den Bau von Waffenleitsystemen für 35-mm-Flugabwehrartillerie.

Dies war nicht das einzige Problem. Die SSM übernahm den Auftrag, die F-4E-Düsenjäger zu modernisieren, schaffte es jedoch nicht, türkische Betriebe zu finden, die dies erledigen wollten. Der Chef der türkischen Luftwaffe, Halis Burhan, griff daraufhin ein, übergab SSM und vergab den Auftrag an den israelischen Betrieb IAI.

Trotz der Wirtschaftskrise beschloß die Regierung, wenigstens 990 Millionen Dollar zur Modernisierung von 54 Düsenjägern freizumachen. Für die türkische Rüstungsindustrie bedeutet dies eine Verzögerung in bezug auf die selbständige Ausführung schwieriger und anspruchsvollerer Produktionen. Die immer komplizierter gewordene Bewaffnung der türkischen Streitkräfte wird also von Modernisierungsleistungen ausländischer Betriebe abhängig bleiben. Es sieht nicht so aus, als ob die Türkei vor der Jahrhundertwende ihren eigenen Rüstungsbedarf decken kann. Dies war sowieso ein wenig zu ambitioniert: Nur die Vereinigten Staaten und Rußland sind derzeit dazu in der Lage.

Scheinbar hat sich die türkische Regierung dafür entschieden, militärische Macht auch über große Entfernungen entfalten zu wollen. Dieser Eindruck wird durch die Übernahme von KC-130R Betankungsflugzeugen, die Kampfflugzeuge in der Luft auftanken können, bestätigt. Die amerikanische Regierung beschloß im Winter 1994/1995 diesen Auftrag zu einem großen Teil zu finanzieren, stellte dabei allerdings die Bedingung, daß die Türkei für Einsätze außerhalb des Rahmens der NATO oder UNO eine Genehmigung einzuholen hätte.

## **Der Export**

Die bisher getätigten Investitionen kann die Türkei nur durch Export wieder hereinholen; sie muß also Auslandsmärkte für ihre Waffen finden.

Dieser Tatsache war sich der türkische Staat bereits sehr früh bewußt. In der ›Turkish Daily News‹ vom 13. September 1984 sagte der damalige Verteidigungsminister: »Die Türkei muß seiner Tradition als waffenimportierendes Land ein Ende bereiten. Wir haben das Know-how und die erforderliche Technologie. Wir sollten nicht für unterentwickelt auf diesem Gebiet gehalten werden. (...) die Türkei muß in der Lage sein, sowohl Waffen zu kaufen als auch zu verkaufen.«

Seit November 1992 ist die Türkei assoziiertes Mitglied der Westeuropäischen Union, der europäischen Verteidigungsorganisation. Sie möchte davon profitieren, als Kunde und als Lieferant. Die türkische Rüstungsindustrie versucht, einen Platz auf dem europäischen Waffenmarkt zu erobern. So erhielt MKEK 1991 trotz scharfer Konkurrenz von Rheinmetall und des spanischen Betriebs Santa Barbara von Norwegen einen Auftrag in Höhe von elf Millionen Dollar über die Lieferung von Maschinengewehren.

### **Kompensationsaufträge**

Der Export der türkischen Rüstungsindustrie entsteht häufig infolge von Kompensationsaufträgen, durch die die Lizenzgebühren bezahlt werden. Oftmals werden die in Lizenz gefertigten Produkte teilweise an das Land verkauft, aus dem die Lizenz stammt.

Nicht immer gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen einem Auftrag und dem dazugehörigen Kompensationsauftrag. Manchmal besteht die Kompensation aus dem Ankauf ziviler Produkte oder aus Investitionen im Militär- oder Zivilsektor, zum Beispiel in der Touristikindustrie. Beim Bau der F-16 wurde ausbedungen, daß die USA einen Kompensationsauftrag in der Türkei erteilen mußte. Es kostete General Dynamics viel Mühe, dieser Forderung zu entsprechen. Deshalb beschloß der Betrieb 1990 in der Türkei eine Holdinggesellschaft mit dem Namen GDYA zu gründen, in die etwa 25 Millionen Dollar investiert wurde. Diese Holdinggesellschaft beteiligte sich am Bau eines Hilton-Hotels.

Seit sich die Türkei in einer Wirtschaftskrise befindet, ist der Ruf nach Kompensationsaufträgen lauter geworden. Die Verhandlungen mit dem israelischen Betrieb IAI über die Modernisierung der F-4E sind ein gutes Beispiel dafür. Die IAI konnte zunächst ihre Forderungen erhöhen, weil sie nicht mehr mit anderen Unternehmen konkurrieren mußte und wußte, wie hoch das Budget der türkischen Regierung lag. Unter Druck von Gegnern dieses

Auftrags hat das türkische Verteidigungsministerium die Verhandlungen über Kompensationsaufträge wieder aufs Tapet gebracht.

Der gleiche Druck ist auf die USA hinsichtlich von Kompensationsaufträgen für die Anschaffung von Betankungsflugzeugen ausgeübt worden.

### **Absatzmärkte**

Für ausländische Investoren kann die Türkei als Exportkanal sehr attraktiv sein. Es gelten oft weniger strenge Waffenexportgesetze als im Land der Mutterfirma. Deshalb kann ein Betrieb über eine Fertigungsstraße in der Türkei in Gebiete exportieren, in die er ansonsten legal nicht liefern dürfte. Hinzu kommt, daß potentielle Waffenabnehmer gleichsam nebenan wohnen. Die Rüstungsgütermesse IDEA präsentierte sich 1991 unter dem Slogan: »IDEA ist das Handelstor zum Nahen Osten und nach Nordafrika.«

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist die geographische Lage der Türkei als Waffenproduzent und Exportland angesichts der Kontakte, die mit teilweise türkischsprachigen ehemaligen Sowjetrepubliken entstanden, womöglich noch wichtiger geworden. Die neuen unabhängigen Republiken wollen allesamt ihre eigene Rüstungsindustrie gründen.

Seit der Golfkrise erkennt auch der Nahe Osten die strategische Bedeutung der Türkei. Im Oktober 1991 spendete Saudi-Arabien dem türkischen Verteidigungsfonds Rohöl im Wert von einer Milliarde Dollar, zu liefern über eine Periode von fünf Jahren. Auch Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate werden in den nächsten fünf Jahren 1 Milliarde beziehungsweise 500 Millionen Dollar überweisen. Aus diesem Fonds wird der zweite Produktionsplan von 80 F-16-Maschinen bestritten werden. Diese Länder sind große Waffenkäufer und potentielle Kunden für die türkische Rüstungsindustrie. Auf jeden Fall konnte sich der Betrieb Ictas AS nach dem Golfkrieg schon mit dreißig Millionen Dollar am gewaltigen Minenräumprojekt in Kuwait beteiligen.

Auch Ägypten und Pakistan sind möglicherweise wichtige zukünftige Absatzmärkte für türkische Rüstungsgüter. Mit Ägypten steht die Türkei auf ministerieller Ebene in ständiger Beratung über rüstungsindustrielle und militärische Zusammenarbeit. TAI wird F-16-Teile produzieren und für Ägypten für einen Betrag von 30 Millionen Dollar F-16-Flieger montieren. In einem Folgeauftrag wird TAI 46 F-16s für Ägypten produzieren. MKEK lieferte Ägypten Lizenzrechte zur Produktion eines mit deutscher Hilfe entwickelten 105mm-Kanonenrohres.

An Pakistan lieferte Otokar zwei Geländewagen als Probeexemplare. Wenn sie den Anforderungen entsprechen, erwartet der Betrieb einen Auftrag. MKEK unterhält mit den »Pakistan Ordnance Factories«, einem der größten Lieferanten kleinerer Waffen in der Dritten Welt, Handelsbeziehungen. MKEK exportiert außerdem 17.000 Anti-Panzerraketen nach Südkorea. Für die sudanesischc Armee lieferte Otomarsan 1989 und 1990 200 Fünffonner, die mit einer Mercedes-Benz-Lizenz gefertigt worden waren.

Trotz dieser beginnenden Nachfrage wird die Türkei als Neuling auf dem Waffenmarkt große Schwierigkeiten haben, sich einen Kundenkreis im Ausland zu erobern. Während des Golfkriegs strömten die Bestellungen herein, viele wurden jedoch später wieder storniert. Die Nachfrage nach Rüstungsgütern ist momentan nicht groß.

Außerdem sind die meisten Produkte, die die Türkei herstellt, auch bei den Mutterbetrieben in den Ländern des Westens erhältlich. Nur wenn die Türkei in der Lage ist, dieselben Produkte in gleichwertiger Qualität zu einem niedrigeren Preis zu liefern, oder wenn es sich um Länder handelt, die der Westen aus politischen Gründen nicht aufrüsten möchte, wird es ihr gelingen, die getätigten Investitionen zu amortisieren. Höchstwahrscheinlich wird die Türkei zu diesem Zweck versuchen, Kunden aus den neuen, wirtschaftlich noch nicht erschlossenen Gebieten in der ehemaligen Sowjetunion anzulocken.

Die Türkei benutzte während der Friedensoperationen in Somalia und Bosnien eigene Schützenpanzer. Damit führte sie die eigenen Produkte Dritte-Welt-Ländern vor, die auch an den Friedensmissionen teilnahmen, aber nicht über modernes Material verfügen. Die positiven Folgen blieben nicht aus, vor allem bei einigen asiatischen Ländern.

Malaysia zeigt Interesse. Thailand testet momentan den Scorpion, ein Produkt von Otokar. Algerien hat bereits Scorpions angeschafft. Kuwait ist an der Modernisierung von 44 Schützenpanzer interessiert. Weiter hat FNSS extra für Kuwait ein gepanzertes Mörserfahrzeug entworfen. Kuwait interessiert sich für 110 Stück.

## Aufrüstung zur regionalen Großmacht

Die Menschenrechtskommission des britischen Parlaments forderte 1992, daß die Waffenverkäufe an die Türkei gestoppt werden müssen. Sie war gerade von einer Untersuchung aus dem türkischen Teil Kurdistans zurückgekehrt, wo sie feststellte, daß die türkische Armee ganze Dörfer zerstört und die kurdische Bevölkerung in vielfältiger Weise unterdrückt wird – oft mit Hilfe westlicher Waffen. Staatssekretär Garel-Jones vom Außenministerium war freilich unbeeindruckt: »Wir erwägen kein Waffenembargo gegen die Türkei«. Und: »Die Türkei ist ein NATO-Verbündeter und hat die Koalition von Streitkräften während und nach dem Golfkonflikt kräftig unterstützt und macht dies noch immer«.

Die Türkei kann mittlerweile viele Waffen selbst produzieren, aber der Bedarf des türkischen Militärs ist größer. Die Ankäufe erfolgen vor allem im Westen.

### Waffenhandel

(in Millionen Dollar)

Periode	1986-1990	1987-1991	1988-1992
Vereinigte Staaten	2179	3953	3635
Bundesrepublik Deutschland	1245	1549	1832
Niederlande	183	237	265
Italien	59	125	100
Frankreich	20	22	23
Großbritannien	123	10	10
Übrige Länder	563	490	302
Insgesamt	4372	6386	6167

(Quelle: SIPRI-Jahrbücher 1980 – 1992)

Berücksichtigt sind hierbei nur die großen Waffensysteme wie Schützenpanzer, Flugzeuge, Schiffe und Leitwaffensysteme.

Garel-Jones erklärte hierzu, daß »Waffenverkäufe an die Türkei der Standardexportgesetzgebung unterliegen und alle Verkäufe anhand strenger Kriterien geprüft werden. Darunter fällt auch eine Beurteilung der Menschenrechtssituation im Empfängerland«. Die Tatsache, daß amnesty international beinahe täglich über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei berichtet, die Waffenlieferungen gleichwohl fortgesetzt werden, läßt wohl nur den Schluß zu, daß entweder der Herr Staatssekretär lügt oder aber ein sehr eigenwilliger Begriff von Menschenrechten bei den Lieferländern vorliegt.

Freilich: Immer wieder gab es kurzzeitige Stockungen bei den Waffenlieferungen, wenn die Proteste in den Lieferländern den dortigen Regierungen zu heftig wurden. Zuletzt veranlaßte die türkische Invasion im Nordirak im März 1995 Norwegen, Deutschland und die Niederlande, ein Waffenembargo zu verhängen. Schon im Jahr 1992 hatten Deutschland, Österreich und die Schweiz als Reaktion auf den Beschuß von fünf kurdischen Städten einen kurzen Boykott verhängt. Deutschland tat dies 1994 erneut, nachdem die Türkei im Kampf gegen die Kurden deutsche Waffen benutzt hatte. Diese Boykotts und Proteste der diversen Lieferländer dienten aber offensichtlich lediglich dazu, den aufflammenden Protest in den Lieferländern selbst zu besänftigen, um anschließend wie gehabt weiterzumachen.

Auch die Europäische Union bezieht keine eindeutige Stellung. Es bleibt bei Protesten und Drohungen, ohne daß die Türkei beispielsweise mit Hilfe eines Rüstungsboykotts gezwungen wird, die Probleme in Kurdistan politisch zu lösen und die Verletzung der Menschenrechte zu stoppen. Immerhin stand aber die türkische Mitgliedschaft in der europäischen Zollunion lange Zeit wegen der Menschenrechtsverletzungen zur Diskussion.

### **Türkei zeigt rot**

Im April 1993 reagierte die Türkei auf die anhaltende Kritik an ihrem Krieg gegen die Kurden und die Unterdrückung und Folterungen Oppositioneller in der ihr eigenen Weise: In den Farben Grün, Gelb und Rot wurden drei Listen angelegt und jedes Lieferland einer Farbe zugeordnet. Länder, die auf der roten Liste stehen, sollten nicht in den Genuß von Rüstungsaufträgen aus der Türkei kommen; die auf der gelben Liste stehen, dürfen

nur nach ausdrücklicher Genehmigung der türkischen Behörden Aufträge erhalten, während die Vergabe von Aufträgen an Länder, die sich auf die grüne Liste hochgearbeitet haben, problemlos möglich ist.

Mit diesen Listen hat sich die Türkei ein – wenngleich beschränkt wirksames – Instrument geschaffen, um potentielle Lieferfirmen zur politischen Intervention zugunsten der Türkei in ihrem jeweiligen Heimatland zu veranlassen.

Die Einstufung folgt im wesentlichen politischen Erwägungen der türkischen Regierung. So wurden beispielsweise die Niederlande vorübergehend auf die rote Liste gesetzt, weil sie für die Gründungssitzung des kurdischen Exilparlamentes in Den Haag eine Genehmigung erteilt hatte. Dänemark landete im Mai 1995 darauf, nachdem die ERNK, die Europäische Abteilung der PKK, dort ein Büro eröffnete. Südafrika wurde auf die rote Liste verbannt, weil es im März 1995 gegen die türkische Invasion im Nordirak protestiert hatte. Es gibt natürlich auch Abweichungen: Finnland durfte z. B. trotz rotem Status liefern und Deutschland steht auf der gelben Liste, obwohl es nach den türkischen Kriterien auf die rote Liste gehörte, weil deutsche Waffen offiziell nicht gegen die PKK eingesetzt werden dürfen.

## **Die Lieferanten**

### **USA**

Die Vereinigten Staaten sind bei weitem der bedeutendste Waffenlieferant der Türkei. In der Zeit von 1988 – 1992 kamen 58 % der importierten Waffen aus den Vereinigten Staaten.

Eine Übersicht dieser Waffenlieferungen ist immer unvollständig, weil sich ein Teil des Waffenhandels hinter den Kulissen abspielt und nie an die Öffentlichkeit gelangt. Trotzdem ist es unter Zuhilfenahme der Fachzeitschriften möglich, eine umfangreiche Liste von Waffenlieferungen zusammenzustellen. Außerdem ist auch das 1993 gegründete Waffenhandelsregister der Vereinten Nationen sehr aufschlußreich. In diesem Register werden allerdings nur Großwaffensysteme aufgeführt. Außerdem stammen die Informationen von den betreffenden Ländern selbst.

Die USA gaben dem UN-Register für 1992 und 1993 folgende Zahlen für ihren Rüstungsexport in die Türkei an:

1992 577 schwere Kampfpanzer  
220 Schützenpanzer  
75 Stück schwere Artillerie  
29 Kampfflugzeuge  
6 Kampfhubschrauber  
1.164 Raketen und Raketenwerfer

1993 932 Kampfpanzer  
269 Schützenpanzer  
72 Stück schwere Artillerie  
25 Kampfflugzeuge  
22 Jagdhubschrauber  
1 Kriegsschiff  
680 Raketen und Raketenwerfer

Die Türkei teilte für 1994 dem Register mit, nichts exportiert zu haben, was unter die Kategorien des UN-Registers fällt, und gab folgende Importe an:

1994 62 M60-Panzer aus den USA  
79 M113-Schützenpanzer aus Rußland  
131 M110-Kanonen aus Deutschland  
1 AH1-Hubschrauber aus den USA  
4 Knox-Fregatten aus den USA

Die Vereinigten Staaten haben die Türkei immer reichlich ausgestattet. So war die Türkei das erste Land, das die Erlaubnis erhielt, selbstgefertigte F-16-Kampfflugzeuge an Drittländer weiterzuverkaufen. Im Frühling 1994 wurden die ersten beiden von insgesamt 46 »türkischen« Flugzeugen an Ägypten geliefert. Häufig gehen Verkäufe auch mit einem Koproduktionsvertrag zwischen den USA und der Türkei einher. Nachfolgend werden – sortiert nach Firmen – die bekanntgewordenen Lieferungen aufgeführt und erläutert.

#### **Alliant Techsystems**

Dieser Waffenfabrikant erhielt 1991 den Zuschlag für eine Ausschreibung über die Lieferung von 25mm-Munition an die Türkei. Die Munition ist für Bordkanonen bestimmt.



Im September 1994 bestellte die Türkei 493 Einheiten CBU-87 Tausendpfundbomben, die bei Alliant Techsystems mit Submunition gefüllt worden waren. Diese Bomben sind unter anderem in der Lage, Schützenpanzer, Lastwagen, Flugplätze, Raketenanlagen, Schiffe und Kommunikationsanlagen zu zerstören. Nahezu alle amerikanischen NATO-Kampf- und Jagdflugzeuge können diese Bomben aus unterschiedlichen Höhen, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und aus unterschiedlichen Winkeln abwerfen.

Die amerikanische Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch protestierte gegen dieses Geschäft.

#### **Aydin**

Im Januar 1993 wurde bekanntgegeben, daß sich dieses amerikanische Unternehmen in Zusammenarbeit mit seiner türkischen Tochter Aydin-Aymet um die Integrierung der türkischen Radaranlagen in das NATO-Überwachungssystem kümmern werde.

#### **AV Technologies**

Der Supergouverneur in Diyarbakir bestellte Ende 1993 bei diesem Betrieb für 20 Millionen Dollar 60 Dragoon-300-APC-Fahrzeuge. Die Dragoons sind zur Aufstandsbekämpfung gedacht.

#### **Cadillac Gage Corporation**

Dieser Betrieb beteiligt sich an der Nachrüstung von 2.000 türkischen M28-Panzern, wozu er ein Kanonenstabilisierungssystem beisteuert. Das Projekt läuft seit 1987 und soll 1995 abgeschlossen sein.

#### **Contel Page International**

1987 wurde bekannt, daß Page International Europe in Italien, ein Tochterunternehmen von Contel Page International, einen Vertrag mit der Türkei über die Lieferung von Verbindungssystemen abgeschlossen hatte. Diese Systeme waren für die zweite und dritte türkische Armee bestimmt. Der Vertrag hatte ein Volumen von 90 Millionen Dollar.

#### **FMC**

FMC schloß einen Vertrag mit Nurol Savunma Sanayii (FNSS) über den Bau von 1.698 Schützenpanzern. 73 % der Produktion sollen in der Türkei bei

Nurol Insaat erfolgen. Die Produktion ist 1991 angelaufen. Der Gesamtwert dieses achtjährigen Vertrags beläuft sich auf 1,5 Milliarden Dollar. FMC ist zu 51 % an FNSS beteiligt.

### **General Defence Corporation**

1984 wurde mit der Türkei ein Vertrag über Lieferungen von 155mm-Panzerkanonenmunition unterzeichnet. Die Munition wurde zunächst in den USA, später jedoch in der Türkei selbst produziert.

1986 wurde bekannt, daß General Defence Corporation mit der türkischen ESKA unter dem Namen Destek AS ein Joint-venture schließen würde, das laut Plan in der Türkei Munition für die USA produzieren sollte. Auch hier geht es unter anderem um 155mm-Artilleriemunition für die M483-Granate.

### **General Dynamics**

General Dynamics baute in einer Joint-venture-Konstruktion 160 F-16-Kampfflugzeuge. Die ersten acht Maschinen wurden noch von den USA geliefert, die übrigen 152 in der Türkei selbst hergestellt. Der Vertrag lief bis 1994. Die erste in der Türkei produzierte F-16 stieg am 29. Oktober 1987 auf. 1992 verließen pro Monat zwei Flugzeuge das Werk.

Die Flugzeuge sind übrigens nicht alle für die Türkei selbst bestimmt. Ankara wurde die Genehmigung erteilt, Ägypten 46 F-16s im Wert von 1,3 Milliarden Dollar zu liefern. Dieses Geschäft ist äußerst bemerkenswert, da zum ersten Mal ein außerhalb der USA gefertigtes Kampfflugzeug von General Dynamics an ein Drittland weiterverkauft wird.

1992 haben die Türkei und die USA einen weiteren Vertrag über die Produktion von 40 zusätzlichen F-16s und die Lieferung von Teilen für nochmals 40 Maschinen unterzeichnet.

Die Produktion verlief übrigens – wie die türkische Tageszeitung *‘Aydukt*: am 26. Juli 1993 meldete – für die Türkei nicht ganz wunschgemäß: Die Errichtung der Fertigungsstraße war mühselig und von den aus türkischer Fertigung stammenden Maschinen waren bis dahin schon sieben abgestürzt. Das Verteidigungsministerium erteilte deshalb seinem Schatzmeister, Bülent Kosoglu, den Auftrag, ein Gutachten zu erstellen, das zu dem Ergebnis kam, daß die Türkei zu wenig Verantwortlichkeit bei dem Projekt übertragen bekommen habe.

Die Fabrik in Mürted wird übrigens nicht schließen, wenn die F-16-Produktion eventuell eingestellt wird. Später sollen dort Hubschrauber und Transportflugzeuge produziert werden.

Seit Januar 1994 arbeitet der Betrieb im Rahmen des Peace-Onyx-Programms an der Modernisierung des Radarsystems der F-16. Der Wert dieses Auftrags beläuft sich auf 12,9 Millionen Dollar. Der Lieferant ist General Dynamics. Der Auftrag soll 1998 abgeschlossen sein.

General Dynamics Yatirim Holding (GDYH) hat gemeinsam mit dem amerikanischen FTC das Joint-venture gegründet. Die Verteilung der Beteiligungen beträgt 49 zu 51 Prozent. Das Joint-venture möchte die türkische Luftfahrtindustrie mit genauen Zielgeräten für Projektile ausstatten.

#### **Hercules Inc/Aerospace Div**

1986 wurde bekannt, daß ›Hercules Inc/Aerospace Div‹ Triebwerke für die Sparrow AIM-7-Rakete an die Türkei liefert.

#### **Honeywell**

Wie sich 1987 herausstellte, verkauft die Undersea Systems Division von Honeywell der Türkei MK-46-mod-5-Torpedos. Die Lieferung erfolgt über das Hilfsprogramm ›Foreign Military Sales‹ des Pentagons.

Auch ist Honeywell am Nachrüstungsprogramm von M48-Panzern beteiligt.

#### **Kollsman Instruments**

Kollsman Instruments ist ebenso wie Honeywell am Nachrüstungsprogramm von M48-Panzern beteiligt.

#### **Ling-Temco-Vought**

1988 zeichneten die Türkei und die USA ein ›memorandum of Understanding‹, in dem vereinbart wurde, daß Ling-Temco-Vought an der Produktion von 200 MLRS-Raketenartilleriesystemen beteiligt werden soll. Im selben Jahr bestellte die Türkei bei Ling-Temco-Vought zwölf MLRS-Systeme im Wert von 60 Millionen Dollar.

#### **Lockheed Marietta**

Lockheed Marietta liefert 1995 Softwareanpassungen für Tieffluggeräte von zwei F-16-Geschwadern. Der Wert beläuft sich auf 16,7 Millionen Dollar.

#### **Loral**

1989 wurde MIKES gegründet, ein Joint-venture von Loral und Kavala zur Produktion elektronischer Kampfapparatur für Flugzeuge. MIKES stellte für

die F-16-Maschinen der türkischen Luftwaffe das ALQ-178 Electronic-Warfare-System her, das andere Flugzeuge in die Irre leiten kann. Der Betrieb wird von Februar 1994 bis Januar 1996 115 passive Systeme liefern. Außerdem liefert der Mutterbetrieb Loral 62 aktive und fünf Übungssysteme.

Im Winter 1994/1995 wurde mit dem israelischen Unternehmen IAI vereinbart, daß MIKES das ALQ-178 System auch in die F-4E, die in Israel modernisiert wird, einbauen wird.

Trotz Zahlungsschwierigkeiten des türkischen Verteidigungsministeriums, die 1994 zu einer besonderen Zahlungsregelung führten, vergab die Türkei im März 1995 einen weiteren Auftrag in Höhe von 38,7 Millionen Dollar an Loral. Es handelt sich dabei um die Produktion von 1.784 Waffenleit- und Überwachungseinheiten für die F-16.

#### **McDonnell Douglas**

McDonnell Douglas liefert 1995 Kommando- und Abschußsysteme für die Harpoon, eine Schiffsabwehrrakete der Marine, im Wert von 14,4 Millionen Dollar.

#### **McMillan und Robar**

Die Türkei kaufte 1994 von McMillan und Robar Gewehre. Es handelt sich um das McMillan M87R und Robar Companies RC 90. Dies sind 0,50-Kalibergewehre, die im allgemeinen an Scharfschützen, Aufklärungs- und Sondereinheiten verkauft werden. Den Verlautbarungen nach kann sich der Auftrag bis auf 1.000 Stück erhöhen.

#### **Raytheon**

Die Türkei ist zu 40,6 Prozent an der Euro-Stingergruppe beteiligt. Diese Gruppe, Systemführer ist Dornier (Daimler Benz AG), stellt in Lizenz von Raytheon Stinger-Raketen her. Die Türkei kauft selbst 4.000 dieser Raketen. Die türkischen Betriebe Rocketsan AS, Aselsan und MKE beteiligen sich ebenfalls an diesem Projekt. Sie stellen Einzelteile her und erledigen Montagearbeiten.

1991 unterschrieben Raytheon und die Türkei eine Absichtserklärung über die Lieferung von zehn Patriot-Flugabwehrsystemen. Raytheon produziert ferner 80 AMRAAM-Raketen.

#### **Sikorsky**

1988 bestellte die türkische Militärpolizei sechs Sikorsky-Hubschraubern des Typs S-70A-17.

Die Türkei schloß im Dezember 1992 einen Vertrag im Wert von 1,1 Milliarden Dollar über die Lieferung von 95 Black-Hawk-Hubschrauber. Es handelte sich dabei um den Typ S70A-28, die Exportversion des UH-60L. Die ersten 45 Hubschrauber sollten sofort geliefert werden, der Rest wird in der Türkei gefertigt. Darüber hinaus besteht die Option auf weitere 55 Hubschrauber. Die Koproduktion sollte 1994 beginnen. Die EXIM-Bank (Export-Import-Bank) ermöglichte das Geschäft, indem sie – unter Bruch ihrer eigenen Kreditregeln – hierfür einen Kredit gewährte. Anlässlich der Krise von SSM im Winter 1994/1995 ist die Gemeinschaftsproduktion des Black Hawk hinausgeschoben worden. Es ist möglich, daß dies sogar zur Absage des Projekts führt.

#### **Texas Instruments**

1993 unterschrieben TI und das türkische Unternehmen Aselsan einen Vertrag in Höhe von 1,1 Milliarden Dollar über die Produktion von 650 Tag- und Nachtsichtsystemen (DNTTS) für Schützenpanzer der Landstreitkräfte. Der Vertrag beinhaltet, daß Aselsan diese Produkte im Ausland vermarkten darf.

Im selben Jahr zeichnete die Türkei einen Vertrag über die Lieferung von »High-speed-Anti-Radar-Missiles«, die für türkische F-16-Flieger bestimmt sind.

Texas Instruments liefert 1995 hundert Raketeneinzelteile für die HARM AGM-88 im Wert von 42 Millionen Dollar.

#### **Varo**

Transvaro besteht seit 1988 und ist ein Joint-venture von Trasanka aus der Türkei und Varo, Inc., einer Division der amerikanischen IMO-Company. Die türkische Luftwaffe möchte mit Hilfe dieses Betriebs Elektrotechnologie erwerben. Transvaro nahm 1992 unter anderem die Produktion von Nachtsichtgeräten für Schützenpanzer von FNSS auf.

#### **Westinghouse**

Im März 1986 wurde bekannt, daß Westinghouse mit vier türkischen Unternehmen APG-86-Radarsysteme für die F-16 bauen wird. Später kam noch das mobile Radarsystem TPS-70 hinzu.

#### **Pentagon**

Das Pentagon hat der Türkei eine große Menge Waffen verkauft oder geschenkt. So spendete die amerikanische Marine der Türkei zum Beispiel zwischen 1971 und 1982 neun U-Boote.

Im Januar 1986 plante das Pentagon den Verkauf von Ersatzteilen und unterstützenden Vorräten für in den USA produzierte Flugzeuge an die Türkei im Wert von 97 Millionen Dollar.

Zur gleichen Zeit lieferten die Vereinigten Staaten der Türkei vierzig F-4E-Flugzeuge.

1987 wurde bekannt, daß das Pentagon der Türkei auch Ersatzteile für taktische und Ausbildungsflugzeuge verkaufen würde. Wert: 86 Millionen Dollar.

Ebenfalls 1987 wurde bekannt, daß die USA der Türkei zwölf T-33-Düsenjäger stiften würde, einschließlich der Ersatzteile waren diese 12 Millionen Dollar wert.

1991 informierte das Pentagon den Kongreß über die Lieferung von 350 ›maverick‹-Lenk Waffen an die Türkei. Die Waffen sind für die F-16 bestimmt. Wert: 60 Millionen Dollar.

Die Türkei bestellte im selben Jahr achtzig gelenkte Flugabwehrraketen (AMRAAM) für die F-16, einschließlich der damit zusammenhängenden Logistik. Wert: 52 Millionen Dollar.

Ende 1992 boten die USA der türkischen Luftwaffe fünfzig A-10A-Thunderbolt-Kampfflugzeuge und 110 AH-1-Cobra-Hubschrauber an. Die Thunderbolts sollen zwischen 1992 und 1997 geliefert werden. Der Hubschraubervertrag wurde mit dem amerikanischen Marineinfanteriekorps geschlossen. Die USA bewilligten 110 Hubschrauber, 1993 wies die Türkei jedoch 27 Cobras zurück, weil sie veraltet waren.

1993 wurde bekannt, daß die USA der Türkei 800 M60-A1/A3-Panzer übereignet hatte, die aufgrund des CFE-Vertrags aus Europa abgezogen werden mußten.

Ebenfalls 1993 erhielt die Türkei von den Vereinigten Staaten die ersten vier von insgesamt acht Knox-Fregatten. Die acht Schiffe werden zum extrem niedrigen Preis in Höhe von 300 Millionen Dollar geliefert. Der geringe Preis soll zum Ausgleich des Schadens dienen, den der Abschuß eines türkischen Schiffes während eines NATO-Manövers durch die amerikanische Luftwaffe angerichtet hatte.

Im Sommer 1993 erhielt die Türkei ausgerangiertes Werkzeug zur Wartung von Schützenpanzern. Wert: 300.000 Dollar.

Im August 1994 informierte die amerikanische Regierung das Parlament über die Lieferung von 500 Sidewinder-Raketen für die F-16, 80 AIM-120 AMRAAM und sechzehn Harpoonraketen für die türkische Marine. Wert: 137 Millionen Dollar.

Ab November 1994 erhielt die türkische Luftwaffe die HARM (High Speed Anti Radar Missile) für die F-16. Die Türkei ist das fünfte Land, das diese Raketen benutzen darf.

Die türkische Luftwaffe beschloß Anfang 1995 sieben KC 135R Betankungsflugzeuge von der amerikanischen Luftwaffe zu übernehmen. Die Transaktion erfolgt im Rahmen des ›Gesetzes für Sektor Süd‹. Die USA haben die Vorbedingung gestellt, daß die hochwertige Technologie für die Treibstofffüllung nicht exportiert werden darf. Das heißt, daß die Modernisierung in den USA zu geschehen hat und daß die türkische Luftwaffe für die Wartungsarbeiten weiterhin von den Amerikanern abhängig ist. Bis zur Übertragung der KC 135R least die Türkei ab 1995 drei weniger moderne Betankungsflugzeuge.

Schließlich hilft die amerikanische Regierung bei der Produktion von zwei MEKO-Fregatten. Die USA liefern Untersysteme wie Kommunikationsgeräte, Kanonen, Turbinen, Raketen und ein Sonar. Dies alles wird 130 Millionen Dollar kosten. Der amerikanische Gesamtbeitrag zu den letzten vier MEKO-Fregatten beträgt 334 Millionen Dollar.

## **Bundesrepublik Deutschland**

Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten der größte Waffenlieferant der Türkei. Laut SIPRI war Deutschland in der Periode von 1988 – 1992 für 30 Prozent der Rüstungslieferungen an die Türkei verantwortlich.

Nachdem es jahrelang unmittelbare Militärhilfe geleistet hatte, beendete Deutschland 1995 die NATO- und Rüstungs-sonderhilfe, da die Zeit für eine kommerziellere Beziehung reif sei. Die Beziehungen haben darunter nicht gelitten, zumal die Bundesrepublik offenbar die türkische Kurdenpolitik akzeptiert.

Bis 1995 bestand die deutsche Hilfe aus drei Programmen: dem LDDI-Programm, der Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe und der Rüstungs-sonderhilfe.

### **Deutsche NATO-Hilfe im Rahmen des LDDI-Programmes**

Die Mittel der NATO-Rüstungshilfe stammten direkt aus dem Etat des Außenministeriums. Sie bestand zu 80 % aus Neumaterial und zu 20 % aus gebrauchten Bundeswehrbeständen und wurde nicht auf der Grundlage einer Jahresberechnung, sondern tranchenmäßig erteilt. Eine Tranche hatte ursprünglich eine Laufzeit von 18 Monaten, ab 1989 von 36 Monaten.

Die jährliche Hilfe an die Türkei belief sich auf 86,66 Millionen DM – übrigen Beträge, die in keiner Außenhandelsstatistik auftauchen. 80 % der

NATO-Rüstungshilfen waren an Aufträge für deutsche Betriebe gebunden, wodurch der Rückfluß des staatlich eingesetzten Geldes in freilich private bundesdeutsche Taschen gewährleistet war. Diese Bindung an Aufträge war auch der Grund für die Verlängerung der Laufzeit der Tranchen, da die »Abwicklung eines geplanten Programms innerhalb einer Laufzeit von lediglich achtzehn Monaten kaum möglich war. (...) Besonders, da die (...) zuständige amtliche Instanz nach dem Abschluß des Regierungsvertrags Angebote der Industrie werben und beurteilen muß, bevor die Aufträge vergeben werden können« (»Wehrtechnik«, 1989).

Zunehmend wurden Lizenzen und Produktionsfachkenntnisse in die Türkei übertragen. Seit Mitte der achtziger Jahre haben sich deshalb viele Tochterunternehmen in der Türkei niedergelassen und sind dort dermaßen viele Joint-ventures zustande gekommen, daß in der Türkei problemlos Waffen in deutscher Lizenz gefertigt werden können.

Um einen Eindruck zu geben, was die Bundesrepublik im Rahmen der NATO-Hilfe an die Türkei lieferte, sei beispielhaft die siebzehnte Tranche (1989–1991) aufgeführt. In dieser Tranche (Gesamtwert: 260 Millionen DM) wurden der Türkei unter anderem folgende Güter geliefert:

- Kommunikationsapparatur in Höhe von 3 Millionen DM,
- MIRA-Nachtsichtgeräte in Höhe von 9 Millionen DM,
- Anlagen zum Anbringen von Maßverteilungen in Panzerrohren in Höhe von 1 Million DM,
- logistische Unterstützung des TRANSALL-Transportflugzeugs im Höhe von 60 Millionen DM,
- Anlagen für Schiffsbauprojekte in Höhe von 58 Millionen DM.

### **Rüstungs-sonderhilfe**

Seit 1980 erhält die Türkei von Deutschland Rüstungs-sonderhilfe. Es handelt sich dabei um Materiallieferungen und die Übertragung von technischem Wissen und Lizenzen, die nicht aus den Sonderetats NATO-Verteidigungs-hilfe und Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe beglichen werden können.

1980 startete das erste Sonderrüstungsprojekt, das sich auf 600 Millionen DM belief. Es ging dabei um

- den Umbau von 160 M48-Kampfpanzern, deren 90mm-Rohr durch ein 105mm-Rohr ersetzt wurde,
- die Sanierung von Kampfpanzern mit MTU-Dieselmotoren,



- die Lieferung von Antipanzerraketen des Typs MILAN,
- die Lieferung von 77 Leopard-1A3-Kampfpanzern,
- die Lieferung von vier Bergepanzern.

1988 wurde ein zweites Sonderrüstungsprojekt bewilligt. Diesmal wurden der Türkei aus Bundeswehrbeständen unter anderem 150 Leopard-1-Kampfpanzer geliefert. Der Fabrikant dieser Panzer, Krauss Maffei, wurde beauftragt, diese Fahrzeuge für die Türkei gebrauchsfertig zu machen. Ende 1991 standen die letzten vierzehn sanierten Panzer noch zur Lieferung aus. Das zwischenzeitlich vorübergehend verhängte deutsche Waffenembargo gegen die Türkei beendete das Geschäft vorzeitig. Die Bundesregierung beschloß, die restlichen Panzer im Wert von 25 Millionen Mark nicht zu liefern. Der Kommentator des Fachblatts ›Wehrtechnik‹, Erhard Heckmann, wettete gegen diese Entscheidung, da sie faktisch gegen die deutsche Rüstungsindustrie gerichtet sei. Offenbar hatte die Regierung ein Einsehen und lieferte nunmehr klammheimlich. Die Veröffentlichung dieses Vorganges kostete dem damaligen Verteidigungsminister Stoltenberg dann allerdings den Posten.

Im Jahre 1991 wurde das dritte Sonderrüstungsprojekt gebilligt. Laut Bundesregierung handelt es sich um ein Volumen von 700 Millionen Mark, den Worten eines Sprechers des Verteidigungsministeriums zufolge sogar um eine Milliarde Mark.

Die Türkei erhielt im Rahmen dieses dritten Projektes unter anderem ehemaliges NVA-Material, das offiziell als Zivilgut deklariert wurde. Im Rahmen dieses Projektes erhielt die Türkei gleichsam einen Rüstungsgutschein über 118,7 Millionen DM, der bis zum Dezember 1994 eingelöst werden sollte. Da die Türkei sich angesichts des vielfältigen Angebotes nicht rechtzeitig entscheiden konnte, wurde die Frist für 66,7 Millionen DM bis zum 15. Februar 1995 verlängert. Für den Restbetrag erhielt die Türkei unter anderem 39 M88-Bergepanzer, sieben Pontonbrückenpanzer, 600 Schlauchboote, fünfzehn Krankenwagen, ein Vorratsboot der Marine, ein Frischwasserboot und Ersatzteile. Nach Angaben des deutschen Verteidigungsministeriums sind bis Januar 1995 weiterhin folgende Waffensysteme geliefert worden:

- hundert Leopard I Panzer,
- 300 BTR60-Schützenpanzer,
- dreißig F-4E Flugzeuge,
- 131 gepanzerte Haubitzen,
- 187 M113-Schützenpanzer,

- 250.000 Kalaschnikows,
- 5.000 Maschinengewehre,
- 100.000 Panzerfäuste,
- 440 Millionen Stück Munition.

Mit den erhaltenen Waffen machte die Türkei offenbar ihrerseits Geschäfte. Jedenfalls meldete das »Hamburger Abendblatt« am 4. Februar 1992, daß die Türkei »in den letzten sechs Monaten insgesamt 200.000 Kalaschnikows sowjetischen Fabrikats und Uzi-Maschinengewehre israelischen Fabrikats sowie Raketen an Aserbaidshan geliefert hat. Diese Waffen stammten aus alten NVA-Beständen, welche die Bundeswehr 1991 der Türkei übertragen hatte.«

Am 23. September 1992 – das Waffenembargo vom März war zwei Monate später wieder aufgehoben worden – erteilte der Verteidigungsausschuß des Bundestages die Genehmigung für ein viertes Rüstungs Sonderprojekt.

Anläßlich einer Anfrage im Parlament veröffentlichte die Bundesregierung noch die folgende Materialliste über Lieferungen an die Türkei im Rahmen der Rüstungs Sonderhilfe:

- die maschinelle Ausrüstung für den Lizenzbau von Cobraraketen,
- ein Fertigungswerk für den Lizenzbau von G3- und MG3-Gewehren,
- ein Fertigungswerk für Panzerketten,
- eine Anlage zur Herstellung von M44- und M52-Haubitzen,
- zwei 209-U-Boote und eine Nachlieferung von nochmals fünf Booten,
- sieben Schnellboote des Jaguar-Typs,
- Fertigungslizenzen für Dieselmotoren für den M48-Kampfpanzer und M44/M52-Haubitzen,
- Leopard-1-Kampfpanzer,
- Bergepanzer,
- MILAN-Abschußanlagen und –Raketen,
- Handfeuerwaffen zur Flugabwehr,
- Flugzeug-, Panzer- und Artilleriemunition.

Darüber hinaus erhielt die Türkei im November 1994 unter anderem F-4E Düsenjäger aus deutschen Vorräten.

### **Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe**

Die Türkei ist eines der Länder, das auf bilateraler Basis Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe aus Deutschland erhält. Diese Form der Unterstützung hieß

treffender bis 1987 auch offiziell ›Rüstungshilfe‹, ehe man die jetzige vernebelnde Sprachregelung einführte.

Laut Robert Herzog, Beamter des Verteidigungsministeriums, handelte es sich bei dieser Hilfe um »die Lieferung von Material an Sicherheitskräfte und Polizei«, wobei der türkische Geheimdienst zu den ›Sicherheitskräften‹ zu zählen ist. Die Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe hatte genauso wie die NATO-Rüstungshilfe eine Laufzeit von drei Jahren und für diesen Zeitraum jeweils ein Volumen von 5 bis 8 Millionen DM. In der Periode 1991-1993 erhielt die Türkei unter anderem Fahrzeuge, Feldküchen und elektronische Ausrüstungsgegenstände sowie Ausbildungsleistungen im Wert von fünf Millionen DM. Laut Mitteilung des deutschen Verteidigungsministeriums vom 5. September 1994 befinden sich zur Ausbildung türkischen Personals 41 hohe Bundeswehroffiziere in der Türkei. 22 von ihnen sind für das unbemannte Aufklärungsflugzeug DROHNE CL 89 zuständig, das Deutschland 1994 der Türkei übergab. Fünf Offiziere arbeiten im Rahmen eines Austauschprogramms der Luftwaffe.

Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe wird ohne parlamentarische Kontrolle von der Regierung beschlossen. Die Bundesregierung rechtfertigte diese Hilfe übrigens mit dem Argument, daß sie den Empfängerländern zur Drogenbekämpfung dienen würde.

### Hilfe für die türkische Polizei

Kurz nach dem Staatsstreich im September 1980 gewährte Deutschland der Türkei eine Million DM zur Aufrüstung der Polizei. Diese Unterstützung wurde in den darauf folgenden Jahren fortgesetzt. Im Juni 1985 war die gesamte türkische Polizeiführungsspitze beim deutschen Innenminister zu Gast. Die Gespräche müssen sehr freundschaftlich verlaufen sein. Jedenfalls gelangte die türkische Polizei anschließend in den Besitz modernster Waffen und Geräte. So lieferte beispielsweise Siemens Computer für Polizeiwachen.

In Deutschland werden die türkischen ›Sicherheitskräfte‹ auch ausgebildet. Von 1974 bis 1984 erhielten zum Beispiel 42 türkische Polizeikommissare eine Ausbildung in Hilstrup. Die 1987 gegründete türkische Eliteeinheit zur Terrorbekämpfung erhielt ihre Ausbildung zum Teil im Hauptquartier der GSG-9 in St. Augustin, wo bis 1989 zwei Eliteeinheiten ausgebildet wurden. Über Schulungen nach diesem Datum ist nichts bekannt. Auch über den Zusammenhang zwischen der Ausbildung und der Anwendung des Erlernenen in der Türkei schweigt man sich offiziell aus.

Vom 10. bis zum 15. Oktober 1991 und vom 4. bis zum 22. März 1991 wurden türkische Schnellbootbesatzungen ausgebildet. Die Schnellboote waren zuvor im Rahmen eines Aufrüstungsprojekts von der Lürssen-Werft in Bremen geliefert worden, wo vermutlich auch die Ausbildung erfolgte. Auch die AEG machte sich um den Ausbildungsstand der türkischen »Sicherheitskräfte« verdient: Sie organisierte 1987 ein Computer- und Videoüberwachungseminar für die türkische Polizei.

Vom 3. bis zum 25. Juni 1991 erhielten vierzehn türkische Offiziere des Sicherheitsgeneralstabes ein Informationspraktikum für Polizeibeamte. Dieses Praktikum umfaßte Ermittlungs- und Überwachungsaufgaben.

Zwischen 1988 und 1990 wurden 3 Millionen DM für die Ausbildung türkischer Offiziere ausgegeben.

### **Geheimdienst**

Seit 1955 gibt es Kontakte zwischen dem Bundesnachrichtendienst und dem türkischen Geheimdienst MIT. Diese Beziehungen dauern bis zum heutigen Tage an. Im Juli 1992 besuchte Außenminister Klaus Kinkel die Türkei. Im Umfeld dieses Besuches fanden zwischen Vertretern des deutschen und türkischen Geheimdienstes Gespräche statt.

Die Zusammenarbeit, über die freilich nur wenig an die Öffentlichkeit dringt, ist offenbar eng. So leiten bundesdeutsche Sicherheitsdienste manchmal Informationen über Asylbewerber an den türkischen MIT weiter. Das ist gesetzlich zwar verboten, geschieht jedoch inoffiziell als »Freundschaftsdienst«.

Das Wochenmagazin »Focus« berichtete im März 1994, daß der türkische Geheimdienst MIT eine Moschee in Köln als Hauptquartier benutze. In Berlin ist in einer Filiale der Ziraat Bankasi ein MIT-Büro angesiedelt.

1990 wurden fünfzehn MIT-Mitarbeiter als unerwünschte Personen aus Deutschland ausgewiesen.

### **Zusammenarbeit mit Rüstungsfirmen**

Ein inniges Band zwischen Deutschland und der Türkei besteht nicht nur auf staatlicher Ebene.

Paradebeispiel für die gelungene Zusammenarbeit zwischen der Türkei und deutschen Rüstungsfirmen ist die Produktion von MEKO-Fregatten für die türkische Marine durch die Howald Deutsche Werft AG/Ingenieurskontor Lübeck (HDW/IKL), Thyssen Rhein Stahl Technik (TRT) und Blohm + Voss.

Am 29. Dezember 1982 unterzeichneten diese Betriebe einen Vertrag über den Bau von vier MEKO-200-Fregatten für die türkische Marine. Der Vertrag (Kodename ›Track 1‹) regelte, daß Blohm + Voss das erste Schiff bauen sollte, HDW das zweite und die türkische Werft Gölcük die übrigen beiden. Die letzte MEKO-Fregatte von ›Track 1‹ wurde 1989 in Dienst genommen.

Die Zusammenarbeit wurde am 19. Januar 1990 mit der Unterschrift unter einen weiteren Vertrag fortgesetzt. Dieses Mal handelte es sich um drei MEKO-Fregatten, von denen die erste bei Blohm + Voss und die beiden anderen bei Gölcük gebaut werden sollten.

Mittlerweile wird an ›Track IIB‹ gearbeitet. Der Vertrag wurde im Dezember 1992 unterschrieben, trat allerdings erst am 25. November 1994 in Kraft. Hauptvertragspartner ist der Konsortiumsführer Blohm + Voss. Der Gesamtwert beträgt 840 Millionen DM, wozu noch 130 Millionen Dollar als amerikanischer Beitrag zu diesem Projekt hinzu kommen. Laut ›Track IIB‹ werden noch zwei MEKO-Fregatten angefertigt, eine bei Blohm + Voss und eine bei Gölcük.

Die MEKO-Fregatten sind nicht das einzige Projekt, an denen die besagten Betriebe beteiligt sind: Am 17. November 1987 schloß HDW einen Vertrag über den Bau von zwei U-Booten des Typs 209/1400. Beide U-Boote wurden ebenfalls bei Gölcük in Lizenz gebaut. Laut Plan sollten die U-Boote 1993 und 1994 abgeliefert werden und sind inzwischen tatsächlich vom Stapel gelaufen. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 420 Millionen DM. Für zwei U-Boote derselben Klasse wurde 1993 ein weiterer Vertrag unterschrieben.

Abeking & Rasmussen hat einen Kooperationsvertrag mit der einzigen türkischen Privatwerft, die Marineschiffe baut, geschlossen. Abeking hofft mit dieser Zusammenarbeit zwei Aufträge zu ergattern: einen über Minenjäger und einen Auftrag über Patrouillenboote.

Die Friedrich Lürssen Werft und das türkische Verteidigungsministerium schlossen am 25. März 1991 einen Vertrag über den Bau von 10 Schnellbooten im türkischen Taskizak ab. Die Produktion erfolgt in Lizenz von Lürssen und umfaßt ein Volumen von 229,2 Millionen Mark.

Am 3. Juni 1994 erfolgte bei der Taskizak-Werft der Stapellauf des neunten Schnellboots. Es war das achte Boot, das in Lizenz der Firma Lürssen bei Taskizak gebaut worden war.

Im Mai 1994 wurde mit Lürssen ein Vertrag über den Bau von drei weiteren Schnellbooten geschlossen, von denen eines in Deutschland und zwei

bei der Taskizak-Werft gebaut werden sollen. Das Finanzministerium hat den Kredit in Höhe von 450 Millionen Mark genehmigt.

Die Zusammenarbeit geht weiter, als es auf den ersten Blick den Anschein hat: So sind z. B. die Schnellboote mit Dieselmotoren der MTU (Motoren- und Turbinenunion) und Kommunikationsapparaturen von Rohde & Schwarz ausgerüstet.

Das Gesamtvolumen der Zusammenarbeit allein im Schiffbaubereich beträgt für den Zeitraum von 1993 bis 1997 2,68 Milliarden DM.

MTU erhält im übrigen sehr viele Aufträge aus der Türkei. Fast alle Fahrzeuge der Bundeswehr laufen mit MTU-Dieselmotoren, so zum Beispiel die M48-Panzer, der Leopard 1 und Leopard 1A3, die alle in die Türkei geliefert wurden. Daher gründete MTU 1990 ein Tochterunternehmen in Istanbul für Service- und Wartungszwecke: die MTU-Motor-Turbin Sanayi ve Ticaret Ltd. Sirketi. Der nächste Schritt ist die Errichtung einer Fabrik in Arifiye, die unter Lizenz MTU-Dieselmotoren bauen wird. Ferner ist MTU zusammen mit Rheinmetall an der Umrüstung alter 155mm-Haubitzen beteiligt.

Diese Beispiele deutsch-türkischer Zusammenarbeit ließen sich noch lange fortsetzen. Wenigstens erwähnt sei noch die Siemens AG, die das größte Elektronikunternehmen in der Türkei besitzt und die Daimler Benz AG, die in der Türkei unter dem Namen Otomarsan produziert.

## Die Niederlande

Zwischen 1988 und 1992 verkauften niederländische Betriebe der Türkei für ca. 475 Millionen Gulden Waffen und militärische Einzelteile. Damit lagen die Niederlande mit 4% der türkischen Rüstungsimporte an dritter Stelle. Auch wenn sich dieser Anteil gegenüber den USA (64%) und Deutschland (24%) vergleichsweise gering ausmacht, ist der niederländische Waffenhandel mit der Türkei von Bedeutung: Geliefert werden zwar selten schwere Waffen, Panzer oder Munition, wohl aber hochwertige Rüstungselektronik.

Als die Türkei die Niederlande Anfang 1995 einige Monate auf die »rote Liste« setzte, drohten holländische Firmen Aufträge in Milliardenhöhe zu verlieren: Fokker verhandelte gerade mit dem türkischen Marineluftfahrtendienst über sechs oder acht Fokker 50 Enforcer-Flugzeuge; Schiffsbauer Damen wollte eine unbekannte Anzahl Patrouillenboote bauen; HSA sollte an der Modernisierung veralteter Minensuchboote mitwirken; Stork Wartsila wollte als Subunternehmer eines französischen Betriebes Dieselmotoren anfertigen; die

Schiffswerft De Schelde erwartete einen Superauftrag für sechs M-Fregatten; DSM bemühte sich um einen großen Auftrag für 350.000 Helme; der niederländische Staat wollte der Türkei überflüssig gewordene Hawk-Raketen liefern. Man atmete erleichtert auf, als das Land im Juni 1995 wieder auf die »gelbe Liste« kam.

### **Staatliche Rüstungshilfe**

Die Rüstungshilfe des niederländischen Staates bestand bis 1988 vor allem in der Lieferung überschüssigen Militärmaterials zu Dumpingpreisen, wie z.B. von alten Starfightern. Im Mai 1988 beschloß die Regierung jedoch, den wirtschaftlich schwächeren NATO-Ländern Griechenland, Türkei und Portugal im Rahmen des LDDI-Programmes strukturelle Hilfe zu gewähren.

Ab 1988 sollten die Niederlande den drei Ländern im Rahmen des LDDI-Programms zusätzlich zu den Dumping-Lieferungen jährlich Hilfe in Höhe von 40 Millionen Gulden gewähren. Diese setzte sich aus Exportunterstützung für niederländische Rüstungsbetriebe und der Unterstützung von Behörden und Betrieben der LDDI-Länder bei der Beteiligung an internationalen Projekten zusammen.

Von 1989-1993 lieferten die Niederlande u. a. sechzig veraltete NF-5-Jäger an die Türkei, die Fokker in Woensdrecht überholte und flugtauglich machte. Auch wurden für türkisches Bodenpersonal und türkische Piloten Übungen organisiert. Als der Irak im August 1990 in Kuwait einmarschierte, wurden 50.000 NBC-Spezialanzüge inklusive Gasmasken, gedacht zur Verwendung bei chemischer, biologischer und atomarer Kriegsführung, in die Türkei geliefert.

### **Hollandse Signaal Apparatenfabrieken (HSA)**

Der Elektronikbetrieb HSA ist der größte Rüstungsbetrieb der Niederlande. Seit 1956 gehörte er zum Philips-Konzern und wurde 1980 an den französischen Elektronikonzern Thomson-CSF verkauft. Innerhalb von Thomson übernahm HSA das Management für maritime Waffensysteme. Mit einem jährlichen Umsatz von 14 Milliarden Gulden und 105.000 Beschäftigten weltweit ist Thomson der zweitgrößte Hersteller von Rüstungselektronik.

Bei HSA werden keine Waffen im eigentlichen Sinne hergestellt, sondern vor allem Elektronik, mit der große Waffensysteme ausgerüstet werden. Produziert werden vor allem Waffenleitapparaturen und Marinekontrollsysteme,

z. B. Radarsysteme wie ›SMART‹ und ›STIR‹ sowie Funk-Kommandosysteme und Waffenleitsysteme wie ›Flycatcher‹ und ›Goalkeeper‹.

### **HSA und die Türkei**

Schon Ende der siebziger Jahre hat die HSA-Fabrik in Huizen dem türkischen Elektronikbetrieb Aselsan eine Lizenz über die Produktion von man-pack-Funkgeräten des Typs PRC/VRC-4600 verkauft. HSA half dem türkischen Unternehmen damals für 50 Millionen Gulden auch bei der Errichtung einer kompletten Fabrik, die diese Funkgeräte produziert. Seit 1980 produziert Aselsan die Funkgeräte unter Lizenz und exportiert sie sogar selbst, möglicherweise in den Iran. HSA erhält noch immer Lizenzgebühren für jedes verkaufte Exemplar.

HSA ist der wichtigste Untervertragspartner des MEKO-Fregattenprogramms der türkischen Marine. In vielen Fällen sind diese Schiffe mit Elektronik von Hollandse Signaal ausgerüstet, zum Beispiel mit Radar-, Waffenleit-, Kommando- und Kontrollsystemen. Von 1980 bis 1993 hat HSA in 29 gelieferte bzw. bestellte Schiffe (Schnellboote, Fregatten, U-Boote) Apparaturen eingebaut. Leider lassen sich keine genauen Angaben über den Wert der eingebauten Elektronik machen, es wird sich aber sicherlich um einige hundert Millionen Gulden handeln.

Anfang 1995 konnte sich HSA zwei Verträge über die Lieferung von Material für die Schnellboote und die Track IIB-Fregatten sichern. Drei Schnellboote werden mit Waffenleitsystemen, dem dreidimensionalen Überwachungsradar und zwei elektro-optischen Feuerleitsystemen ausgestattet. Die Beiträge zu den MEKO 200 Fregatten bestehen aus einem Feuerleitsystem, Kommunikationsgeräten, Leitwaffen- und zwei Radarsystemen.

Die maritime Elektronik ist nicht das einzige Eisen, das HSA im türkischen Feuer hat. Der Betrieb bewarb sich z. B. auch um einen 650 Millionen Gulden Auftrag für 97 Flycatcher, ein Waffenleitsystem für 35mm-Schnellfeuerkanonen, das zur Flugabwehr gegen niedrig fliegende Flugzeuge bestimmt ist. Andere Mitbewerber sind das britische Marconi/Racal mit dem Eagle und das schweizerische Oerlikon-Contraves mit dem Skyguard. Ursprünglich umfaßte dieser Auftrag sogar 150 Waffenleitsysteme, wurde aber im Zuge einer Veränderung der türkischen Flugverteidigungskonzeption und aufgrund von Problemen mit der Koproduktion der 35mm-Schnellfeuerkanonen reduziert.



## Eurometaal

Am 30. Juni 1992 erschien im ›Dagblad De Zaanstreek‹ ein kleiner Bericht darüber, daß der Munitionsbetrieb Eurometaal aus Zaandam einen Millionenvertrag mit der Türkei geschlossen hatte. Eurometaal, gemeinsames Eigentum des deutschen Munitionsbetriebs Dynamit Nobel, des schweizerischen Waffenfabrikanten Oerlikon und des niederländischen Staates, soll Artilleriegranaten des Typs M483A1 liefern.

Die M483A1-Artilleriegranate ist eine Trägergranate für 88 kleinere Granaten. Sie wird mit einer 155mm-Haubitze über eine Entfernung von maximal dreißig Kilometern abgefeuert und zerplatzt (meistens) über dem Ziel. Sie bestreicht ein Gebiet der Größe eines Fußballplatzes, und die Subgranaten vernichten sowohl Menschen als auch Panzerfahrzeuge. Es ist zu vermuten, daß die türkische Armee, die mit 155mm-Haubitzen ausgerüstet ist, diese Artilleriegranaten für den Einsatz gegen aufständische Kurden vorgesehen hat.

Durch die fortwährende Publizität in den Niederlanden und Deutschland, den Debatten in beiden Parlamenten und vor allem durch die Veröffentlichung von Dokumenten, die von der Aktivistengruppe ›Explosievenopruijmingsdienst‹ (Sprengstoffräumkommando) im Dezember 1992 bei Eurometaal entwendet worden waren, gibt es genauere Zahlen über dieses Geschäft: Von 1992 bis 2002 wird Eurometaal 206.000 M483-Granaten liefern. Die ersten 18.000 sollten bereits vor Weihnachten 1992 geliefert worden sein.

Dieser Auftrag ist Folge eines ›Memorandum of Understanding‹ zwischen den Niederlanden und der Türkei. Die niederländische Regierung beauftragte im Namen der Türkei Eurometaal mit der Produktion der Granaten und bestellte für den Eigenbedarf gleich zusätzlich 103.000 Stück. Dadurch beläuft sich der Auftrag für Eurometaal über 10 Jahre auf 309.000 Stück im Wert von ungefähr 500 Mio. Gulden.

Die Aussichten für Eurometaal waren also rosig. Ende 1992 versalzte die niederländische Regierung dem Betrieb jedoch die Suppe: Angesichts der veränderten Verhältnisse auf der politischen Weltbühne stornierte das Verteidigungsministerium den noch nicht gelieferten Rest von 48.000 Stück des niederländischen Anteils. Für Eurometaal bedeutete dies einen Umsatzverlust in Höhe von ca. 100 Millionen Gulden. Der türkische Auftrag über die Lieferung von 206.000 Granaten bleibt jedoch weiterhin bestehen.

Im Vertrag zwischen den Niederlanden und der Türkei ist gleichzeitig vereinbart worden, daß die Endmontage der Artilleriegranaten Ende des Jahres 1993 oder Anfang des Jahres 1994 in die Türkei verlegt werden sollte. Dort

wird der türkische Betrieb Makina Ve Kimya Endüstrisi Kurumu (MKEK) nahe der türkischen Hauptstadt Ankara die M483A1-Granate zusammensetzen, während Eurometaal in Zaandam weiterhin die Granatenhülsen liefert.

Bis die Montage in die Türkei verlegt wird, sollte sie bei der deutschen Eurometaalniederlassung in Liebenau erfolgen. Nach der Verlegung der Montage in die Türkei sollte die Niederlassung in Liebenau geschlossen und das Personal entlassen werden. Tatsächlich sind bisher die ersten 18.000 Granaten in Liebenau montiert worden.

Nachdem das Nachrichtenmagazin ›Monitor‹ im November 1992 von dem Geschäft berichtete, sahen sich die deutschen Behörden gezwungen, die Exportgenehmigung für die Granaten zu verweigern. Daraufhin entließ Eurometaal zum Januar 1993 80 der 130 Beschäftigten und forcierte die Verlegung der Montage in die Türkei. Es gibt aber offenbar erhebliche Probleme beim Aufbau des türkischen Montagewerkes.

### Lieferungen niederländischer Firmen zwischen 1980 und 1993

#### Bronswerk

Subkontraktor für die Klimaanlage eines Militärhauptquartiers in der Nähe Izmirs.

#### Eurometaal

206.000 M483-Artilleriegranaten (Auftragsvolumen: 340 Millionen Gulden). Montage erfolgt in der Türkei, Zünder werden vom britischen Betrieb Valentec geliefert.

#### DAF – Special Products

- Zwanzig AIFV-Schützenpanzern für die türkischen Landstreitkräfte als Teillieferung von insgesamt 1.698 Stück.
- 135 Panzertürme und andere Einzelteile im Wert von 125 Millionen Gulden zwischen 1989 und 1994. Die Panzertürme werden dem türkisch-amerikanischen Betrieb FNSS geliefert, einem Zusammenschluß der türkischen NSS und der amerikanischen FMC.

#### Nederlandse Kabelfabriek (NKF)

Die NKF beteiligt sich am SAVKOM-2000-Konsortium, das sich mit um einen Auftrag für das TAFICS-Projekt bewirbt. TAFICS bedeutet ›Turkish Armed

Forces Integrated Communication System und soll in Kriegszeiten als digitales Netz für die Streitkräfte, die Regierung und den Zivilschutz dienen. Das System, das mit 1,75 Milliarden Gulden veranschlagt ist, soll den Telefon-, Fax- und Datenverkehr übernehmen. In den sechs verschiedenen Konsortien sind jeweils türkische Gesellschaften vertreten, denen Technologie übertragen wird. So soll NKF dem türkischen Betrieb ›Türkkablo‹ Faserkabeltechnologie übertragen. Angesichts der hohen türkischen Beteiligung am Konsortium hat SAVKOM 2000 eine gute Chance, für die erste Phase des Projekts auserwählt zu werden, das den Erwartungen nach eine Laufzeit von zwanzig Jahren haben wird.

#### Philips USFA

- 1988 ein Vertrag mit Aselsan über die Lizenzproduktion von Nahzündern (fuzes) des Typs VT 7250. Dieser türkische Betrieb errichtete die Produktionsstraße, die 1989 in Betrieb genommen wurde. Aselsan lieferte dem türkischen Militär im Oktober 1990 die ersten 5.000 Stück. Die Zünder sind für Haubitzen gedacht. Bis Juni 1991 sind 40.000 Stück an die türkischen Streitkräfte geliefert worden. Der Vertrag mit dem türkischen Verteidigungsministerium sieht eine abermalige Lieferung von 150.000 Stück im Wert von 60 Millionen DM vor.
- 940 Aroflex (cryptotelex) zwischen 1983 und 1988 an die türkischen Ministerien Inneres und Verteidigung und an die MSB im Wert von 29 Millionen Gulden.
- Stinger-Einzelteile an den türkischen Betrieb ›Kalekalip‹ in den Jahren 1991-1997 im Wert von 30 Millionen Gulden.

#### Das niederländische Verteidigungsministerium

- 54 F-104-Starfighter zwischen 1980 und 1983 im Wert von 10 Millionen Gulden.
- 60 NF-Jäger zwischen 1989 und 1993. 15 dieser Jäger waren in solch einem schlechten Zustand, daß sie ausgeschlachtet wurden. Die brauchbaren Teile wurden als Ersatzteile für die übrigen NF-5-Maschinen benutzt. Fokker Air Services in Woensdrecht hat die Flugzeuge überholt und flugfertig gemacht.
- 50.000 NBC-Anzüge inklusive Gasmasken und Stiefeln im September 1990.
- Militärische ›Täuschungsmittel‹ an die türkischen Landstreitkräfte während des Golfkriegs gegen den Irak.

- Eine Schiffsladung ausgemusterten Pulvers im März 1988 im Wert von 7 Millionen Gulden.
- Lehrgang für Bodenpersonal für die F104 und NF-5-Jäger, und ein Pilotenlehrgang auf fast allen niederländischen Flugbasen. Ausbildungen von türkischen Radartechnikern beim Radarposten in Wier in Friesland. Übertragung von Know-how auf dem Gebiet elektronischer Kriegsführung.
- Möglicherweise Lieferung von 298 Leopard-1-Panzern im Rahmen des CFE-Vertrags.
- Niederländische Teilnahme am LDDI-Programm mit einem jährlichen Beitrag in Höhe von ca. 40 Millionen Gulden. Wahrscheinlich erhält die Türkei davon ein Drittel.

## Italien

Italien war im Zeitraum zwischen 1988 und 1992 mit einem Verkaufswert von 100 Millionen Dollar der viertgrößte Waffenlieferant der Türkei. Aufbauend auf den guten Handelsbeziehungen, die seit den sechziger Jahren Italien und die Türkei verbinden – zwischen 1963 und 1970 eroberte sich Italien durch Darlehensvergabe 10 Prozent des türkischen zivilen Importmarktes – nutzte die italienische Rüstungsindustrie 1971 das amerikanische Waffenembargo anlässlich der Zypernkrise: Geliefert wurden 18 gebrauchte Starfighter, denen im Herbst 1974 weitere 18 Maschinen folgten.

Seit jener Zeit hat Italien eine starke Position auf dem türkischen Waffenmarkt, die mit einem »Memorandum of Understanding« gefestigt wurde. In ihm wurde u. a. vereinbart, alle zwei Jahre über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet rüstungsindustrieller Projekte zu beraten.

## Rüstungsprojekte

Der italienische Flugzeugbauer »Agusta« erhielt 1990 einen 17 Millionen Dollar Auftrag über die Lieferung von 40 Übungsflugzeugen. Die Abwicklung erfolgte in Koproduktion: Die ersten Maschinen werden in Italien gefertigt, der Rest in der Türkei.

Außerdem erhielt »Agusta« im Januar 1994 einen Auftrag über 20 AB206-Übungsgeräte für Hubschrauber sowie für Nachtsichtgeräte. Gesamtwert: gut 19 Millionen Dollar.

»Intermarine« arbeitet im Rahmen eines internationalen Projekts zum Bau von sechs Minensuchbooten mit der türkischen Werft »Sadikogulari« zusammen.

»Marconi-Italien« schloß 1987 einen Vertrag in Höhe von 15 Milliarden Lire über die Lieferung digitaler Automatisierungssysteme, um das Kommunikationsnetz der türkischen Armee zu verbessern.

## **Frankreich**

Traditionell gehört Frankreich nicht zu den führenden Waffenlieferanten der Türkei. Im Zeitraum von 1988 bis 1992 betrug der Wert des französischen Waffenexports in die Türkei 23 Millionen Dollar, lediglich 0,3 % des französischen Waffenhandels. Allerdings versucht Frankreich seit den achtziger Jahren, sich besseren Zugang zum türkischen Markt zu verschaffen.

### **Wirtschaftszusammenarbeit**

Die allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen wurden seitdem deutlich intensiviert. Mit Erfolg: So stieg der Handel zwischen den beiden Ländern in den ersten sechs Monaten von 1990 relativ zum Vorjahr um 67 %. Im Februar 1991 unterzeichneten Frankreich und die Türkei einen Wirtschafts- und Handelsvertrag. Schon 1992 gehörte Frankreich zu den wichtigsten Investoren in der Türkei.

### **Rüstungszusammenarbeit**

1990 besuchte die Regierungsorganisation »SOFMA« die Türkei. »SOFMA« ist für die französische Rüstungsindustrie im Bereich Kundendienst und Marketing tätig. In diesem Fall ging es darum, die Interessen der Marine-Industrie zu vertreten. Im Dezember 1991 unterschrieben Frankreich und die Türkei ein »Memorandum of Understanding« im Bereich der Verteidigungszusammenarbeit und Ende 1992 wurde die Zusammenarbeit mit der Unterzeichnung der »Defence Industries Security« gefestigt. Dieser Vertrag regelt den Austausch »empfindlicher Technologien« und sorgt dafür, daß die Türkei Zugang zu einigen Geheimnissen der hochentwickelten französischen Rüstungsindustrie erhält.

Ab Januar 1995 wird Frankreich der Türkei jeden Monat zwei Cougar-Hubschrauber des Typs AS 532 UL liefern. Es handelt sich um insgesamt zwanzig Hubschrauber der Firma Eurocopter im Wert von 253 Millionen Dollar. Der Vertrag ist Bestandteil eines größeren Pakets. So erhält die türkische aeronautische Industrie einen Kompensationsauftrag in Höhe von 162 Millionen Dollar. »Socota«, eine Tochter von »Aerospatiale«, wird in der Türkei sechs TB-20 Übungsflugzeuge für die türkische Marine bauen.

»Aerospatiale« eröffnete Anfang 1990 ein Büro in Ankara. Der Betrieb hoffte, eine Reihe türkischer Aufträge für Zivilflugzeuge und einen Satelliten zu ergattern. Letzteres gelang und der französische Betrieb erhielt den größten Satellitenauftrag des Jahres 1990 in Höhe von 315 Millionen Dollar. Allerdings ging der Satellit Turksat I, als er im Januar 1994 in die Erdumlaufbahn gebracht werden sollte, zum Schaden der Versicherung verloren. Turksat II, der zweite zum Auftrag gehörende Satellit, wurde demgegenüber im Juli 1994 erfolgreich in die Erdumlaufbahn geschossen. Dieser Satellit ist zwar primär zur zivilen Kommunikation gedacht, aber zweifellos auch von militärischem Nutzen.

### **Thomson-CSF**

Anfang 1990 sicherte sich der Elektrokonzern »Thomson« einen Auftrag über die Lieferung eines großen dreidimensional übertragbaren Radarsystems und wurde damit einer der größten Lieferanten der Türkei. Französische Banken finanzierten das Projekt mit einem Darlehen an die Türkei in Höhe von 114 Millionen Dollar. Im Januar 1993 waren die Kosten allerdings schon auf 150,5 Millionen Dollar angestiegen.

»Thomson« unternimmt inzwischen vielfältige Versuche, um seine Position auf dem türkischen Markt auszubauen. Für das Radarprojekt suchte der Konzern die Zusammenarbeit mit zwei türkischen Betrieben. Ferner übernahm er die niederländische »HSA«, die belgische »MBLE« und die französische »TRT«, alles Rüstungslieferanten der Türkei.

### **GIAT**

Der französische Betrieb »GIAT« wird in Zusammenarbeit mit den türkischen Betrieben »Nurol Makina« und »MKEK« die Drehtürme für Schützenpanzer der türkischen Armee liefern. »GIAT« hat eine türkische Tochter gegründet – »Savunma Sanayii Hizmetleri AS« –, die sich um einen Vertrag über 515 Dragar-Panzerkuppeln bemüht.

### **Großbritannien**

»Wenn die Türken Waffen kaufen, dann dürfen sie selbst entscheiden, was sie damit machen«, antwortete 1987 der britische Verteidigungsminister, George Younger, auf die Frage, ob irgendwelche Beschränkungen hinsichtlich des Verkaufs von Waffen an die Türkei vorgesehen seien. Großbritannien

hat wenig Skrupel beim Waffenhandel – und schon gar nicht, wenn es sich um den NATO-Partner Türkei handelt. Kein Wunder also, daß die Türkei im April 1993 Großbritannien auf die »grüne Liste« setzte.

Im Zeitraum von 1986 bis 1990 stand die Türkei an zwölfter Stelle der Abnehmer wichtiger Waffensysteme der britischen Rüstungsindustrie. Die Briten unternahmen einige Anstrengungen, um mit der Türkei im Waffengeschäft zu bleiben. So reiste beispielsweise 1984 der Herzog von Kent zusammen mit einer Gruppe Industrieller in die Türkei, um den Verkauf eines Atomkraftwerkes und militärischer Einzelteile zu fördern. 1987 besuchte Margret Thatcher ihren Amtskollegen Turgut Özal in Ankara, um u. a. über die Ausweitung des Waffenhandels zu sprechen, und ihr Verteidigungsminister Younger besuchte im selben Monat die dortige internationale Rüstungsmesse »IDEA«. Als Gastgeschenk brachte er die Erhöhung der Darlehen an die Türkei für Rüstungskäufe in Großbritannien mit. 1988 eröffneten die Briten in der Türkei ein Büro der Serviceorganisation für Rüstungsexport (DESO). Die Türkei war damals das sechste Land, in dem ein solches Büro eingerichtet wurde; momentan gibt es zehn DESO-Büros. In jenem Jahr waren die britischen Betriebe mit 26 Vertretern mehr als irgendein anderes Land in der Türkei präsent – die USA hatten z. B. 24, die Bundesrepublik 14.

Die Aktivitäten hatten allerdings wenig Erfolg: Seit Ende der 80er Jahre ging der Anteil der Briten am türkischen Rüstungsimport deutlich zurück.

### **British Aerospace**

Besonders das Luftfahrtunternehmen »British Aerospace« (BAe) profitierte in der ersten Hälfte der achtziger Jahre vom Waffenhandel mit der Türkei: 1983 lieferte BAe 36 verbesserte mobile Flugabwehrraketen des Typs Rapier im Wert von 150 Millionen Pfund. Diese Waffen wurden Jane's Defence Weekly zufolge von der Türkei zum Schutz amerikanischer Luftwaffenstützpunkte verwendet. BAe lieferte im selben Jahr auch Antischiffsraketen des Typs Sea Skua für die Hubschrauber der MEKO-200-Fregatten. Die Türkei war damit der erste Importeur der wirkungsvollsten maritimen Waffe des Golfkriegs.

### **Marconi**

Augenblicklich hält der Elektronikbetrieb »Marconi« den Löwenanteil der britischen militärwirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei. 1989 schloß Marconi einen Vertrag über die Produktion von Funkgeräten zu militäri-

schen Kommunikationszwecken in Höhe von 96 Millionen Pfund ab. Für die Produktion gründete Marconi in der Türkei zusammen mit zwei türkischen Betrieben ›Marconi Kominikasyon‹ (MKAS). Die Marconi-Niederlassung in Italien, Marconi SpA, ist für die Durchführung verantwortlich. Das Projekt wird vom britischen Staat durch das Exportkredit-Garantiedepartment (ECGD) abgesichert, das für den Kredit in Höhe von 70 bis 80 Millionen Pfund bürgte.

›MKAS‹ hat mittlerweile auch ›Aselsan‹ eingeschaltet, einen der größten Elektronikhersteller der Türkei. Aselsan produziert die Abhörsicherung der Funkgeräte. ›MKAS‹ ist weiter auf der Suche nach Betrieben, die sich an dem Programm beteiligen möchten. Durch die Zusammenarbeit entsteht langsam aber sicher ein neuer Rüstungsproduzent, der nicht nur für die türkische Armee produzieren. Die Türkei erhoffte sich zunächst, die Systeme nach Kuwait, Saudi-Arabien, in den Irak und Iran verkaufen zu können. Der zweite Golfkrieg machte allerdings die Hoffnung auf Lieferungen an den Irak zunichte.

›Marconi Command and Control Systems‹, inzwischen in ›Marconi Radar and Control Systems‹ umbenannt, liefert dem türkischen Militär Nacht- und Tageslichtsichtgeräte. Der türkische Zweig von Marconi wird den malaysischen Truppen in Bosnien zwei abhörsichere Funkgeräte – Scimitar V und Scimitar H – liefern. Diese Lieferung resultiert aus einem Vertrag, den England und Malaysia am 2. Dezember 1994 schlossen. Ihm zufolge werden auch die Briten die malaysischen Truppen in Bosnien trainieren.

›Marconi Underwater Systems‹ unterschrieb einen Vertrag über den Verkauf von Torpedos des Typs Tigerfish für die deutschen 209/1400-U-Boote. Zu diesem Vertrag gehört auch die Ausbildung der Techniker der türkischen Marine durch Marconi und die britische Marine. Marconi Underwater Systems lieferte 1993 und 1994 34 MK24-Torpedos.

Die sechs Minensuchboote, die die türkische Marine anschaffen möchten, sollen ebenfalls mit Geräten von ›Marconi Underwater Systems‹ bestückt werden.

### **Ferranti**

Der britische Betrieb ›Ferranti‹ erhielt Ende 1992 den Zuschlag für den Bau des Steuerungssystems für die deutschen 209-U-Boote. Mit diesem Auftrag in Höhe von 750.000 Pfund überholte Ferranti die deutschen Elektronikunternehmen.



## Spanien

Spanien war einer der kleineren Waffenlieferanten der Türkei, wird jedoch immer wichtiger. Besonders im Flugzeugsektor spielt Spanien inzwischen eine erhebliche Rolle.

In den achtziger Jahren lieferte der spanische Staat der Türkei 37 gebrauchte Phantom-Jäger. Durch diese Transaktion entstanden nützliche Kontakte zu den zuständigen Leuten bei der Einkaufsabteilung der türkischen Luftwaffe. Namentlich der spanische Flugzeugfabrikant ›CASA‹ war Nutznießer und hat sich mittlerweile zu einem wichtigen Lieferanten gemausert. Am 15. Januar 1990 beschloß die Türkei den Kauf des leichten CN-235-Transportflugzeug von ›CASA‹. Es geht dabei um die Koproduktion von 52 Fliegern im Wert von 550 Millionen Dollar. Zwei Flugzeuge werden von ›CASA‹ in Spanien gebaut, der Rest von ›TAI‹ in der Türkei. Der Auftrag wurde möglich, nachdem die spanische Regierung zur Finanzierung Darlehen zu niedrigen Zinsen gewährte. 1995 sah sich das türkische Verteidigungsministerium jedoch gezwungen, Zahlungen für das Projekt auszusetzen. ›CASA‹ liefert außer den Flugzeugen auch einen Übungssimulator für die Piloten, die die CN-235 fliegen sollen.

Auch an dem bereits erwähnten größten Satellitenauftrag des Jahres 1990, den die französische ›Aerospatiale‹ erhielt, ist ›CASA‹ beteiligt. Sie liefert Einzelteile für das Projekt. Ferner mischt ›CASA‹ bei dem Bau eines europäischen militärischen Transportflugzeuges, an dem auch die Türkei beteiligt ist, mit.

## Schweiz

Der schweizer Waffenhandel mit der Türkei ist äußerst wechselhaft. Bis 1984 hatte die Schweiz fünfzig Jahre lang keine Rüstungsgüter an die Türkei geliefert. Am 5. März jenes Jahres genehmigte dann der schweizer Bundesrat den Export von 35mm-Geschützen. In der Folge wurde die Türkei 1985 und 1986 zum wichtigsten Abnehmer schweizer Waffen. Von 1984 bis 1991 wurden für 356 Millionen Schweizer Franken Waffen geliefert. 1990 ging es wieder abwärts: Die schweizer Regierung verbot im Zusammenhang mit den vielfachen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei die Lieferung von 70mm-Munition. Dieses Verbot erwies sich als der Vorbote eines allgemeinen Waffenembargos, das die Schweiz kurz nach Beginn des Golfkriegs am 18. Januar 1991 verhängte. Die Türkei reagierte darauf mit dem Abbruch aller Beziehungen im Rüstungsbereich und setzte die Schweiz 1993 auf die ›rote

Liste. Der schweizer Waffenfabrikant ›Oerlikon‹ hatte das Embargo vorausgesehen und bot der türkischen Regierung an, eine vorgesehene Lieferung von 25mm-Kanonen über seine italienische Niederlassung abzuwickeln. Die Türkei nahm das Angebot an und der Chef des Untersekretariats des türkischen Verteidigungsministeriums, Vahit Erdem, konnte freudig verkünden, daß »das schweizerische Embargo die Türkei nicht berühren wird, da es anderswo alternative Quellen für unsere Einkäufe gibt«.

Am 26. Juni 1991 hob der Bundesrat das Waffenembargo wieder auf. Im August 1991 verhinderte die Schweiz jedoch abermals den Export von Waffen in die Türkei. Diesmal, weil türkische Truppen auf irakischem Gebiet eine Offensive gegen die Kurden eröffnet hatten. Dieses Embargo wurde im März 1992 wieder aufgehoben. Die Schweiz beschloß, von Fall zu Fall zu entscheiden. Als erster erhielt der Betrieb ›Bührle‹ die Zustimmung, Marinegeschütze an die Türkei zu liefern.

Durch den Transfer technischen Wissens in die Türkei war der tatsächliche Wert des schweizer Waffenembargos nicht wirklich hoch. So produzierte der türkische Betrieb ›Çansas‹ Waffen in Lizenz von ›Oerlikon-Bührle‹, darunter 35mm-Geschütze. Das türkische ›Aselsan‹ kann aufgrund einer Lizenz der schweizer ›Contraves‹ Geschützelektronik fabrizieren. Außerdem kann sich die Türkei anderer Lieferanten bedienen. So wird das Waffenleitsystem von ›Oerlikon Contraves‹ auf den neuen Fregatten durch ein Produkt der ›HSA‹ ersetzt. Auch die Lieferung der 25mm-Kanonen von ›Contraves‹ ist gestoppt. Die Türkei hat sich auf ein Produkt von ›McDonnell Douglas‹ verlegt.

Darüber hinaus darf ›Oerlikon Contraves‹ wohl noch Waffenleitsysteme für die drei neuen Schnellboote, die die Türkei bauen läßt, liefern. Ferner haben schweizer Betriebe über ihre Auslandstöchter weiterhin ihre Hand im Spiel. So lieferte z. B. ab Januar 1991 ›Oerlikon-Italiana‹ der Türkei 75 Stück der besagten 25mm-Kanonen für Schützenpanzer, von denen im Januar 1993 noch sechzig Stück geliefert werden mußten.

## Österreich

Österreich verbot 1990 den Export einer Partie Munition in die Türkei. Es handelte sich dabei um Kleinkaliberkugeln und Granaten für ›weiche Ziele‹, Menschen also. Das österreichische Außenministerium erklärte, daß keine Exportgenehmigung erteilt werden könne, da der Gebrauch der Munition zu

Menschenrechtsverletzungen führen könnte. Der Auftrag wurde einen Monat später an den amerikanischen Betrieb ›Martin Marietta‹ vergeben. Österreich erhielt einen Platz auf der ›roten Liste‹, und die türkische Regierung stoppte die Produktion von 120mm-Mörsern und schenkte einem österreichischen Angebot über 155mm-Haubitzen und Munition keinerlei Aufmerksamkeit.

## Belgien

»Der NATO-Partner Türkei ist ein traditioneller Kunde Belgiens, obwohl die Ankäufe keinen großen Umfang haben«, so 1992 der belgische Außenminister, Willy Claes. Dennoch sorgte die Lieferung von 285 Türmen für Schützenpanzer, die ›FNSS‹ in der Türkei baut, 1992 für erheblichen Wirbel in der belgischen Politik. Die Panzertürme im Wert von 100 Millionen Dollar (laut türkischer Botschaft in Bonn) sollten teilweise über die Türkei auch nach Saudi-Arabien geliefert werden. Die flämischen Parteien wollten diese Ausfuhr verbieten, während sich die wallonischen Parteien für die Interessen der größtenteils in Wallonien angesiedelten Rüstungsindustrie einsetzten. Die Angelegenheit wurde geregelt, indem sich die Sozialistische und andere flämische Parteien mit der Ausfuhr abfanden.

In Belgien existiert ein Gesetz, das den Export von Waffen in Länder mit inneren Unruhen verbietet. Ein belgisches Waffenembargo ist jedoch laut Willy Claes nicht in Aussicht, weil »ein gemeinsamer EU-Beschluß darüber nicht möglich ist. Das ist für uns der einzige Grund (...). Wenn wir uns in Maastricht für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik entschieden haben, müssen wir konsequent sein und nicht auf Solotour gehen.«

Über weitere Lieferungen ist wenig bekannt: 1992 lieferten ›SABCA‹ und ›Sonaca‹ Flugzeugteile in Höhe von 35 Millionen Belgischer Franc an die Türkei. Dieser Auftrag war Folge einer Kompensationsregelung mit dem amerikanischen Betrieb ›General Dynamics‹. ›SABCA‹ und ›Sonaca‹ montieren nämlich für die belgische Luftwaffe die F-16-Maschinen von General Dynamics. Aufgrund dieser Kompensationsregelung dürfen sie nun F-16-Teile in die Türkei liefern.

1992 lieferte ›FNHH‹, die belgische Tochter der französischen ›GIAT‹, Munition im Wert von 12 Millionen Belgischen Franc. ›GIAT/FNHH‹ ist auch noch Anwärter auf die Lieferung von Pistolen und Vorführungsmaterial in Höhe von 1,6 Millionen Franc.

### **Die skandinavischen Länder**

Schweden, einer der größten Rüstungsproduzenten des Westens, exportiert nahezu keine Waffen in die Türkei. Zwar baten die Niederlande 1990 Schweden um die Genehmigung für den Weiterverkauf schwedischer Elektronik an die Türkei, aber es ist unklar, ob sie erteilt wurde.

• Finnland wird die türkische Feldpolizei mit Geländefahrzeugen ausstatten. Mit aus diesem Grunde hat Finnland einen Platz auf der »grünen Liste«.

Norwegen erhielt im Mai 1993 einen Platz auf der gelben Liste, weil es 48 Türme für Schützenpanzer mit Anti-Panzer-Bewaffnung an die türkische Armee liefern wird. Das türkische MKE zeichnete im Dezember 1992 einen Vertrag über die Produktion und Lieferung von 900 MG3-Maschinengewehren an Norwegen im Wert von 11 Millionen Dollar. In den nächsten vier Jahren werden laut Plan weitere 4.220 Maschinengewehre und Ersatzteile geliefert, die in Lizenz der Firma Rheinmetall produziert werden. Anlässlich der türkischen Invasion im Nordirak im März 1995 hat Norwegen seine militärischen Beziehungen mit der Türkei vorläufig eingestellt.

### **Der Handel mit nicht-westlichen Ländern**

Westliche Länder sind bei weitem die wichtigsten Waffenlieferanten der Türkei. In den letzten zwölf Jahren nannte das SIPRI-Jahrbuch zwar auch Ägypten und Indonesien im Register über Handel und Lizenzproduktion, aber diese Aufträge waren nicht gerade bedeutend.

1994 scheint jedoch ein Wendepunkt zu sein. Die Türkei konzentriert sich bei Waffen, die sie gegen die Kurden einsetzen kann, immer mehr auf Rußland. Außerdem baute sie eine Beziehung mit Israel auf, die schon fast einem Bündnis ähnelt.

Mit ihren Waffenverkäufen richtet sich die Türkei immer mehr auf Staaten im Nahen Osten und Ostasien aus.

### **Der Ferne Osten**

Der Türkei ist es gelungen, drei asiatische Länder für seine Rüstungsprodukte zu gewinnen: Malaysia, Thailand und Pakistan.

Malaysia möchte gerne eine eigene Rüstungsindustrie aufbauen und seinen regionalen Einfluß erhöhen. Das Land hat unter anderem 400 Raupen-

fahrzeuge für das Heer im Auge. Ferner hilft FNSS dem Betrieb Dominion beim Bau einer Fabrik für schwere Fahrzeuge, die für die malaysischen Streitkräfte und den Export gedacht sind. Obendrein verkauft die Türkei Funkgeräte für die malaysischen Schützenpanzer.

Thailand interessiert sich ebenfalls für die türkische Rüstungsindustrie. Das thailändische Heer testet den Scorpion, ein gepanzertes Aufklärungs- und Patrouillenfahrzeug von Otokar.

Die Türkei kaufte im August 1994 von Pakistan eine unbekannte Anzahl 500- und 2000-Pfund-Bomben, nachdem die USA diese aus Protest gegen die Menschenrechtssituation eine Weile nicht liefern wollte.

Im Rahmen einer zehntägigen Rundreise von Präsident Demirel durch asiatische Länder im Mai 1995 wurden in Indonesien Besprechungen über ein enge militärische Zusammenarbeit aufgenommen.

### **Der Handel mit der GUS und Osteuropa**

Die Abhängigkeit von der westlichen Rüstungsindustrie versucht die Türkei in letzter Zeit zu reduzieren, indem sie Waffen in der GUS, die an jeden liefert, kauft. Ende 1992 kaufte die Türkei als erstes NATO-Land in der GUS für 75 Millionen Dollar ein: MI-17-Hubschrauber, Schützenpanzer, Nachtsichtgeräte und Maschinengewehre für die türkischen Feldjäger. Diese Güter kosteten die Türkei eigenen Angaben zufolge 66% weniger als vergleichbares Material aus dem Westen. Die Waffen sollten eine Eilbestellung für den Krieg gegen die Kurden sein, wegen Zahlungsschwierigkeiten erfolgte jedoch keine Lieferung. Die Türkei hatte zwar vereinbart, daß der Betrag von den Schulden der GUS abgezogen werden würde, einige Republiken forderten aber Barzahlung.

Der Waffenbedarf zur Guerillabekämpfung ist so groß, daß die Türkei immer öfter die Verrechnung mit offenstehenden Schulden als Zahlungsmittel wählt. So lieferte Rußland 1993 beispielsweise Schützenpanzer zum Spottpreis von 150.000 Dollar pro Stück. Die Türkei finanzierte dieses Geschäft, indem sie Rußland 400 Millionen Dollar Schulden strich. Wegen der Finanzkrise schob die Türkei 1994 die Anschaffung von Patriotraketen aus den USA auf, während sie sich zugleich für die russische SS-21-Raketen interessierte.

Im Januar 1994 lieferte Rußland kleinere Waffen im Wert von 5 Millionen Dollar. Anfang 1994 schlossen die Türkei und Rußland einen Vertrag über militärische Zusammenarbeit, der sofort im türkischen Ankauf von 42 BTR-80-Schützenpanzern, Munition und Hubschraubern mündete.

Im Juli 1994 bestellte die Türkei Material im Wert von 200 Millionen Dollar, vor allem Schützenpanzer, Hubschrauber und Munition.

Anfang 1995 erteilte die Türkei einen Auftrag über 52 Stück BTR-80-Schützenpanzer und neunzehn Hubschrauber, Wert: 65 Millionen Dollar. Zuvor hatte die Türkei aus DDR-Beständen von Deutschland BTR-80-Schützenpanzer erhalten. Sie wurden erwartungsgemäß von den türkischen Feldjägern gegen die Kurden eingesetzt. Die Tageszeitung Özgür Gündem veröffentlichte am 17. Oktober 1992 Fotos, auf denen deutlich zu sehen war, daß einer dieser BTR-60-Schützenpanzer einen gefesselten kurdischen Gefangenen hinter sich herschleifte. Die Türkei hat inzwischen beschlossen, die deutschen Fahrzeuge wieder bei der Luftwaffe unterzubringen, wenn die Ersatzfahrzeuge aus der GUS geliefert worden sind. Die deutschen Waffen sind dann also für den »normalen« Gebrauch während mit den russischen die Schmutzarbeit geleistet werden kann.

Eine ähnliche Geschichte ereignete sich im März 1995. Aus Fernsehbildern war ersichtlich, daß die Türkei bei der Invasion im Nordirak BTR-60-Schützenpanzer benutzt hatte. Ein ehemaliger NVA-Offizier sagte, daß diese Waffen von Deutschland geliefert worden seien, aber die Türkei behauptete, daß die BTRs aus Rußland und Rumänien stammten. Die deutsche Regierung übernahm dieses Argument. Ein türkischer Oberst gab übrigens zu, daß amerikanische M48- und M60-Panzer eingesetzt worden waren.

Rußland ist nicht das einzige osteuropäische Land, das den türkischen Markt entdeckt hat. Im Sommer 1994 schlossen die Türkei und die Ukraine einen Vertrag über Zusammenarbeit im Bereich militärischer Übungen und der Rüstungsproduktion.

Rumänien und die Türkei beschlossen im September 1994, gemeinsam Schützenpanzer herzustellen. Dabei handelt es sich um den RD94, eine bessere Ausführung des BTR-80.

Die Türkei wird möglicherweise mit Tschechien in der Produktion von Ersatzteilen für die in der Türkei gebaute F-16 zusammenarbeiten.

1994 schloß die Türkei einen Vertrag mit Albanien, in dem sie zusagte, die albanische Armee im Bereich von Kommunikation, Nahrung, Medizin und der Rüstungsindustrie zu unterstützen.

### **Der Handel mit Israel**

Israel verhält sich in bezug auf die Kurden zwiespältig. Es unterstützt die Kurden im Irak, Iran und Syrien, weil sie die Israel feindlich gesinnten Regi-

me unterminieren. Gleichzeitig möchte es den kurdischen Nationalismus in der Türkei nicht stimulieren.

Die türkisch-israelischen Beziehungen wurden nach dem Golfkrieg und aufgrund des Friedensprozesses im Nahen Osten schnell enger. Die türkische Premierministerin Çiller besuchte im November 1993 Israel. Dieser Besuch mündete in einem Konzeptvertrag über gemeinsame Terrorismus- und Drogenbekämpfung. Beide Länder tauschten übrigens schon vorher inoffiziell Informationen über Terroraktivitäten aus. Die Türkei hat sich auf dieses Weise das israelische Know-how zur Bekämpfung der PKK aneignen dürfen.

Einen Monat nach dem israelisch-palästinensischen Friedensvertrag traf eine türkische Abordnung in Israel ein. Aus dem Besuch resultierte ein Vertrag, in dem die Zusammenarbeit auf dem Verteidigungsgebiet geregelt wurde. So wurde vereinbart, daß der israelische Betrieb Israeli Aircraft Industries (IAI) die Modernisierung der amerikanischen KC-135R Betankungsflugzeuge erledigen würde. Der Auftrag platzte jedoch, weil die USA kein grünes Licht für diese Modernisierung gaben.

Tamam Precision Instruments, ein Teil von IAI, zeichnete 1994 einen Vertrag über die Herstellung von acht Nachtzielsystemen für die AH-1P Copra-Hubschrauber im Wert von 11,6 Millionen Dollar.

Der israelische Betrieb Rafael arbeitet gemeinsam mit MIKES an Geräten zur elektronischen Kriegsführung, das Self-Protection Electronic Warfare System. Seit Februar 1994 wird es geliefert.

Reshef Systems Ltd schloß einen Vertrag über die Lieferung von hundert Überwachungssystemen für Flugzeugtriebwerke an die türkische Luftwaffe.

Den größten Auftrag stellt jedoch die Modernisierung von 54 F-4E-Fliegern laut dem IAI-Standard des Phantom 2000 dar. IAI hat auf diesem Gebiet viel Erfahrungen sammeln können, weil es in der Vergangenheit die israelische F-4 modernisierte.

### **Der Handel mit dem Nahen Osten**

Kuwait verhandelt mit FNSS über die Modernisierung von 44 seiner M113-Schützenpanzer. Das kuwaitische Verteidigungsministerium möchte ferner sieben Hammerhead TOW-Fahrzeuge zu Kommandopostenwagen mit Kommunikationsgeräten umrüsten lassen. Außerdem hat FNSS für Kuwait ein gepanzertes Mörserfahrzeug entwickelt. Kuwait möchte davon 110 Stück erhalten.

Die Türkei und Ägypten vereinbarten 1991 die Lieferung von 46 in der Türkei gebauten F16-Flugzeugen. Die beiden ersten sind 1994 geliefert worden. Algerien hat 1994 für 200 Millionen Dollar einige hundert Scorpion Aufklärungsschützenpanzer von Otokar gekauft.



## Den Krieg in Türkisch-Kurdistan beenden!

»Wenn wir keine Lösung finden (für das kurdische Problem), werden wir die Chance verlieren, ein großer oder sogar mittelgroßer Staat zu werden.« So schrieb Präsident Özal 1993 dem Premierminister Demirel. Damit umriß er das wichtigste Dilemma, mit dem der türkische Staat augenblicklich kämpft: Mit der Ausweitung des Krieges in Türkisch-Kurdistan werden die Pläne, die Türkei zur regionalen Großmacht zu machen, immer unrealistischer.

Turgut Özal gab der Türkei nach dem Militärputsch von 1980 enorme Impulse. Konkurrenz, Export, Innovation und Expansion wurden die Schlüsselbegriffe für die Überwindung des bis dahin herrschenden Staatskapitalismus. Özal hatte große Pläne: Das Großanatolienprojekt, die Kapitalisierung der Landwirtschaft und die Modernisierung der veralteten Industrie. Der Aufbau einer eigenständigen Rüstungsindustrie gehörte ebenfalls zu den Plänen des ehemaligen Präsidenten. Er öffnete diesen Wirtschaftszweig für ausländische Betriebe und die türkische Rüstungsindustrie erlebte daraufhin einen großen Aufschwung.

Es ist der Türkei innerhalb von zehn Jahren gelungen, sowohl ihre Armee als auch ihre Rüstungsindustrie auf einen hohen Standard zu bringen. In diesen Jahren erhielt sie großzügige Hilfe von der NATO und von einzelnen NATO-Mitgliedern. In erster Linie erfolgte dies im Rahmen der LDDI-Regelung, mit der arme NATO-Länder gefördert werden sollen. 1990 wurde es auch möglich, Waffensysteme, die im Rahmen des CFE-Abrüstungsvertrags ausrangiert werden mußten, im Südosten der Türkei, der außerhalb des Vertragsgebietes der NATO liegt, zu stationieren. Weitere hunderte Panzer, Schützenpanzer und Flugzeuge kamen so in den Besitz der Türkei. Nach dem Golfkrieg von 1991 wurde die Unterstützung noch intensiviert. Die Türkei genehmigte amerikanische Bombenangriffe auf den Irak von ihrem Territorium aus und erhielt im Gegenzug von den USA, Kuwait und anderen arabischen Erdölstaaten Milliarden Dollars, unter anderem für die Produktion von F16-Flugzeugen.

Seit der Öffnung der Rüstungsindustrie für ausländische Betriebe sind mittlerweile 10 Jahre vergangen. Der Westen hat seine Haltung geändert. Die Zeit der Unterstützung im großen Maßstab ist vorbei. Kostenlose Lieferun-

gen werden langsam aber sicher abgebaut und an ihre Stelle treten kommerzielle Lieferungen. Spenden werden Darlehen. In politischer Hinsicht wird die Türkei allerdings nach wie vor gänzlich unterstützt, vor allem wegen ihrer strategischen Bedeutung.

## **Wirtschaftskrise**

Dem enormen Aufschwung in der Türkei folgt nun eine Krise, deren Ursache nicht zuletzt im Krieg in Türkisch-Kurdistan zu suchen ist, der seit 1993 besonders vehement geführt wird. Auch die türkischen Rüstungseinkäufe und der Aufbau einer Rüstungsindustrie hat unter dieser Krise zu leiden. 1994 war das Verteidigungsministerium sogar nicht mehr in der Lage, seine Lieferanten zu bezahlen. Projekte für den Aufbau der Rüstungsindustrie mußten ausgesetzt oder gestoppt werden.

Das türkische Parlament versuchte im Februar 1995, der Krise durch ein Gesetz entgegenzuwirken, das 2.700 Betriebe im Zivilektor dazu bringen soll, Aufträge für die Rüstungsindustrie zu erledigen. Dahinter steckt der Gedanke, daß damit die Beschäftigung bei einer großen Reihe ziviler Betriebe gewährleistet werden soll, während zugleich der Aufbau der Rüstungsindustrie fortgesetzt werden kann. Die türkische Regierung fährt damit einen Kurs in Richtung Militarisierung der Wirtschaft.

## **Politische Krise**

Neben der Wirtschaftskrise hat die Türkei auch mit einer politischen Krise zu kämpfen. Als Präsident Özal im April 1993 starb, verschwand der einzige Politiker, der in der Lage war, die Macht der türkischen Militärführung einzudämmen. Ein damals geltender Waffenstillstand der PKK hielt danach nur noch einen Monat. Ab Juni jenes Jahres beschloß der türkische Sicherheitsrat ganz und gar auf die militärische Karte zu setzen.

Dieser Krieg schadet nicht nur der türkischen Wirtschaft, sondern auch der Politik. Die brutale Gewalt, mit der das Militär gegen die Kurden vorgeht, und die Zerstörung kurdischer Dörfer führen regelmäßig zu Empörung bei den türkischen Partnern. Die Invasionen zur Auflösung von PKK-Lagern im Nachbarland Irak verschlechterte diese Beziehungen noch. Die Inhaftie-

rung von Parlamentsabgeordneten, die eine politische Lösung des kurdischen Problems befürworten, ruft Unverständnis und Ärger hervor.

Trotzdem darf sich die Türkei aufgrund ihrer strategischen Lage immer noch der Unterstützung des Westens erfreuen.

## Westliche Hilfe

Beim Aufbau ihrer Rüstungsindustrie hat der Westen die Türkei voll und ganz unterstützt. In anderen Fragen ist die Distanz erheblich größer. So wurde vor allem dem Wunsch der Türkei nach Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union bislang nicht entsprochen. In der Türkei werden daher – und wegen der andauernden westlichen Proteste gegen die Menschenrechtsverletzungen – die Stimmen lauter, die fordern, sich von Europa abzuwenden. Ob sich die Türkei das auch wirklich erlauben kann, ist fraglich. Das Land ist immer noch in erheblichem Maße vom technischen Fachwissen der NATO-Staaten abhängig. Der Kauf von Waffen allein genügt nicht. So mangelt es der nationalen Rüstungsindustrie an der Fähigkeit, Waffen instandhalten und reparieren zu können.

Dennoch stellt die Türkei in den letzten Jahren ihre Unabhängigkeit vom Westen zur Schau. Sie kauft Waffen von ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten und Pakistan und baut im rasanten Tempo eine Beziehung mit Israel auf, die schon beinahe einem Bündnis ähnelt.

Natürlich arbeitet das türkische Militär nach wie vor mit den NATO-Partnern zusammen. Bemerkenswert ist, daß es sich dabei immer häufiger um Waffensysteme handelt, die für weit entfernte Kriegsschauplätze erforderlich sind, wie der F4-E-Düsenjäger und das KC135R-Betankungsflugzeug. Ferner fällt auf, daß mit diesen Projekten der sofortige Aufbau einer schlagkräftigen und auf Expansion ausgerichteten Luftwaffe verfolgt wird, auf Kosten des Aufbaus der eigenen Rüstungsindustrie. Die türkische Rüstungsindustrie wurde bei der Modernisierung der F-4E sogar übergangen, weil Israel schneller liefern konnte.

Heißt dies, daß die Türkei keine eigene Rüstungsindustrie aufbauen kann, oder, daß sie ihre Selbständigkeit auf ihre militärische regionale Machtstellung gründen möchte? Jedenfalls ist die Türkei mittlerweile außerordentlich gut bewaffnet, was manchen zu militärischen Abenteuern verleiten könnte.

## **Perspektivlose Politik der Gewalt und Unterdrückung**

Die wirtschaftlichen und politischen Probleme sind mittlerweile so groß, daß die von Kemal Atatürk gegründete Republik in ihrer derzeitigen Form bedroht ist. Die türkische Führung versucht, mit Hilfe von Unterdrückung, Folter und Krieg die kemalistischen Ausgangspunkte – nationale Selbstbestimmung, Trennung zwischen Kirche und Staat und nationale Einheit bei völliger Ignoranz kultureller Minderheiten – zu schützen. Langfristig gesehen bietet dies allerdings keine Lösung, im Gegenteil: Die Situation kann sich dadurch nur noch verschlechtern.

Vorläufig setzt die Regierung allerdings auf Gewalt. Jeder, der die militaristische Politik des türkischen Staates mit einem Fragezeichen versieht, wird vor den Kadi geschleppt. Abgeordnete der Demokratischen Partei (DEP) werden als Terroristen gebrandmarkt und inhaftiert. Sogar vor dem berühmtesten türkischen Autor, Yasar Kemal, der im Januar 1995 im Nachrichtenmagazin ›Der Spiegel‹ die Kurdenverfolgung »eine der größten Tragödien aus der modernen Geschichte« nannte, machten die türkischen Behörden nicht halt. Hunderte Intellektuelle, Wissenschaftler, Journalisten und Parlamentsmitglieder sitzen inzwischen in den türkischen Gefängnissen, weil sie eine politische Lösung befürworteten. Hunderte sind aus demselben Grund ermordet worden.

Das dringlichste Problem – der Krieg in Kurdistan – muß auf dem Verhandlungsweg gelöst werden. Die türkischen Machthaber sind dazu bisher nicht bereit. Die NATO-Länder hätten die Möglichkeit, durch einen Rüstungsboykott Druck auf die Türkei auszuüben. Dieser Boykott könnte für ein halbes Jahr verhängt werden, in dem die Türkei Verhandlungen mit den Kurden beginnen soll. Wenn dies nach einem halben Jahr noch nicht geschehen ist, kann ein Rüstungsembargo auf unbestimmte Dauer verhängt werden.

Hat solch ein Boykott Sinn? Dieses Buch macht ersichtlich, daß es genug Länder gibt, die ein Embargo umgehen würden. Trotzdem würde der Entzug von Kenntnissen und Material aus dem Westen die Türkei in Schwierigkeiten bringen. Dies zeigte sich bereits im März 1995, als diverse Länder aus Protest gegen die türkische Invasion im Nordirak ein Rüstungsembargo verhängten. Ein Beispiel kann dies am besten illustrieren:

Die Konterguerilla hatte einen Auftrag für die Reparatur von vier Hubschraubern an den niederländischen Betrieb Kolhas vergeben. Dieser hatte

seinerseits die südafrikanische Atlas Aviation für diese Arbeit angeheuert. Südafrikanische Ingenieure gingen in die Türkei, wo sie in der Fabrik von TAI die Hubschrauber auseinandernahmen. Genau in jener Zeit verhängten unter anderem die Niederlande und Südafrika ein Rüstungsembargo. Die Südafrikaner verließen Hals über Kopf die Türkei und ließen dort vier vollkommen unbrauchbare Hubschrauber zurück.

Dieses Beispiel zeigt, daß die Türkei kurzfristig gesehen verwundbar ist. Längerfristig wird die Türkei versuchen, anderweitig Waffen zu kaufen. Dennoch bleibt für sie das Problem, daß ihre Armee auf die NATO ausgerichtet ist. Dies gilt nicht nur für den größten Teil der Waffen, sondern auch für die Ausbildung, Doktrinen und Taktiken.

Die Türkei verfügt über viele moderne Waffensysteme, die aber bei unsachgemäßem Gebrauch nicht viel wert sind, und an Expertise fehlt es. So wiesen amerikanische Offiziere des ›Office of Defence Cooperation‹ bereits darauf hin, daß die türkischen Streitkräfte für die Benutzung von modernen Waffensystemen nicht versiert genug seien. Und für die Ausbildung an und die Wartung von diesen Systemen ist die Türkei vom Westen abhängig.

Ein Rüstungsboykott seitens der NATO würde die Türkei also tatsächlich unter Druck setzen. Sowohl kurz- als auch langfristig. Das trüge dazu bei, die türkischen Machthaber zu bewegen, eine politische und friedliche Lösung für die Probleme zu suchen, die Menschenrechte zu respektieren und den Krieg in Türkisch-Kurdistan zu beenden. Woran es derzeit mangelt, ist der Wille der NATO-Staaten, eine entsprechende Politik zu verfolgen.

# Vergleichen Verträge

Sommer 1994 - Sommer 1995

1. ...
2. ...
3. ...
4. ...
5. ...
6. ...
7. ...
8. ...
9. ...
10. ...
11. ...
12. ...
13. ...
14. ...
15. ...
16. ...
17. ...
18. ...
19. ...
20. ...

## Anhang

## Vergebene Verträge

### Sommer 1994 - Sommer 1995

1. Sechzig Panzertransporter von Mercedes Benz Türk AS für die Landstreitkräfte.
2. Zwei Containerlader von Kazanci Teknik Cihazlar AS für die Landstreitkräfte.
3. 3636 Bid 1650/1V1-Kodierapparate und Ersatzteile vom britischen GEC-Marconi Secure Systems für die Landstreitkräfte.
4. Ein Computersystem und periphere Geräte, 25 Personal Computer und Peripherie, fünf Softwarepakete und ein Computernetz von der amerikanischen Precision Design Inc. für das Verteidigungsministerium in Ankara.
5. Eine Sauerstoffkammer vom italienischen Galeazzi für ein Militärkrankenhaus.
6. 14.035 Kartons L-70 Manövermunition vom finnischen SAKO für das Luftwaffenkommando.
7. Vier Stück Flugzeugkommunikations- und Navigationsgeräte von der britischen Avionics Mobile Services Ltd. für den militärischen kartographischen Dienst.
8. 187 Ersatzteile für das B-200 Flugzeug von der deutschen Marintel und der amerikanischen Alpha Enterprises für den militärischen kartographischen Dienst.
9. Ersatzteile für vierzehn Photogrammetrie-Instrumente von Zeiss (Deutschland) für den militärischen kartographischen Dienst.
10. Eine Luftfotokamera von Zeiss für den militärischen kartographischen Dienst.
11. Nachtzielsysteme für acht AH-IP-Cobrahubschrauber von der israelischen TAMAM Precision Instrument Industries für das türkische Heer.
12. Achtzig Stück MK-36 DECOY-Munition zur Irreführung feindlicher Raketen.
13. Sechzig Stück MK-36 CHAFF-S-Munition zur Irreführung feindlicher Waffenleit- und Radarsysteme für die Marine von Chemring Ltd. aus Großbritannien.

14. Zwanzig Tigerfish-Torpedos und Ersatzteile von Gec-Marconi Naval Systems Ltd. (Großbritannien) für die Marine.

Quelle: türkisches Verteidigungsministerium



## Wichtigste Rüstungsindustrien in der Türkei

### Aselsan

Aktionär	Türkischer Luftwaffenfonds (70%)
Produkte	militärische Elektronik
Projekte	VRC-4600-Funkgeräte, Stinger-Projekt, Einzelteile F-16, VT7250-Granatzünder, Wärmepeiler für AIFV-Panzerfahrzeuge
Lizenzerteiler	Philips (Niederlande), Litton (USA), Philips USFA (Niederlande), Texas Instruments (USA)
Exportländer	Pakistan

### Arifiye Panzer-Überholungswerkstatt

Projekte	optische Instrumente, M48-Kampfpanzer
Lizenzerteiler	Zeiss (BRD), Rheinmetall (BRD), MTU (BRD) und GLS (BRD)

### Baris

Aktionär	EMEK-Holding
Projekte	Montage M72-Abschußrohre, Rohrteile M48- Panzer, Stinger-Abschußrohre
Exportländer	Beteiligte Stinger-Projekt

### ENKA-Holding

Projekte	Montage Black Hawk-Hubschrauber
Lizenzerteiler	United Technologies (USA)

### **Eskizihir**

Aktionäre	Teile der Luftwaffe
Projekte	Motoren für F104-Starfighter, F4-Phantom, F5-Northrop und C160-Transportflugzeuge
Lizenzerteiler	Rolls Royce (GB), Tyne

### **FNSS**

Aktionäre	FMC (USA, 51%), NUROL (49%)
Projekte	1698 AIFV-Schützenpanzer
Lizenzerteiler	FMC (USA), Detroit Diesel (USA), GIAT (Frankreich)

### **Gölcük-Schiffswerft**

Aktionäre	Teile der Marine
Projekte	209-U-Boote, MEKO-Fregatten
Lizenzerteiler	HDW/IKL (BRD), Blohm + Voss (BRD)

### **Havelsan Aydin**

Aktionäre	Türkischer Luftwaffenfonds (51%), Aydin (USA, 38%)
Projekte	Elektronik für die F-16
Lizenzerteiler	Aydin (USA)

### **HEMA-Holding**

Produkte	Radar, Getriebe und Pumpen
Lizenzerteiler	Aydin (USA), Eaton (USA), Dowty Plessey (GB), Peine Salzgitter (BRD)
Exportländer	USA (Software)

### **Hisar Celik Dokum AS**

Aktionäre	Hisar-Holding
Projekte	Stahlkonstruktionen, Teile für M48-Panzer
Lizenzerteiler	ESCO Corp (USA), Davy Roll Co. Ltd. (USA)

### **Ibrahim Ors**

Produkte	Sattelschlepper, Minenleger, mobile Küchen, Wassertanks
----------	---

### **Kayseri Werkstatt**

Aktionäre	Teile der türkischen Luftwaffe
Projekte	Überholung M113-Fahrzeuge, Teile F-16, Modernisieren F104-Starfighter, Wartung SF260-Schulungsflugzeuge, Wartung C160-Transportflugzeug, Fallschirme
Lizenzerteiler	Sergant Fletcher (USA), Agusta (Italien), MBB (BRD)

### **MAN AS**

Aktionäre	MAN (BRD, 33%), Ercan (34%), Tercan (18%)
Projekte	Lastwagen und Busse
Lizenzerteiler	MAN, Kraus Maffei, Kuka (alle BRD)

### **METIS Construction & Trade**

Projekte	Konstruktionsarbeiten, Flugplätze, Landungsbahnen, Bunkerbau
Niederlassungen	BRD, GB und Libyen
Geschäftsbeziehungen	Bronswerk (Niederlande)

## MIKES

Aktionäre	Kavala, Loral (USA)
Projekte	Elektronik F16, passive Radarempfänger, aktive Störsender
Lizenzerteiler	Loral (USA), Martin Marietta (USA)
Exportländer	USA

## MKEK (Makina Ve Kimya Endustris Kurumu)

Aktionäre	Türkisches Staatseigentum
Projekte	Flugabwehrgeschütze, SR6-Gasmasken, Filter für Gasmasken, HAR- Antipanzerwaffen, Stinger-Teile, Mehrfachraketenabschußsystem, MP5- Maschinengewehre, 105mm-Munition, 105mm-Läufe, MG3-Gewehre und Munition, M483-Granaten mit Submunition, M811 25mm- Kanonentyp, 25mm-Munition, Türme für Schützenpanzer
Lizenzerteiler	Oerlikon (Schweiz), British Leyland (GB), Florin (Schweden), Heckler & Koch (BRD), General Defence Corporation (USA), Rheinmetall (BRD), Eurometaal (Niederlande), GIAT (Frankreich)
Exportländer	Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate

## MKAS (Marconi Kominikasyon)

Aktionäre	Marconi (GB), Havelsan
Produkte	Kommunikationsapparatur, HF/SBB-Funkgerät
Lizenzerteiler	Aeromaritime-Marconi (Italien), Rohde & Schwarz (BRD), Marconi (GB)

### MTU Motor Turbin

Produkte	Lieferung und Wartung von M48- und Leopardpanzern, Schiffsmotoren MEKO-Fregatten
Lizenzerteiler	MTU (BRD)

### Otokar Karoseri Sanayi AS

Aktionäre	KOC-Gruppe
Produkte	Busse und Geländewagen, Aufbauten Magirus, Aufbauten diverser Raketenwerfersysteme
Lizenzerteiler	Rover (GB), Deutz (BRD), BAe (GB), Ford Aerospace (USA) und Short Brothers (Kanada)

### Mbenz Turk AS

Aktionäre	Daimler Benz (BRD, 36%), Türkischer Luftwaffenfonds 5%, NAI (11%), Mengtic (11%)
Produkte	Omnibusse, Geländewagen, Transportfahrzeuge, Unimog, Ersatzteile
Lizenzerteiler	Daimler Benz (BRD)
Exportländer	Sudan (Unimog)

### Parsan Makina

Aktionäre	Guris-Holding
Produkte	Metallbearbeitung Achswellen von M113-Fahrzeugen und M48-Panzer

### Rocketsan AS

Aktionäre	Kutlutas (20%), STFA (20%), MKEK (15%), Aselsan (15%), Kalekalip (15%)
-----------	--

Produkte	Produktion und Forschung Raketenteile
Projekte	ATACMS, MRLS-Mehrfachraketenwerfer, Stinger-Antrieb
Lizenzerteiler	ARC (USA), Dornier (BRD)
Exportländer	Beteiligte Stingerprojekt

### **STFA/Savronic AS**

Produkte	Elektronik, Radarbestandteile
Projekte	Stingerprojekt, Software für F-16-Radar, Sicherung Starfighter, PCTE-Software,
Lizenzerteiler	Westinghouse (USA)

### **TAI Tusas Aerospace Industries**

Aktionäre	General Dynamics (USA, 42%), TUSAS (49%), GETSCO (7%), Türkischer Luftwaffenfonds (2%)
Projekte	160 F-16s (Onyx I), 40 F-16s (Onyx II), Simulatoren (Onyx III), Wartung SF260-Schulungsflugzeug, Entwicklung FLA-Transportflugzeug, CN235-Transportflugzeuge, Entwicklung UAV-Flugzeuge
Lizenzerteiler	General Dynamics (USA), Agusta (Italien), CASA (Spanien)
Exportländer	Ägypten und USA (F-16s)

### **Taskizak Schiffswerft**

Aktionäre	Teile der Marine
Projekte	SAR33-Patrouillenboote, DOCAN-Patrouillenboote
Lizenzerteiler	Siev. & Rasmu. (BRD), Lürssen (BRD)

### **TEI Engine Industrie**

Aktionäre	TUSAS (49%), General Electric (49%)
Produkte	Flugzeugmotoren, u.a. für F-16
Lizenzerteiler	General Electric (USA)
Exportländer	USA

### **Tekfen Thomson Radars (TTR)**

Aktionäre	Thomson (Frankreich), Tekfen-Holding
Projekte	Montage mobiler Radars
Lizenzerteiler	Thomson (Frankreich)

### **TESTAS**

Aktionäre	Türkischer Luftwaffenfonds
Produkte	elektronische Bestandteile
Lizenzerteiler	Bultronics, Thomson (Frankreich), Acrotonicr

### **Tursav Agir Makina**

Aktionäre	HEMA-Holding
Produkte	Dieselmotore, Getriebe
Lizenzerteiler	Detroit Diesel (USA), Allison GM (USA)

### **Tubitak Turkish Research Association**

Aktionäre	Türkischer Staat
Produkte	Rüstungsforschungsinstitut
Geschäftsbeziehungen	BRI (GB), BAe (GB), GATOM

## Herangezogene Literatur

**Für dieses Buch sind folgende Zeitschriften systematisch zu Rate gezogen worden:**

Arms Sales Monitor 1995  
Arms Transfer News 1993-1995  
BASIC Reports 1995  
International Defence Review 1995  
Jane's Defence Weekly 1995  
Jane's Fighting Ships 1995  
Jane's Intelligence Review 1995  
Jane's Military Communications (1992-1993)  
Middle East Report (1981-1989)  
NATO's Sixteen Nations 1995  
Turkish Defence and Aerospace Update 1995

**Ferner sind Artikel aus folgenden Zeitungen und Zeitschriften verwendet worden:**

Arbeiterkampf; Aydunkt; BUKU-Rundbriefe, Daily Telegraph; Defence & Armament International; Disam Journal (The international security assistance management); Dogru 2000; Export Special Economische Zaken; Financial Times; Frankfurter Allgemeine Zeitung; The Guardian; Hamburger Abendblatt; Handelsblatt; Hansard; Hurriyet; The Independent; Info-Türk; International Defence Review; Jerusalem Post; Koerdistan Koerier; Kurdistan; Milliyet; Military Technology; Le Monde; De Morgen; New Statesman; NRC; Özgür Gündem; Parool; Sigaa Flitsen; Tageszeitung; Tercüman; The Times; Turkish Dailey News; De Standaard; Ultimatum; Vrij Nederland; Wehrtechnik. \*

**Außerdem wurden folgende Bücher und Berichte verwendet:**

- Amnesty International. Diverse Berichte 1984 – 1995. London, Amnesty International.



- Atabaki, Turaj und Marleen Dorleijn. Kurdistan in search of ethnic identity, papers presented to the first conference on ethnicity and ethnic identity in the Middle East and Central Asia. Utrecht, Rijksuniversiteit Utrecht, 1992.
- Basic-analyses, Balkan-security and the 'cascading' of weapons, London, 1992.
- BUKO-Koordinationsstelle. Die türkische Rüstungsindustrie, stoppt den Rüstungsexport. Bremen, BUKO, 1992.
- Jongerden, Joost. Het recht op dromen, ontwikkelingen naar een zelfstandig Koerdistan. Uitgeverij Papieren Tijger, Breda, 1994.
- Onkruid. Dossier Philips USFA/Crypto, wapenfabrikant in moeilijkheden, Amsterdam, AMU 1992.
- Pauli, Charles. Türkei: hinter den Kulissen eines Wirtschaftswunders: Frankfurt am Main, ISP, 1990.
- Pluvier, Jan. Turkije. In: 'Azië-Oceanië, politiek', Amsterdam, Van Genneep, 1984.
- Produzieren für das Leben. Tatort Türkei. Idstein, 1990.
- Roth, J. Im Würgriff der NATO. In: Alternative Türkeihilfe, Herford, 1984.
- Sayari, Sabri. Turkey: the changing European security environment and the Gulf Crisis. In Middle East Journal 46/1991 - 1992.
- Sezer, D.B. Turkey's security policies. In Adelphi Papers Frühling 1991.
- SIPRI, Jahrbücher 1984 - 1994. Stockholm, SIPRI.
- Smit, Wicher. Het Turkse leger: macht belangen en politieke invloed. In: Turkije in crisis. Baarn, Wereldvondter, 1982.
- Smit, Wicher und Leo van Velzen. Militarisering van een ontwikkelingsland, 1983.
- UN-Arbeitsgruppe über gezwungenes und unfreiwilliges Verschwinden. Jahresbericht 1991. Genf, Vereinte Nationen, 1992
- Worldbank. Turkey prospects and problems of an expanding economy, Washington, Weltbank, 1975

BUKO-Konferenz

## STUDIEN KUNSTIMPEXPORT

Verdicht auf die Problematik der Kunstexport-  
kontrollen der Kulturstiftung (BUKO) und Kon-  
kret Kunstexport. Ziel: Kunstwerke der EU  
exportieren.

Das Hauptziel ist es, den Kunstexport zu  
fördern. Die Kulturstiftung (BUKO) ist  
nicht einflussreich, aber die Kulturstiftung ist  
ein wichtiges Thema.

### Unsere Arbeit:

Wir geben Kunst- und  
Kunstwerke und Kunstwerke  
aus der Gruppe der Kunst-  
werke auf der Grundlage von  
und Wirtschaftswissenschaften.

**Bitte beachten Sie  
die nachfolgenden  
Seiten**

### Unsere Themen:

Kunstexport, die Kulturstiftung, die Kulturstiftung, die  
Türkei, die Kulturstiftung, die Kulturstiftung, die  
Kunst, die Kulturstiftung, die Kulturstiftung, die  
Kunst, die Kulturstiftung, die Kulturstiftung, die

Wirtschaftliche Arbeit über Kunstwerke und Themen  
wissenschaftlichen, künstlerischen, historischen, politischen  
für die Kulturstiftung, die Kulturstiftung, die Kulturstiftung, die

BUKO, Borchgrevink 14/15, 10193 Berlin  
Tel. 03 0 217 3 50 45, Fax 03 0 217 3 57 41 77

BUKO-Kampagne:

## STOPPT DEN RÜSTUNGSEXPORT!



Vor mehr als 10 Jahren initiierte der Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (BUKO) eine Kampagne gegen Rüstungsexporte. Ziel damals: Stopp aller Rüstungsexporte.

Und heute? Deutschland auf Platz zwei der Waffenexporteure! Deutsche Soldaten in Bosnien! Und neue Ausrüstung für deutsche Eingreiftruppen in aller Welt! Rüstungsexport ist weiter ein wichtiges Thema.

### *Unsere Arbeit:*

Wir geben Basis- und Detailinformationen zu Rüstungsindustrie und Rüstungsexporten. Wir koordinieren und unterstützen Gruppen bei Aktionen, Veranstaltungen. Wir recherchieren auf der Grundlage unseres umfangreichen Zeitungs- und Fachzeitschriftenarchives.

### *Unsere Themen:*

Rüstungsexport in die Aufrüstungsregion Südostasien, in die Türkei, Südafrika, Nigeria, Europäische Rüstungskooperationen, Dual-Use-Exporte, ›out of area‹, Kleinwaffen, Minen.

Vierteljährlich erscheint unser ›Rundbrief‹ mit Themenschwerpunkten, Aktionsberichten, Pressespiegel. Probeexemplar kostenlos! Jahresabo: 35,- DM; Förderabo: 50,- DM.

BUKO, Burchtstr. 14/15, 28195 Bremen,  
Tel.: 04 21/ 32 60 45, Fax: 04 21/ 3 37 81 77

Auf den Punkt  
praktisch  
handlich

- behandelt eine Frage des Nord-Süd-Konfliktes
- macht sie an mehreren Beispielen anschaulich
- gibt Vorschläge zum Einmischen

neu

# Nord-Süd-Blätter

Themen der letzten Ausgaben

- »Entwicklung in der Krise«
- »Geht uns die Arbeit aus?«
- »Maßstäbe einer menschlichen Entwicklung«
- »Frieden contra Entwicklung? Die UNO und deren Reform sind nötiger denn je.«
- »Betrachtet das Unrecht mit den Augen einer Frau. Weltfrauenkonferenz praktisch.«
- »Die europäische Währungsunion - ein Beitrag zur sozialen Spaltung?«

- Interessant für Einzelpersonen, die sich im überschaubaren Rahmen informieren wollen, Lehrende in und außerhalb der Schule, Jugendliche und Erwachsene, die sich einmischen wollen.
- Praktisch für Schulklassen
- Nützlich für Gruppen in der Friedens- und Solidaritätsarbeit, in Kirchengemeinden, für Sachauschüsse »Entwicklung, Mission und Frieden.«

Herausgeber und Bestelladresse:  
Pax Christi, Postfach 1345, 61103 Bad Vilbel.

Einzelheft: (Umfang in der Regel 8 Seiten) 2,- DM  
zuzüglich Versand.

Abo: (4 Ausgaben im Jahr) 10,- DM inklusive Versand.

## NEUERSCHEINUNG

Koordinationsbüro Newroz, Kurdistan Informations-Zentrum, medico international (Hg.)

# SPURENSUCHE

Ergebnisse der  
Fact-Findung-Missionen  
nach Kurdistan. Newroz 1995  
ISBN 3-923363-22-2, 240 Seiten, 15 DM + Porto

**S**eit zwei Jahren fahren Hunderte von internationalen Menschenrechtsbeobachtern zu Newroz nach Kurdistan. Die meisten aus Deutschland. Daraus ist eine feste Einrichtung geworden. Ein übernational anerkanntes Menschenrechtsinstitut im Zeichen von Solidität, Reliabilität und Glaubwürdigkeit was Aussage, Recherche und Ergebnis anbetrifft – und das dementsprechend inzwischen auch anerkannte Zustimmung und Aufmerksamkeit in Presse und Öffentlichkeit findet. Auch die Institutionen der Europäischen Union, das Brüsseler Parlament und Einrichtungen der Vereinten Nationen, erhalten und rezipieren ernsthaft diese Berichte.

Bestellungen an:

*medico*

international

Obermainanlage 7 ■ D-60314 Frankfurt ■ Tel. 069/94438-0



## Investieren Sie in die Zukunft!

Zinsen für den Frieden statt Rüstung für den Krieg

Mit der Kampagne »Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen!« wollen wir erreichen, daß die Bundesrepublik Deutschland jeglichen Export von Waffen, militärisch nutzbaren Gütern

und rüstungstechnischem Know-how verbindlich einstellt.

Gleichzeitig treten wir für die Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Fertigung ziviler, sozial und ökologisch sinnvoller Güter ein.

### Unsere Aktionen sind ohne Spenden nicht denkbar!

Daneben können wir Ihnen aber auch noch eine andere Weise anbieten, unsere Arbeit zu unterstützen: Sie behalten Ihr Geld. Sie leihen es uns nur für ein paar Jahre. Wir legen es sinnvoll an und nutzen die Erträge zur Finanzierung unserer Arbeit.

### Machen Sie mit! Unterstützen Sie die Kampagne

»Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen!«  
durch ein zinsloses Darlehen.

Wenn Sie dieses Formular oder eine Kopie ausfüllen und ans Kampagnenbüro schicken, geben wir Ihnen gerne weitere Informationen.

Name: .....

Adresse: .....

Ich/wir stelle/n für die Kampagne  
»Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen!«  
..... DM für ..... Jahre als zinsloses Darlehen  
zur Verfügung.

Ich/wir möchte/n weitere Informationen.

.....  
Datum

.....  
Unterschrift

Verein zur Förderung von Frieden und Gerechtigkeit e.V.,  
Bahnhofstraße 18, 65510 Idstein, Tel. 06126-55683, Fax 06126-54660;  
Bankverbindung: Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60, Kto. 46 1026 600

- Wir bieten *wirklich* mehr als Geld und Zinsen! -

# KURDISTAN

eine Einführungsbroschüre über die  
Situation von KurdInnen in der  
Türkei und BRD

AutorInnen Team der AKTION 3.WELT Saar  
Magazin Verlag, Kiel, 1995, Reihe BRD + 3.Welt Nr.52  
50 Seiten, 4,-DM, viele Photos



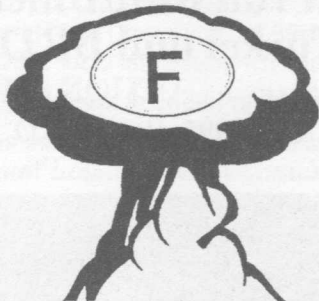
•historische Entwicklung •aktuelle Situation •Interessen  
der Türkei und BRD •Möglichkeiten einer politischen  
Lösung •Situation und Kriminalisierung von KurdInnen  
in der BRD •Buch- und Zeitschriftentips

Lieferung bis 50,-DM Bestellwert nur gegen Vorkasse  
Für Wiederverkäufer und Buchertische ab 5 Ex. 30% Rabatt zzgl. Porto (bis 5 Ex.  
1,50; bis 10 Ex. 2,50; über 10 Ex. 5DM); kostenlose Rezensionsexemplare

AKTION 3.WELT Saar • Weiskirchener Str. 24 • 66674 Losheim • Tel 06872/6982 Fax 7826  
Bankverbindung: Konto 01382618 bei Saarbank Losheim, BLZ 591 900 00

Das leider wieder sehr aktuelle Thema  
„Atomtests“ ist Gegenstand der neuen...

## Frieden und Abrüstung



„Der Streit um die französischen  
Atomwaffenversuche“

*Mit Beiträgen von Prof. Dr. Eckhard  
Grimmel, Francois Scheer, Martin Butcher,  
Freimut Duve, Gerd Greune u.a.*

Mit einer vollständigen Übersicht aller  
Atomwaffenversuche seit 1945.

**Das 72 Seiten-Heft kostet 12.50 DM  
zu bestellen bei:**

**IFIAS**

Stralsunder Weg 50 - 53119 Bonn

Tel.: 0228/664442 FAX: 0228/665843



# Neuerscheinung zur Landminen- konferenz

Thomas Küchenmeister /  
Ottfried Nassauer

## ›Gute Mine‹ zum bösen Spiel? Landminen made in Germany

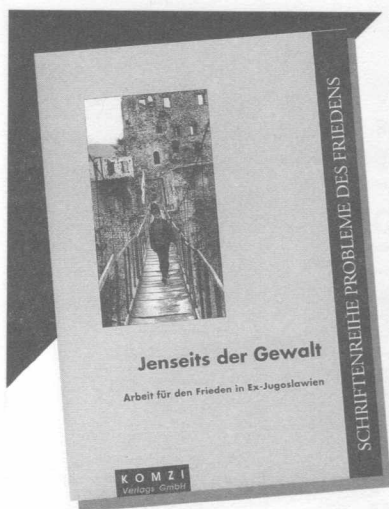
Dezember 1995; 170 Seiten;  
19,80 DM; ISBN 3-929522-31-4



Überall in der Welt töten und verstümmeln Landminen täglich unzählige Menschen. Ihre Opfer sind gleichermaßen Soldaten wie Zivilisten. Noch Jahre nach Beendigung der Kriege, in denen sie verlegt wurden, lauern Landminen als heimtückische Gefahr vergraben im Boden. Ihre Räumung erweist sich oft genug als zu schwierig und kostspielig für die betroffenen Staaten. Sie stellen damit eines der größten Probleme für den Wiederaufbau ehemaliger Kriegsgebiete dar.

Auch die Bundeswehr besitzt große Mengen dieser Waffensysteme und will auf deren Einsatz nicht verzichten müssen. Sie plant, forscht und entwickelt – allen weltweiten Ächtungsbemühungen zum Trotz – schon für den Minenkrieg der Zukunft.

Die hervorragend recherchierte Studie der Mitarbeiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS) informiert detailliert über Bestand und Planung bei der Bundeswehr, die deutschen Minenproduzenten und -exporteure, die Minenprojekte der Zukunft, Möglichkeiten eines Minenverbots, die internationale Landminenkampagne und einiges mehr.



## Endlich Frieden in Ex- Jugoslawien?

Pax Christi (Hrsg.)

### **Jenseits der Gewalt** Arbeit für den Frieden in Ex-Jugoslawien

März 1996; 300 Seiten;  
24,80 DM; ISBN 3-929522-32-2

Die Krise in Bosnien ist ein Testfall für die europäische Politik: Wird angesichts ›ethnischer Konflikte‹ und jahrhundertlang schwelender nationaler Spannungen die Antwort einer ›Befriedung‹ mit primär militärischen Mitteln ausreichen?

Dauerhafter Friede und echte Versöhnung kommen nicht aus den Gevehläufen. Deshalb haben die Gruppen der Friedensbewegung gehandelt. Ihr friedenspolitisches Engagement ist konkret.

Dieses Buch beschreibt Initiativen gegen den Krieg und für Versöhnung in den Ländern Ex-Jugoslawiens und im deutschsprachigen Raum.

Daneben bringt es Analysen und Hintergrundinformationen und beleuchtet die Politik der internationalen Gemeinschaft.

Die Frage, wo die Friedensbewegung im Konflikt auf dem Balkan denn stecke, erntet oft trauriges, resigniertes Schulterzucken. Daß dies so nicht bleiben muß, zeigen die vielfältigen Beispiele praktischer Solidarität und politischer Verantwortung, die hier vorgestellt werden.

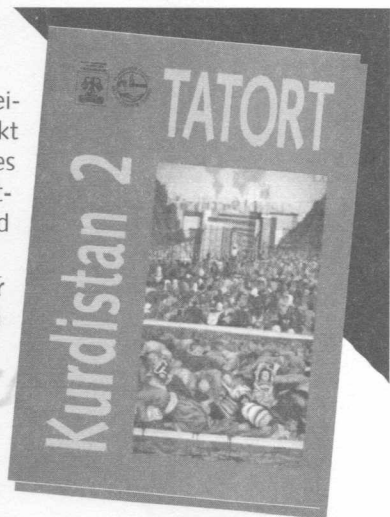
## Tatort Kurdistan 2

Der Krieg in Türkisch-Kurdistan hat einen neuen schrecklichen Höhepunkt erreicht. Doch die Hintergründe dieses Krieges sowie die deutsche Unterstützung bleiben hierzulande weitgehend im Dunkeln.

Mit »Tatort Kurdistan 2« legen wir eine Broschüre mit differenzierenden Informationen über die aktuelle Situation in Türkisch-Kurdistan vor.

### Inhalt u.a.:

- Türkei in Daten und Fakten • Wirtschaft in Kurdistan • Repression und Widerstand • »Das Selbstbestimmungsrecht muß akzeptiert werden«.
- Interview mit Cemil Biyik • Interessen des Westens • Türkei und BRD – Waffenbrüder durch dick und dünn • Liste der in die Türkei gelieferten Rüstungsgüter



44 Seiten; DIN A4;

ISBN 3-929522-02-0; Preis: 8 DM

## Tatort EG Europa

Die Broschüre bietet Hintergrundinformationen zu den Strukturen der EG und stellt momentane Rüstungsindustrie und Rüstungsexportregelungen einzelner EG-Länder vor.

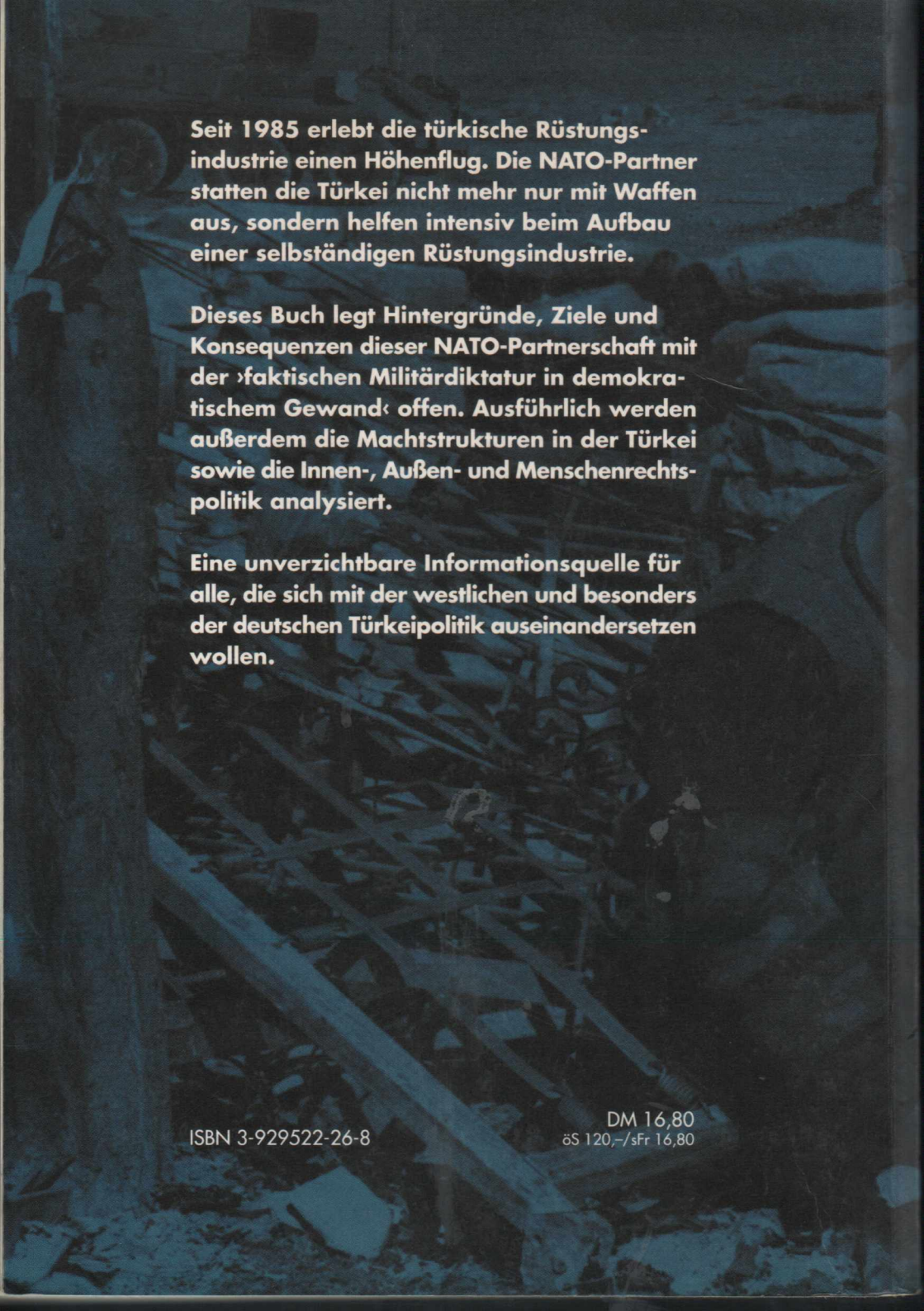
44 Seiten;  
DIN A4;  
ISBN 3-929522-04-7;

Preis 8 DM  
Tatort Spezial:

## Jäger 90/EFA 2000

Eine gute Argumentationshilfe für die noch folgenden politischen Auseinandersetzungen um die Produktion des Jäger 90/EFA 2000.

44 Seiten;  
DIN A4;  
ISBN 3-929522-06-3;



**Seit 1985 erlebt die türkische Rüstungsindustrie einen Höhenflug. Die NATO-Partner statten die Türkei nicht mehr nur mit Waffen aus, sondern helfen intensiv beim Aufbau einer selbständigen Rüstungsindustrie.**

**Dieses Buch legt Hintergründe, Ziele und Konsequenzen dieser NATO-Partnerschaft mit der »faktischen Militärdiktatur in demokratischem Gewand« offen. Ausführlich werden außerdem die Machtstrukturen in der Türkei sowie die Innen-, Außen- und Menschenrechtspolitik analysiert.**

**Eine unverzichtbare Informationsquelle für alle, die sich mit der westlichen und besonders der deutschen Türkeipolitik auseinandersetzen wollen.**

ISBN 3-929522-26-8

DM 16,80  
öS 120,-/sFr 16,80